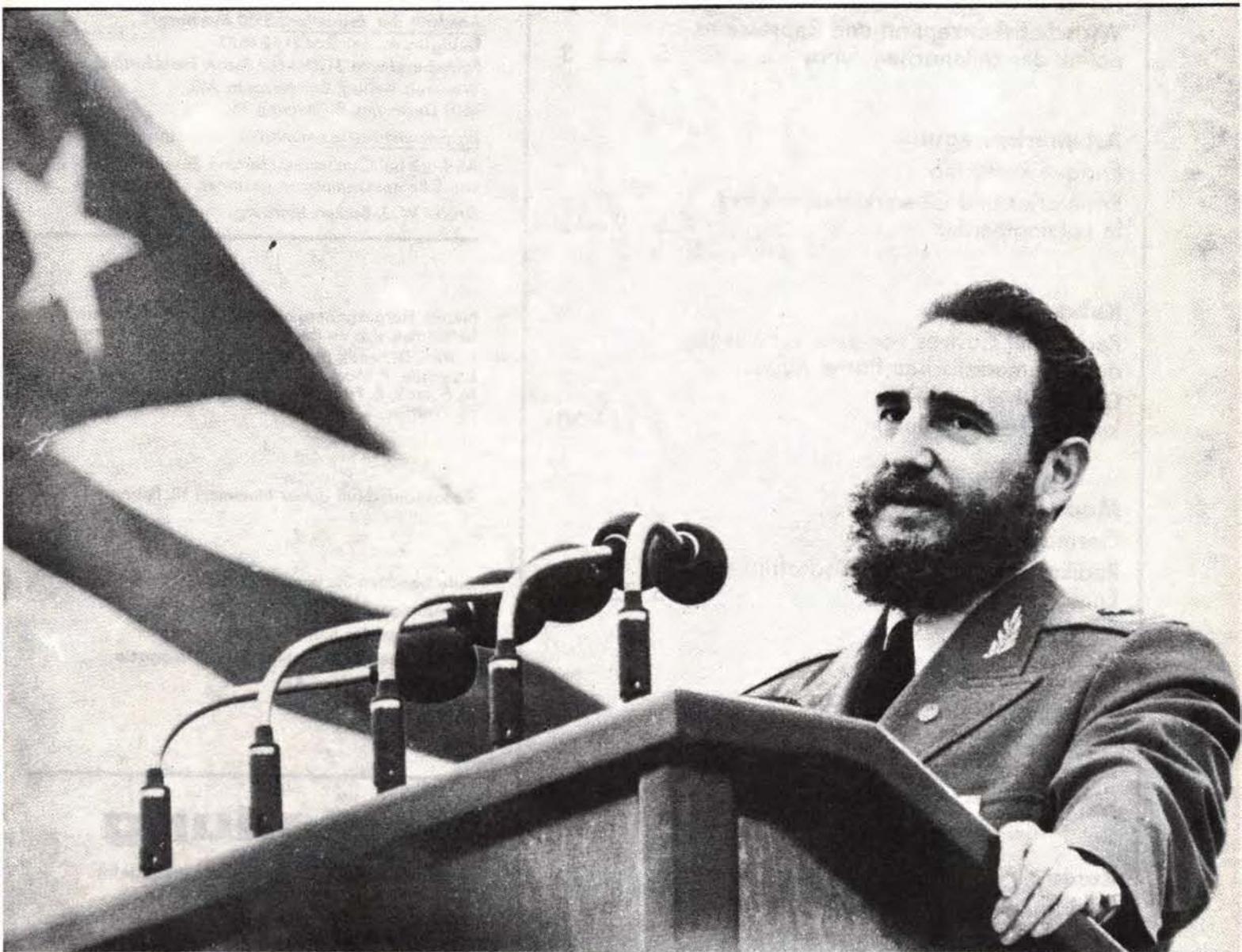




Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 2/1976
1,50 DM



GESCHICHTE DER KUBA NISCHEN REVOLUTION

Inhalt

AIB-Aktuell

Solidaritätskonferenz für die MPLA
und die Erfolge der VR Angola S. 3 – 4

Chile

James F. Petras
Wirtschaftskonzeption und Repressions-
politik der chilenischen Junta S. 5 – 8

Arbeiterbewegung

Enrique Pastorino
Proletariat und Gewerkschaftseinheit
in Lateinamerika S. 9 – 13

Kuba

Rede Fidel Castros vor dem 1. Parteitag
der Kommunistischen Partei Kubas
Die Geschichte der
kubanischen Revolution S. 14 – 30

Madagaskar

Germain Ramarozany
Radikalisierung der gesellschaftlichen
Entwicklung S. 32 – 34

Oman

Interview mit Saied Massod,
Repräsentant der PFLO
Die Kampfsituation und die Interessen
der Invasoren in Oman S. 35 – 37

Korea

Wolfgang Ritter
Der Kampf des koreanischen Volkes
gegen die
neokoloniale Herrschaft der USA (1. Teil) S. 38 – 41

Kurzinformation

Westsahara, Palästina/Libanon, Iran,
Peru, Brasilien – Kirchlicher Widerstand
gegen die Diktatur S. 42 – 44

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Bröner, Jürgen Ostrowsky,
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.

Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
L. Brütt, D. Fendt, M. Hellmann, Th. Kröter, J. Küster,
L. Letsche, P. Maaskola, J. Massin, A. Massard,
M. Passolt, B. Pflug, G. Ritter, U. Schuh, B. Schwiening,
M. Walther, S. Worster

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18. Februar 1976

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen und Beilage:

- Anzeige der Zeitschrift Argument
- Anzeige des Berliner Extra Dienst
- Anzeige der Zeitschrift 3. Welt Magazin
- Werbekarte des AIB

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.



Solidaritätskonferenz für die MPLA und die Erfolge der VR Angola

Am 2. Februar dieses Jahres stand das angolansische Volk unter Führung seiner Befreiungsbewegung MPLA seit 15 Jahren im bewaffneten Kampf gegen seine Unterdrücker, den portugiesischen Kolonialismus und seine Nachfolger, die von den imperialistischen Mächten ausgehaltenen Marionettentruppen der FNLA und UNITA und die südafrikanischen Invasoren. Als an diesem Tag - knapp drei Monate nach der Unabhängigkeitserklärung der Volksrepublik Angola - in Luanda eine von der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO) ausgerichtete Internationale Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des angolansischen Volkes eröffnet wurde, geschah dies vor dem Hintergrund einer gegenüber dem 11. November 1975 grundlegend veränderten Lage.

Neue Siege und wachsende Anerkennung für die VR Angola

Während damals die Aggressionstruppen der FNLA und UNITA, aus Zaire und der Republik Südafrika kommend, fast das gesamte Land erobert hatten und vor den Toren Luandas standen, zeichnet sich nunmehr der endgültige Sieg der MPLA und ihrer Verbündeten an der militärischen Front ab. Die Verbände der FNLA des Holden Roberto und aus Zaire sind vernichtend geschlagen und fluten in ihr Herkunftsland zurück. Die Führung der UNITA mußte inzwischen gleichfalls ihre militärische Niederlage eingestehen; ihre Einheiten wurden zur Aufgabe einer Stadt und Stellung nach der anderen gezwungen und befinden sich in Auflösung. Die Invasionstruppen der RSA weichen zurück, nachdem sich die Kalkulation der Rassisten auf einen "Blitzkriegsieg" als Fehleinschätzung der Kraft der MPLA, der massiven Hilfe der MPLA-Verbündeten und der eigenen internationalen Isoliertheit erwiesen hat. Über den Verbleib der sogenannten "Chipenda-Brigade", deren Anführer, Daniel Chipenda, sich noch im vergangenen Herbst flugs maoistische Losungen vom "Kampf gegen den sowjetischen Kolonialismus" zugelegt hatte, teilen bürgerliche Massenmedien betreten mit, daß er sich mit reicher Beute (etwa 50 Mio Dollar) aus seinen von Massakern an Zivilpersonen, Banküberfällen, Vergewaltigungen und Plünderungen begleiteten "Kampfaktionen" bezeiten ins Ausland abgesetzt habe.

Zugleich erfährt die junge Volksrepublik rasch zunehmende internationale Anerkennung: Gelang es den USA mittels Erpressungs- und Bestechungsmanövern noch im Januar, die OAU-Gipfelkonferenz von einer Anerkennung der Volksrepublik Angola als einzigem angolansischen Staat abzuhalten, so ließ der von der Bevölkerung in allen Landesteilen begrüßte militärische Vormarsch der MPLA offenkundig werden, wer das angolansische Volk wirklich repräsentiert. Die Zahl der Staaten, welche die VR Angola diplomatisch anerkannten, belief sich Mitte Februar bereits auf über 60, darunter alleine 36 afrikanische Länder.



Dr. Agostinho Neto, Präsident der VR Angola, bei der Eröffnung der Internationalen Solidaritätskonferenz mit dem angolansischen Volk in Luanda

Inzwischen ist die VR Angola Mitglied der OAU, in welcher sich im Januar noch Gegner und Freunde der VRA die Waage hielten.

Errungen wurden diese Erfolge wesentlich mit der Unterstützung durch die internationalistische Solidarität besonders seitens der antiimperialistischen afrikanischen Staaten, von Solidaritätsorganisationen in aller Welt und der sozialistischen Länder, welche nicht von ungefähr erbittert angefeindet wurde und wird. In seiner Ansprache an die Konferenz von Luanda dankte Agostinho Neto den sozialistischen Ländern für ihre selbstlose Hilfe

und hielt ihren Verleumdern und Feinden entgegen:

Der Unterschied von Zwang und Hilfe

"Wir haben mit unseren Beziehungen mit sozialistischen Ländern gute Erfahrungen gemacht. Nie wurde uns eine ideologische Orientierung aufgezwungen. Nie wurden uns materielle Gegenleistungen für die Hilfe abverlangt, die wir empfangen hatten. Nie mußten wir erleben, daß sie mit unseren Feinden kollaborierten. Nie haben sie versucht, uns Regierungen oder politische Lösungen aufzuzwingen. Sie respektieren unser Volk. Nunmehr können die Grundlagen geschaffen werden für eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen, auf der Basis der Prinzipien, welche den internationalen Beziehungen zugrunde liegen."

Die Probleme, denen sich die VR Angola gegenüber sieht, sind gewaltig:

- Noch stehen südafrikanische Invasionsstruppen auf angolanischem Gebiet, noch bedrohen sie die Erringung der vollständigen Souveränität des Landes;
- nach wie vor werden in den Ländern des "freien Westens" skrupellose Abenteurergestalten als Söldner angeworben, die in Angola ein ähnliches Geschäft besorgen sollen wie einst im Kongo (heute Zaire). Waffen für diese Landsknechte werden aus dunklen Kanälen der CIA, aber auch über bundesdeutsche Tarnfirmen mit offenkundig guten Kontakten zu Bonner Militärkreisen geliefert bzw. angeboten, wie das Jugendmagazin elan in seiner neuesten Ausgabe enthüllt;
- um Angola dem "freien" Westen zu erhalten, setzen die Imperialisten das erprobte Mit-

tel des wirtschaftlichen Boykotts ein, eine ungeheure Erschwerung der Aufgabe, das koloniale Erbe zu beseitigen;

- hinzu kommt nach der von den abgezogenen und geflohenen Portugiesen betriebenen Demontage und Zerstörung wichtiger Einrichtungen der Wirtschaft des Landes die Politik der "verbrannten Erde" durch die geschlagenen Einheiten der Aggressoren - Ausweis ihrer volksfeindlichen Zielsetzungen;
- als "Flüchtlingsbewegung" ausgegeben wird von UNITA und Südafrikanern die Vertreibung und Verschleppung großer Bevölkerungsteile organisiert, die an Vietnam erinnert.

Appell an die Solidarität

Dies stellt die VR Angola und die MPLA vor große Probleme, deren Lösung nur mit der solidarischen Unterstützung erfolgen kann, derer die MPLA auch bislang teilhaftig wurde. Ausdruck der verstärkten Solidarität mit dem Kampf des angolanischen Volkes um seine wirkliche Unabhängigkeit waren Teilnahme und Aussagen der Luanda-Konferenz: Delegationen aus 63 Ländern und von 81 nationalen und internationalen Organisationen nahmen an ihr teil. Im Abschlußappell der Konferenz werden alle Kräfte, die an der Seite des angolanischen Volkes stehen, aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten zur materiellen Solidarität für die VR Angola zum einen, zum anderen zu kämpfen für die Anerkennung der siegreichen VR Angola und der MPLA als einzig rechtmäßigen Staat und einzig legitime Regierung - Voraussetzung für die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen auch zwischen der Bundesrepublik und Angola.



In der chilenischen Machthierarchie traten in den letzten Monaten heftige Widersprüche zutage. Sie manifestierten sich einmal in dem Ultimatum von 10 Generälen an Juntachef Pinochet und den weiterreichenden Machtkämpfen in der Armeespitze (vgl. AIB Nr. 1/1976), zum anderen an den sich mehrenden Konflikten zwischen der Junta und rechten Führern der Christdemokratischen Partei Chiles (PDC): So verfügte die Junta im Januar d.J. die Schließung des christdemokratischen Senders "Radio Presidente Balmaceda" und selbst PDC-Präsident Eduardo Frei, vormals Verfechter des Sturzes der Regierung Allende und einer Stillhaltepolitik gegenüber der Junta, forderte General Pinochet zum Rücktritt auf.

Die Instabilität und Schwäche des faschistischen Regimes geht neben dem organisierten Widerstand der chilenischen Patrioten und der internationalen Isolierung der Junta in hohem Maße auf den wirtschaftlichen Ruin des Landes und die damit einhergehenden, breitere Kreise erfassenden sozialen Kämpfe zurück.

Die wichtigsten Merkmale, die Konzeption und die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Junta untersucht der folgende, der französischen Zeitung *Le Monde Diplomatique* entnommene Beitrag. Der Autor James F. Petras ist Professor für Soziologie an der New Yorker Staatsuniversität in Binghamton.

James F. Petras

Wirtschaftskonzeption und Repressionspolitik der chilenischen Junta

Die Verurteilung der chilenischen Militärjunta ist wegen ihrer systematischen Folterungen, ihres Verstoßes gegen die Menschenrechte und ihrer Polizeistaatsmethoden nun fast weltweit geworden. Nach dem Blutbad der ersten Monate ging die Junta an die permanente Säuberung aller öffentlichen und privaten Sektoren; die blutige Repression geht mittlerweile weit über die Linke hinaus. Führende christdemokratische Politiker und andere bekannte Politiker der Rechten, die einst den Staatsstreich gegen die Regierung Allende unterstützten, mußten die Brutalität des Geheimdienstes DINA am eigenen Leibe erfahren.

Die Brutalität des Geheimdienstes DINA

Sogar im Ausland bedrohten Beamte der DINA führende Oppositionspolitiker. In Italien wurden der damalige Vizepräsident der christdemokratischen Regierung Frei, Bernardo Leighton und seine Frau durch ein Attentat schwer verletzt. Der ehemalige Oberbefehlshaber der chilenischen Armee General Prats hatte weniger Glück: Er wurde bei der Explosion seines Wagens getötet, als er sich auf dem Wege zu seiner Arbeit befand. Die Berichte aus den USA, von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die Appelle des Vatikans haben die Aufmerksamkeit auf die immer neuen Verstöße gegen die Menschenrechte in Chile gelenkt. Was bisher jedoch nicht ausreichend zur Sprache kam, sind die sozioökonomische Situation in Chile und die Entwicklungsstrategie, an der sich die politische Diktatur orientiert. Die Wirtschaftsexperten des Regimes sind not-

wendigerweise auf die politischen Terroristen der Geheimpolizei angewiesen. Diese an der Universität von Chicago ausgebildeten Ökonomen stützen sich auf das Wirtschaftsmodell der sogenannten freien Marktwirtschaft von Milton Friedman und Arnold Harberger, dessen systematische Umsetzung eine ständige und brutale Gewaltanwendung gegen alle betroffenen Bevölkerungsschichten erfordert.

In den kapitalistischen Gesellschaftssystemen der Gegenwart laufen die Modelle der sogenannten freien Marktwirtschaft letztlich darauf hinaus, das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft zu verringern, um dadurch die politische und ökonomische Macht direkt den nationalen oder internationalen Monopolen, den Handelsgesellschaften und dem Finanzkapital zu übertragen. Diese Übertragung des Reichtums und der Macht zuungunsten der Lohnempfänger und der kleinen und mittleren Unternehmen konnte in Chile nicht ohne die Errichtung eines totalitären Polizeistaates vollzogen werden. In diesem Zusammenhang ist die "liberale" Wirtschaft die Kehrseite der Medaille einer diktatorischen politischen Macht. Während Hunderttausende von der Folter, den Konzentrationslagern und dem politischen Terror betroffen sind, sind von der "wirtschaftlichen Repression" (ein Ausdruck von Michel Chussodovsky) Millionen betroffen: und zwar mehr als 80% der Bevölkerung. Ein wirkliches Verständnis der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Regimes müßte dazu führen, die Quellen des Terrors zu entmystifizieren und es ermöglichen, das Feld des Psychologisierens über dieses oder jenes Mitglied der Junta zu

verlassen - obwohl zweifelsohne Probleme auch in diesem Bereich anstehen. Es ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig, sich immer wieder zu vergegenwärtigen, daß für die Verbrechen am chilenischen Volk nicht nur die Führer des Regimes die Verantwortung tragen, sondern auch die Ökonomen und Technokraten sowie ihre amerikanischen Berater, die diese Politik entwickeln.



Förderung ausländischer Investitionen

Das Wesen der Entwicklungsstrategie der Junta ist die Förderung der Privatinvestitionen, der Schutz des Privateigentums und die Wiederbelebung der Konkurrenz. Um das Wirtschaftswachstum zu fördern, bemüht sich die Junta um ausländische Investitionen in Chile und um neue Absatzmärkte. Um eine Preisstabilität zu erreichen, verringert sie die öffentlichen Ausgaben und betreibt eine restriktive Finanzpolitik. Um die Konkurrenz zu entfachen, senkte sie die Zölle, wodurch ausländische Produkte auf den inländischen Markt strömen. Um den Export zu fördern, hat sie die Lohnkosten herabgesetzt und den Escudo immer wieder abgewertet.

Der Staat spielt in ökonomischer Hinsicht nur eine zweitrangige Rolle, seine polizeilichen Unterdrückungsfunktionen machen das Wesen seiner Aktivitäten aus. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Anhänger von Milton Friedman ist die sogenannte freie Marktwirtschaft weit davon entfernt, ihre Rolle in der Gesellschaft zu verringern, sie hat im Gegenteil die Bürokratie weiter ausgebaut. Anstelle der Förderung von Investitionen hat das chilenische Regime im politischen Bereich und auf dem Arbeitsmarkt optimale Bedingungen für die Realisierung hoher Gewinne geschaffen:

die totale Kontrolle der Arbeiterschaft, wodurch ein Arbeiter zur Verfügung steht, der gehorsam, diszipliniert und willkürlich ausbeutet ist;

die Beseitigung der nationalistischen Par-

teien, um auch die ausländischen Kapitalinteressen zu garantieren. Die Junta und ihre Ökonomen hofften, daß die spontanen Kräfte des Marktes eine gleichmäßige Entwicklung, Wirtschaftswachstum, Stabilität und einen hohen Lebensstandard hervorbringen würden.

Eine bestimmte Entwicklungskonzeption

Die Ökonomen der Junta haben die von Milton Friedman und Arnold Harberger entwickelten Methoden der "Schockbehandlung" beherzigt und gewissenhaft angewandt. Die Geheimpolizei hat dafür gesorgt, daß die Vorhaben reibungslos durchgeführt werden konnten: die Konzentrationslager haben sich nicht geleert. Im Gegensatz zu der Regierungszeit Allende, als die kapitalistische Opposition noch jede Möglichkeit hatte, die Vorhaben und die Produktion zu sabotieren, hat heute keine Opposition die Chance, ernsthaft die Produktion zu beeinträchtigen. Deshalb ist die Junta allein für ihre Fehler und ihr Scheitern verantwortlich.

Für das Jahr 1974 mußte die Junta eine Inflationsrate von über 400% zugeben, während die Weltbank die Inflationsrate auf 600% schätzte. In den ersten acht Monaten des Jahres 1975 (vom Januar bis August) lag die Inflationsrate bei 221,2%, also schon höher als die Schätzungen der Junta, die 204% vorausgesagt hatte für das gesamte Jahr 1975. Die Spekulationen des Finanzkapitals, die permanente Abwertung des Escudo, um die großen Exportunternehmen zu begünstigen, die mangelnde Kontrolle der Gewinne der Monopole (die ihre Preise erhöhen, um die gesunkene Nachfrage zu kompensieren), das alles trägt zu einer galoppierenden Inflation bei. Gerade auf die sozialen Klassen, die die Inflation produzieren, stützt sich die Junta. Trotz der drakonischen Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben im sozialen Bereich, des Absinkens der Leistungen im öffentlichen Dienst und der massiven Entlassungen ist es der Diktatur nicht gelungen, die Inflation zu beseitigen. Jorge Cauas, der große Wirtschaftsfachmann, und die "Alten von Chicago" (so werden die Ökonomen der Junta genannt, weil die meisten von ihnen am Wirtschaftsinstitut der Universität Chicago studierten) verstärken weiter die Maßnahmen, die die Profite der Monopole begünstigen; hier liegt einer der Hauptgründe für die Inflation. (...)

Der Zerfall der sozialen Basis des Regimes

Seit dem Staatsstreich hat Chile innerhalb von zwei Jahren zwei Mrd Dollar Darlehen und Kredite erhalten, wovon 1,6 Mrd aus den USA



In den Lehmhütten am Rande Santiagos, wo zu Zeiten der Unidad Popular Jugendbrigaden freiwillige Aufbauarbeit leisteten, ist das Elend wieder eingekehrt.

und von den ihrer Kontrolle unterliegenden internationalen Banken stammen. Der internationale Währungsfonds hat der Junta 336 Mio Dollar zukommen lassen, die Interamerikanische Entwicklungsbank 501,3 Mio, die Weltbank 101,2 Mio, die amerikanische Regierung 679,9 Mio.

Die gleichen Agenturen des Imperialismus, die Allende Darlehen und Kredite verweigerten, weil er nicht "kreditwürdig" war, überwiesen einem Regime, das enorm hohe Inflationsraten aufweist, seine Wirtschaft zerstört hat und seine Bevölkerung verhungern läßt, ungeheure Summen. Was zur Diskussion stand und weiter steht, ist der Klassencharakter des Regimes: für den amerikanischen Imperialismus war die sich auf die chilenische Arbeiterklasse stützende Regierung Allende eine Bedrohung, während die Militärjunta eine Trumpfkarte ist.

Alle Anhörungen des amerikanischen Kongresses und alle Anprangerungen der CIA durch Senator Church und andere Liberaldemokraten blieben jedoch ohne jede Konsequenz, was die Fortsetzung der finanziellen Hilfe der USA für die Militärdiktatur angeht. Die Lawine der Kapitalhilfe sagt viel über die wirklichen Machtzentren in den USA und über die wirkliche Bedeutung der "demokratischen Entscheidung" in der Formulierung der amerikanischen Außenpolitik aus.

In dem Maße, wie die ursprüngliche soziale Basis der Junta, das kleine und mittlere Unternehmertum zerfiel, versuchten die rechten politischen Parteien, in Opposition zu gehen. Einige Christdemokraten wie Esteban, Tomic, Fuentealba, Leighton und andere haben vorgeschlagen, mit der Unidad Popular eine anti-

faschistische Koalition zu bilden. Die übrige Rechte hat daran Kritik geübt und versucht, sich mit bestimmten militärischen Kreisen sowohl gegen den Wirtschaftsplan der "Alten von Chicago" als auch gegen die Unidad Popular zu verbünden. (...)

Verarmung der Massen und die Konzentration der ökonomischen Macht

Das Absinken des Lebensstandards der Arbeiterklasse in Chile geht über alle bisherigen Erfahrungen in Lateinamerika hinaus. Das Real-einkommen der am meisten benachteiligten Schichten ist (im Vergleich zu 1968/69) um 60% gesunken, eine logische Folge der Politik der "Freigabe von Preisen und Löhnen". In dieser sogenannten freien Marktwirtschaft erlaubt die Junta den Kapitalisten, die Preise willkürlich zu erhöhen, während sie den Kampf der Arbeiter um Lohnerhöhungen unterdrückt. Die Konsequenz ist eine schreiende Armut, die sich in allen Arbeiterhaushalten feststellen läßt: Mit dem von der Junta im Januar 1974 auf 18.000 Escudos pro Familie festgesetzten Mindestlohn konnte eine Familie (nach den Preisen vom März 1974), die ihr gesamtes Einkommen für den Kauf von Nahrungsmitteln verwandte, kaum die Hälfte der notwendigen Lebensmittel beschaffen. Schätzungsweise 80% der Lohnempfänger sind Opfer der Wirtschaftspolitik der Junta; alle jene, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt und das sind 60% der Familien, leben in außerordentlicher Not und leiden an Unterernährung. Mitte des Jahres 1975 mußte die Junta eingestehen, daß die Arbeitslosigkeit 16% betrage. Die Mehrheit der objektiven Beobachter beziffert sie

aber auf 20-25%, also 600.000 Personen. Dies entspricht einem doppelt so hohen Prozentsatz wie im vorangegangenen Jahr und ist achtmal höher als die Arbeitslosenrate unter der Unidad Popular. Die Verarmung der Massen und damit das Absinken der Kaufkraft haben die kleinen und mittleren Unternehmen direkt getroffen, die vom Konsum abhängig sind. Sie wurden gezwungen, ihre Geschäfte einzuschränken, was zu einer weiteren Verschärfung der Krise führte. Außerdem ist, was die Einkommensverteilung betrifft, der Anteil der oberen Schichten, die 5% der Bevölkerung ausmachen, am Volkseinkommen von 23 auf 50% gestiegen. Weit davon entfernt, die Chilenen zu "vereinigen", hat die Junta die Klassentrennung weiter verstärkt: sie hat aus dem Chile von heute das am tiefsten gespaltene Land der Dritten Welt gemacht. Kurz gesagt: Die Wirtschaftspolitik der sogenannten freien Marktwirtschaft hatte eine Verschiebung der Einkommen zugunsten der oberen Klassen, die Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Verarmung des Mittelstandes zur Folge. Gleichzeitig verursachte sie eine noch größere Machtkonzentration in den Händen (in- und ausländischer) Monopolkapitalisten, von Bankiers und Finanziers, von Generalen und Admiralen, heizte die Inflation an und bewirkte einen Rückgang der industriellen Produktion. Diese katastrophalen Auswirkungen, die jeder man feststellen kann, entmutigen die Apologeten des Regimes nicht. Prof. Paul N. Rosenstein-Rodan, Leiter des Forschungszentrums für die Entwicklung Lateinamerikas an der Universität Boston (über den in Washington gesagt wird, daß er allein schon eine Pressuregroup der Junta darstellt), behauptet, daß die "Wirtschaftspolitik heute die Vision einer heroischen Zukunft erkennen läßt. Die Grundzüge einer Wachstumspolitik werden geschmiedet und bilden die Grundlage der Zahlungsfähigkeit Chiles". Die Sache der Diktatur verteidigend macht er geltend, daß "die Aufgabe der Darlehen darin bestünde, kurzfristige Engpässe zu überwinden unter der Voraussetzung, daß adäquate Maßnahmen für eine Verbesserung auf lange Sicht getroffen werden. Genau das geschieht! Kritik wird einzig daran geübt, daß die Gegenwart der Zukunft unmäßig geopfert wird". 30.000 tote Chilenen, ein Leben in Not für 80% der Bevölkerung, das sind die "adäquaten Maßnahmen", von denen Herr Paul Rosenstein-Rodan spricht, der sich selbst noch übertrifft, wenn er abschließend der Junta noch gratuliert für ihre Tätigkeit im Dienste ... der Menschenrechte: "Mit Genugtuung nehmen wir die feierliche Erklärung der chilenischen Regierung auf, die Menschen-

rechte zu respektieren. Der Weg zu Frieden und sozialer Eintracht wird vielleicht schwierig, doch wir sind überzeugt, daß das Licht am Ende des Tunnels erscheinen wird und hoffen, daß der Tunnel nicht allzu lang ist." Die totalitäre Haltung verkehrt alle normalen Werte und Denkweisen in ihr Gegenteil: aus Folter wird Achtung, aus Problemen werden Lösungen, aus Niedergang wird Aufschwung. Arme Studenten der Universität Boston!

„Entnationalisierung“ Chiles

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation geht einher mit dem Phänomen der Konzentration ökonomischer Macht und zwar in dreierlei Hinsicht: durch die Entnationalisierung, die Entstaatlichung der Wirtschaft und die Annullierung der Agrarreform. Was die "Entnationalisierung" betrifft, so haben die amerikanischen Kupfergesellschaften mehrere hundert Millionen Dollar als "Entschädigung" erhalten und sind aufgefordert worden zurückzukehren, um neue, an Erzen reiche Gegenden im Norden des Landes auszubeuten. Dow Chemical, Firestone und andere multinationale Konzerne haben ihre gewinnträchtigen Besitzungen zurückerhalten. Die Junta hat viel Reklame für ihr "generöses" Angebot gemacht und neue Konzessionen für Kupfer, Öl, Holz und andere natürliche Ressourcen an alle interessierten multinationalen Gesellschaften vergeben und dies unter den steuerlich günstigsten Bedingungen der Dritten Welt. Aus ihrer Sicht ist die Entstaatlichung der Banken und öffentlichen Unternehmen gut verlaufen: Von 500 staatlichen Betrieben sind nicht mehr als 150 geblieben, da Käufer fehlen; 130 Betriebe wurden Monopolkapitalisten übereignet. Alle landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften wurden dem Großkapital zurückgegeben. Der Großteil der staatlichen Banken ist der Finanzoligarchie übergeben worden. Sogar der große Friedhof von Santiago ist in die Hand von Geschäftsleuten übergegangen!

Auf dem Lande läuft der gleiche Prozeß zur Wiederherstellung der Machtkonzentration ab. Die Agrarreform wird rückgängig gemacht. Mehr als 60% der unter Frei und Allende enteigneten Latifundien haben die Großgrundbesitzer zurückerhalten. Dies betrifft 3.000 Höfe mit einer Fläche von 1,7 Mio Hektar. Die Tatsache, daß das Land den Bauern weggenommen und den Großgrundbesitzern übergeben wurde, ist ein weiteres deutliches Indiz für den Klassencharakter dieses Regimes der Unterdrückung: Der Terror ist Klassenterror, er wurzelt in der Ordnung des Eigentums. (...)

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Januar 1976)

Enrique Pastorino, seit 1969 Präsident des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), zählt zu den hervorragendsten Führern der internationalen Arbeiterbewegung.

Von Beruf Schuhmacher wählten ihn Ende der 30er Jahre die Arbeiter der Schuhfabriken Montevideos zum Sekretär der Gewerkschaft. Mit der Gründung der uruguayischen Gewerkschaftszentrale UGT (Union General de Trabajadores - Generalunion der Arbeiter) im Jahre 1942 wurde Enrique Pastorino ihr Organisationssekretär. Seit 1953 war er als Generalsekretär der UGT auch mit Funktionen im Weltgewerkschaftsbund betraut. Als sich 1967 die UGT mit anderen Gewerkschaften zu der 95% der organisierten Arbeiter Uruguays vereinigenden CNT (Convención Nacional de Trabajadores - Nationalversammlung der Arbeiter) zusammenschloß, wählte man E. Pastorino zu ihrem Sekretär. Schließlich übernahm er 1969 das Amt des Präsidenten des WGB, der unter seiner Führung zur stärksten Kraft der internationalen Gewerkschaftsbewegung wurde.

Unter dem Eindruck der Anti-Hitler Koalition des 2. Weltkrieges und der antifaschistischen Einheit der Gewerkschaftsbewegung wurde im Oktober 1945 in Paris von Delegierten aus 56 Ländern der Weltgewerkschaftsbund gegründet. Damals repräsentierte er 67 Mio Mitglieder bzw. über 90% aller gewerkschaftlich organisierten Lohnarbeiter. In dem damals beschlossenen Programm, dem der WGB bis heute treu geblieben ist, werden neben dem Ringen um die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse als vordringliche Ziele der Gewerkschaftsbewegung genannt: der Kampf um Frieden, gegen den Krieg und seine Ursachen; die Unterstützung des Kampfes der kolonial unterdrückten Völker für Selbstbestimmungsrecht, für die völlige politische und ökonomische Befreiung der Entwicklungsländer; schließlich die Festigung der internationalen Arbeitersolidarität sowie die Förderung der Gewerkschaftseinheit auf nationaler und internationaler Ebene.

Ebenso wie die Amerikanische Föderation der

Arbeiter (AFL) außerhalb der Reihen des WGB verblieb, hatten bereits Ende 1945 sechs christlich orientierte Verbände den Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften (IBCG) gegründet, der 1968 in Weltbund der Arbeit (WVA) umbenannt wurde. Im Zuge des seit 1947 sich verstärkenden Kalten Krieges verließen die reformistischen Führer westeuropäischer Gewerkschaften und des US-amerikanischen Kongresses der Industrieverbände (CIO) die Leitungsgremien des WGB, spalteten die Organisation und gründeten 1949 gemeinsam mit der AFL den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG).

Dessen ungeachtet ist der Einfluß des WGB seither stetig gewachsen: Er zählt heute 70 Mitgliedsorganisationen aus 65 Ländern, 11 Internationale (Berufs-)Vereinigungen (IVG) und ist mit 160 Mio Mitgliedern die mit Abstand zahlenmäßig größte Gewerkschaftszentrale der Welt. Daß der Einfluß des WGB weit darüber hinaus reicht, machte der VIII. Weltgewerkschaftskongreß 1973 in Warna deutlich: An ihm nahmen 170 Gewerkschaftsorganisationen teil, die 210 Mio Mitglieder repräsentierten. Auch finden die Aktionen des WGB zumeist Unterstützung bei autonomen und regionalen Gewerkschaftsorganisationen, darunter der SOHYO Japans, dem Internationalen Bund Arabischer Gewerkschaften (ICATU), der Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU) oder dem Ständigen Kongreß für Gewerkschaftseinheit Lateinamerikas (CPUSTAL).

Enrique Pastorino und der WGB sind in den letzten Jahren mit zunehmendem Erfolg bemüht, durch die Förderung der internationalen Gewerkschaftsaktion und über die Intensivierung der Kontakte mit den anderen Gewerkschaftsverbänden die Arbeiter- und Gewerkschaftseinheit voranzubringen. In seinem Beitrag verbindet Enrique Pastorino die Einschätzung neuer Tendenzen zur Gewerkschaftseinheit mit prinzipiellen Betrachtungen zur Entwicklung und Rolle der lateinamerikanischen Arbeiterklasse.

Enrique Pastorino

Proletariat und Gewerkschaftseinheit in Lateinamerika

Die Erfahrungen der Geschichte zeigen, daß eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der Revolution die Teilnahme und die führende Rolle des Proletariats, die Elastizität und Wirksamkeit seiner Bündnispolitik sind. Natürlich "vergottet" wir das Proletariat in keiner Weise, wir unterstreichen nicht nur die Stärke der Arbeiterbewegung, sondern gestehen auch deren Schwächen in einzelnen Ländern ein. Aber wir treten entschieden all denen entgegen, die das revolutionäre Potential des Proletariats zu negieren versuchen.

Stärksten Einfluß auf die sozialpolitischen Prozesse in Lateinamerika hatte die sozialistische Revolution in Rußland. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und des japanischen Imperialismus im zweiten Weltkrieg



Enrique Pastorino, Präsident des WGB

offenbarte sich besonders anschaulich eine der wichtigsten Gesetzmäßigkeiten der neuesten Geschichte: Das Proletariat rückte in den Mittelpunkt des sozialpolitischen Lebens Lateinamerikas.

Die größte und kämpferischste Klasse

Welche Faktoren haben dazu beigetragen, daß die heutige Arbeiterklasse unseres Kontinents zur politischen Hauptkraft, zum Interessenvertreter der breiten Massen und Organisator ihres Kampfes geworden ist?

Das sind vor allem die Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse und ihre verstärkte Konzentration in großen Industriebetrieben, die Entwicklung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Vereinigungen und Parteien, vor allem der kommunistischen Parteien.

Bereits im Jahre 1970 machten die Lohnarbeiter 62,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung aus. Das sind rund 50 Millionen Menschen, von denen 18 Millionen in der Landwirtschaft (36 %), etwa 15 Millionen in der Bauwirtschaft, der Industrie und dem Verkehrswesen (rund 30%) und über 15 Millionen im Handel und im Dienstleistungsbereich (mehr als 30%) beschäftigt waren.

Die verschiedenen Gruppen der Werktätigen eint, daß sie alle gegen Lohn arbeiten und erbarmungslos ausgebeutet werden. Die Ausbeutungsrate beträgt in einzelnen lateinamerikanischen Ländern das 4fache der Rate in den USA. Verstärkt haben sich die Prozesse der Verelendung und Proletarisierung der Bauernschaft, der Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten, darunter kleiner und mittlerer Eigentümer, Händler und Industrieller. Beträchtliche Schichten der Intelligenz und der Angestellten haben sich ihrer Stellung nach der Arbeiterklasse angenähert.

Anhand der angeführten Zahlen ist zu erkennen, daß der wahrhaft proletarische, industrielle Kern der Lohnarbeiter zwar noch relativ gering ist, deren Verwandlung in die zahlenmäßig stärkste ausgebeutete Gesellschaftsklasse aber nicht einfach eine Realität, sondern auch ein Charakteristikum Lateinamerikas ist.

All diese Erscheinungen unterstreichen die wachsende Rolle des Proletariats als bedeutende produktive und sozialpolitische Kraft, heißt es in der Erklärung, die auf der Juni-Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raumes in Havanna angenommen worden ist. Gleichzeitig verbessert die Arbeiterklasse ihre Organisation. Sie zeigt sich als soziale Kraft, die in der Lage ist, in verschiedenen Ländern Lateinamerikas das politische Bild zu bestimmen. Das

Proletariat ist auf dem Wege, ebenfalls Hauptbindeglied der übrigen gesellschaftlichen, demokratischen und antiimperialistischen Kräfte zu werden. Die an heroischen und kämpferischen Aktionen der Arbeiterklasse reichen Erfahrungen der revolutionären Bewegung Lateinamerikas beweisen, daß sie darüber hinaus fest die Prinzipien der Solidarität mit dem Kampf der anderen Völker gegen den Imperialismus, für den Sieg der nationalen Befreiungsrevolution, für Demokratie und Sozialismus verkörpert.

Das Proletariat als aktive und einigende Kraft

Die aktive Teilnahme des kubanischen Proletariats an der revolutionären Bewegung und am bewaffneten Kampf gegen die Batista-Tyrannie sowie der allgemeine Streik im Januar 1959 sicherten den Sieg der Rebellenarmee und den Machtantritt der revolutionären Regierung auf Kuba.



Die Arbeiterklasse war der Organisator des Sieges der Unidad Popular in Chile im Jahre 1970. Sie ist eine große Kraft der revolutionären Umgestaltungen in Peru, die Avantgarde der antiimperialistischen, demokratischen Massenbewegung in Argentinien, Uruguay und anderen Ländern des Kontinents.

Vom Schwung des Klassenkampfes zeugen die Aktionen der Arbeiter der Bananenplantagen Panamas, Kostarikas und Honduras' gegen ameri-

kanische Monopole sowie zur Unterstützung der unabhängigen Politik der Regierungen dieser Länder ebenso wie die erfolgreichen Kämpfe der bolivianischen Bergarbeiter gegen das reaktionäre Banzer-Regime, zeugt der Kampf der Arbeiter der Bauindustrie sowie der Schlachthöfe und Kühlhäuser Uruguays ebenso wie die Streikbewegung in Puerto Rico, in der Dominikanischen Republik, in Guatemala und Nicaragua.

Eine immer aktivere Rolle spielt die Bauernschaft, der Hauptverbündete des Proletariats. Die Werktätigen des Dorfes haben in den meisten Ländern eigene Organisationen, ihre Stimme wird immer lauter vernehmlich, sie koordinieren ihren Kampf gegen die reaktionären Klassen im Dorf mit den Arbeitervereinigungen. In Peru, Panama, Ekuador und Honduras arbeiten sie mit den demokratischen Kreisen in der Regierung zusammen, während sie in solchen Ländern wie z.B. Bolivien gegen die reaktionären Regimes kämpfen. Die Bauernschaft reiht sich an der Seite des Proletariats unwiderruflich in den antiimperialistischen und demokratischen Kampf ein.

Die fortschrittliche Intelligenz und die Studentenschaft gehen immer häufiger im Bündnis mit der Arbeiterklasse vor. Die Mittelschichten, die patriotischen Kreise der Armee und der Kirche sind in Bewegung geraten. Dadurch bieten sich der Arbeiterklasse Möglichkeiten für eine breite unitäre Tätigkeit.

Doch für den Zusammenschluß aller in Bewegung geratenen Massen gilt es, eine überaus wichtige Aufgabe zu lösen: die Überwindung der Spaltung in den Reihen der Arbeiterklasse.

Relikte der Spaltung und neue Bedingungen

Viele Schwierigkeiten in unserer unitären Tätigkeit hängen damit zusammen, daß die lateinamerikanische Arbeiterklasse relativ "jung" ist. Sie besteht zu einem beträchtlichen Teil aus Menschen, die gestern noch Bauern, Handwerker oder Vertreter der Mittelschichten waren. Durch einige Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung (Herrschaft des ausländischen Monopolkapitals und Aufrechterhaltung eines solchen Überbleibels der vorkapitalistischen ökonomischen Gesellschaftsformation wie des Latifundienwesens) bedingt, sind in den Ländern des Kontinents kleine Betriebe relativ stark vertreten; hier aber äußern sich die Klassenantagonismen - zum Unterschied von der industriellen Großproduktion - nicht immer deutlich genug, und die Bedingungen für den Zusammenschluß des Proletariats, für die Sammlung von Erfahrungen im revolutionären Kampf sind nicht immer günstig.

In den Jahren, als das lateinamerikanische Proletariat gerade erst an die Schaffung eigener Klassenorganisationen ging, versetzte ihm die Reaktion schwere Schläge. In einigen Ländern wurde die Arbeiterklasse ihrer Führung beraubt, in anderen auf lange Zeit gespalten. Dazu trugen nicht nur objektive Bedingungen, die der Klassenfeind sich zunutze machte, wesentlich bei, sondern auch unsere Fehler und Mängel, unsere mangelnde Reife.¹⁾

Heute ist die Situation eine andere. Die sich verschärfende Krise des Kapitalismus und die Versuche des Imperialismus, ihre Folgen auf die Werktätigen und die Völker der eigenen und vor allem der Entwicklungsländer, insbesondere Lateinamerikas, abzuwälzen, spitzen einerseits den Klassenkampf zu und schaffen andererseits Bedingungen, um die Spaltung zu überwinden, um die Gewerkschaften aller Schattierungen auf der Grundlage eines unitären Programms im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, radikaler und antiimperialistischer Umgestaltungen in jedem Land zu vereinigen.

Die Vereinigungstendenz fegt die Überreste aus den Zeiten des kalten Krieges hinweg. Fortschrittliche proletarische Vereinigungen werden zu Anziehungszentren für alle jene, die sich gegen die Übermacht der Monopole und Gutsbesitzer, gegen die blutigen Diktaturen faschistischen Typs wenden und für den ökonomischen und sozialen Fortschritt eintreten.

Gewerkschaftseinheit von Chile bis Panama

Trotz äußerst schwerer Bedingungen gewinnt die Einheitliche Gewerkschaftszentrale Chiles (Central Unica de Trabajadores de Chile - CUT) beim Zusammenschluß der Massen zum Kampf gegen den Faschismus immer mehr an Bedeutung.

Gescheitert sind im Grunde die Versuche der Regierung Uruguays, gelbe Gewerkschaften zu gründen und die Klassenorganisation des Proletariats, den Nationalen Konvent der Arbeit (Convención Nacional de Trabajadores - CNT) zu zerschlagen. Er organisiert nicht nur machtvolle Aktionen (z.B. die Maidemonstrationen in diesem Jahr, obwohl 1 500 Arbeiter festgenommen wurden), kämpft nicht nur für die Tagesforderungen der Werktätigen, sondern spielt auch eine große politische Rolle; davon zeugt der Appell des CNT an alle Massenorganisationen und politischen Parteien, eine Front der Diktaturgegner zu schaffen.

Im März 1975 fand der II. Kongreß der Konföderation der Werktätigen Kolumbiens (Confederación Sindical de Trabajadores de Colombia - CSTC) statt, und zwar zu einer Zeit, da Industriearbeiter, Bankangestellte und Planta-

genarbeiter breite Aktionen organisierten. Im Ergebnis traten weitere 80 Gewerkschaftsvereinigungen der Konföderation bei. Höhepunkt dieser Aktionen und Beschlüsse war eine Kampfkundgebung, an der sich mehr als 50 000 Menschen beteiligten.

In Kostarika besteht ein Komitee zur Koordinierung der Tätigkeit der Gewerkschaften. Einheitsbestrebungen sind in Venezuela zu verzeichnen.

Zu Beginn dieses Jahres und zum 1. Mai erließ die Konföderation Venezolanischer Werktätiger (Confederación de Trabajadores de Venezuela - CTV), eine Filiale der ORIT und des ICFG, mit Unterstützung der dem WGB angehörigen Einheitlichen Konföderation der Werktätigen Venezuelas (Central Unitaria de Trabajadores de Venezuela - CUTV) und der Konföderation Autonomer Gewerkschaften Venezuelas (Confederación de Sindicatos Autónomos de Venezuela - CODESA) einen Appell zur Einheit und beschloß, eine Konferenz der Gewerkschaftszentren aller Richtungen einzuberufen, um gemeinsame Aktionen zu organisieren und den Kampf der gesamten lateinamerikanischen Arbeiterklasse gegen die aggressive Politik der USA, zum Schutz der Naturschätze des Kontinents und der durch das Gesetz über die Handelsreform geschmälernten nationalen Interessen zu entfalten.

Es entwickeln sich unitäre Prozesse in den Ländern, in denen militärisch-patriotische Regierungen an der Macht stehen.

Der mißlungene faschistische Putsch in Peru (Februar 1975) ist ein weiterer Beweis dafür, wie schwer es ist, den revolutionären Prozeß zu vertiefen und die unvermeidlichen Gegenangriffe des Imperialismus und der Oligarchie abzuwehren, wenn es keine Massenbewegung gibt, die auf der Grundlage eines fortschrittlichen politischen Programms organisiert und zusammengeschlossen ist. Ebendeshalb entstand in Peru ein Organ, das die Tätigkeit der drei Gewerkschaftszentren und der Bauernföderation koordiniert. So wird es möglich, die Einheit der Werktätigen auf ein höheres Niveau zu heben.

In Panama mobilisiert und organisiert das progressive Gewerkschaftszentrum die Werktätigen zur Unterstützung der gerechten Politik des Schutzes der nationalen Interessen, wie sie von der Regierung Generals Torrijos betrieben wird. (...)

Kontinentale Tendenzen zur Einheit

Besonders unterstrichen sei die unitäre Rolle der Zentrale der Werktätigen Kubas (Central de Trabajadores de Cuba - CTC). Auf seinem XIII. Kongreß, dem Delegationen aller lateinamerikanischen Gewerkschaftszentren beiwoh-

ten, boten die kubanischen Genossen ein Beispiel dafür, wie umfassend die Frage der Einheit betrachtet werden muß. Und das entspricht dem Gebot der Zeit. Vielfältige Verbindungen unterhält die CTC zu den Gewerkschaftszentren Argentiniens, Mexikos, Kolumbiens, Panamas und anderer Länder, sie fördert die Entwicklung der unitären Tendenz im kontinentalen Maßstab. Von großer Bedeutung waren die Kontakte der CTC mit dem venezolanischen Gewerkschaftszentrum CTV. Als eine Delegation des CTV Havanna besuchte, wurde über die Bildung eines einheitlichen Gewerkschaftszentrums Lateinamerikas verhandelt. Das kann und muß der nahezu 30jährigen Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung der Region ein Ende setzen. Ein wichtiger Schritt bei der Entwicklung der Tendenz zur Einheit im kontinentalen Maßstab war die V.Tagung des Generalrats des Ständigen Kongresses der Gewerkschaftseinheit der Werktätigen Lateinamerikas (Congreso Permanente de Unidad Sindical de los Trabajadores de América Latina - CPUSTAL) in Panama im Februar 1975. An der Arbeit dieser unitären Regionalorganisation beteiligten sich Vertreter ihrer 22 Filialen aus 16 Ländern, in denen 20 Millionen Werktätige vereint sind. Zu Beginn der Tagung sprach der Minister für Arbeit und Sozialwesen Panamas. Er entlarvte den Kolonialismus und unterstrich die Bedeutung der Gewerkschaftseinheit sowie die Rolle des CPUSTAL als Verfechter der Idee vom Zusammenschluß der Werktätigen und der Völker Lateinamerikas.

Die Teilnehmer des Treffens bekundeten völlige Einmütigkeit in solchen Fragen wie Solidarität und Einheit im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, für Freiheit und Unabhängigkeit, zum Schutze der nationalen Reichtümer und der Souveränität. Es wurde der Beschluß gefaßt, den 1.Mai 1975 unter den Losungen dieses Kampfes zu feiern. Die Tagung rief die Werktätigen dazu auf, den 30. Jahrestag des Sieges über den Faschismus zu begehen, zu dem die Sowjetunion den entscheidenden Beitrag geleistet hat. Besonders unterstrichen wurden die Rolle des sozialistischen Kubas auf dem Kontinent und die Bedeutung der fortschrittlichen Umgestaltungen in Peru. Die breite Skala der erörterten Fragen bildet die Grundlage für unitäre Aktionen mit den Gewerkschaften, die nicht dem CPUSTAL angehören. Darin liegt die besondere Bedeutung der Tagung.

Einen nicht geringen Beitrag zur Einheit des Proletariats, zum Zusammenschluß aller anti-imperialistischen, demokratischen Kräfte Lateinamerikas leistet der Weltgewerkschaftsbund (WGB). Im Oktober 1973 führten wir den

VIII.Kongreß durch. Dieses wichtige Ereignis in der Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung erhielt zu Recht die Bezeichnung "Kongreß der breiten Einheit".

WGB für Aktionseinheit und antiimperialistische Fronten

Im Oktober 1974 tagte der Generalrat des WGB in Havanna. Erstmals fand ein solches Treffen auf lateinamerikanischem Boden, im ersten



Enrique Pastorino erstattete den Bericht "30 Jahre WGB im Dienste der Werktätigen"

sozialistischen Land Lateinamerikas statt, was an sich schon von großer Bedeutung war. Das war zugleich eine Anerkennung der Verdienste des lateinamerikanischen Proletariats, des Schwungs seiner Klassenschlachten durch die internationale fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung. Auf der Tagung wurden Fragen des Kampfes und der Einheit der Arbeiterklasse, deren Vorhutrolle in der breiten kontinentalen antiimperialistischen Front erörtert, konkrete Maßnahmen erarbeitet und umfassende Pläne festgelegt, die bereits erfüllt werden.

Die angeführten Tatsachen und Ereignisse sind nicht bloße Aufzählungen, theoretische Überlegungen oder Projekte, sondern praktische Äußerungen der erstarkenden Einheitstendenz der Arbeiterklasse. Wenn wir diese Tendenz auf allen Ebenen vertiefen wollen, müssen wir vor allem ihren Inhalt und ihre Richtung berücksichtigen, unsere Klassenziele im Auge behalten.

Bekanntlich setzt sich der WGB für die Aktionseinheit mit den anderen internationalen Gewerkschaftszentren auf der Grundlage eines konkreten Programms, und sei es eines Minimalprogramms, ein. Wir sind für gemeinsame Aktionen mit allen Gewerkschaftsvereinigungen, begnügen uns aber nicht mit Begegnungen auf höchster Ebene. Wir denken an die rechten Gewerkschaftsvereinigungen angehörenden Arbeitermassen, die ebenso wie wir begreifen, daß der Zusammenschluß die Grundvoraussetzung für den Erfolg im Klassenkampf ist.

Unserer Ansicht nach läßt sich die Einheit innerhalb der einzelnen Länder viel leichter erreichen, denn gerade auf nationaler Ebene müssen bestimmte Führer und Organisationen eine direkte Antwort auf Fragen geben, die ihnen von den werktätigen Massen gestellt werden. Das trifft insbesondere auf Länder zu, in denen die krasse Verschärfung der Strukturkrise die Einheit der Arbeiterklasse mit den breiten nichtproletarischen Gesellschaftsschichten fördert, die vor der Alternative stehen, entweder gegen den Imperialismus zu kämpfen oder sich mit der Niederlage abzufinden.

Die Arbeiterklasse bricht also allmählich mit der Vergangenheit, die den Stempel der Spaltung und des Reformismus trug. Die Stunde der Entscheidung ist angebrochen, und es darf keinen Platz für den Antikommunismus, für die Schimären der Vergangenheit geben, die den Prozeß des Zusammenschlusses gebremst haben. Der unitäre Prozeß ist nicht leicht, aber es gibt keinen Zweifel daran, daß wir im Feuer der Klassenschlachten die Einheit zu schmieden vermögen. Gerade im Kampf zeigt die Arbeiterklasse das Streben nach Geschlossenheit, begreift, wie notwendig sie ist, und rückt von jenen ab, die sich dagegen wenden. (...)

Das Zusammenwirken im antiimperialistischen Kampf bedeutet vor allem Einheit in der Aktion, wird in der Erklärung der Konferenz in Havanna unterstrichen. Es geht also um eine Einheit zur Mobilisierung der Massen, zur Einbeziehung jener Gruppen und Kräfte, die in diesem Kampf noch abseits stehen, obwohl sie unter den Bedingungen der Ausbeutung und des Elends leiden. Durch diese Einheit sollen konkrete und unterschiedliche Kampfformen koordiniert werden. Diese Einheit erfordert, mit Kühnheit und Phantasie zu handeln, so daß die Prinzipientreue sich mit der notwendigen Breite paart, um niemanden, der an diesem Kampf teilnehmen kann, zu verlieren.

Anmerkungen:

- 1) Die lateinamerikanischen Gewerkschaften sind entweder autonom oder gehören den drei Hauptgruppen der internationalen Gewerkschaftszentren an: dem Ständigen Kongreß der Gewerkschaftseinheit der Werk-tätigen Lateinamerikas (CPUSTAL), der die unabhängigen nationalen Gewerkschaftszentren und die Mitglieder des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) vereint; dem Lateinamerikanischen Zentrum der Werk-tätigen (der ehemalige Lateinamerikanische Verband Christlicher Gewerkschaften - CLASC), einer Filiale des Weltverbandes der Arbeit (WVA), und der interamerikanischen Regionalorganisation der Werk-tätigen (ORIT), einer Filiale des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG).

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 18. Jahrgang, Heft 9, Prag 1975, S. 1221-1229)

Am 2. Januar 1959, bei seinem ersten öffentlichen Auftreten nach der Zerschlagung der Batista-Diktatur sagte Fidel Castro in Santiago: „Jetzt beginnt die Revolution. Die Revolution wird keine leichte Aufgabe sein, die Revolution wird ein hartes Unternehmen und voller Gefahren sein, besonders in der Anfangsetappe.“

Doch die kubanische Revolution behauptete sich auch gegen die größten Gefahren – so gegen die Invasion in der Schweinebucht 1961, gegen die Kriegsdrohungen der USA während der „Kuba-Krise“ 1962 und gegen die von den USA verhängte, bis heute währende Wirtschaftsblockade.

Der Kampf der Revolution ums Überleben gegen die stärkste imperialistische Macht, die nicht einmal 100 Kilometer von Kubas Küste entfernt liegt, führte erstmals in einem lateinamerikanischen Land zur völligen Abschüttelung der neokolonialen Herrschaft und setzte ein für allemal der Ausbeutung durch die Oligarchien und Kompradoren ein Ende – damit konnte erstmals auch in Lateinamerika die völlige Beseitigung von Massenelend, Arbeitslosigkeit und Analphabetentum gelingen.

Kuba, dem es einst als letztem Land Lateinamerikas gelang, sich vom spanischen Kolonialjoch zu befreien, war nun das erste Land des Kontinents, das zu Anfang der sechziger Jahre bewußt den Übergang zur sozialistischen Revolution vollzog. Nachdem sich die führenden sozialistischen Kräfte und Organisationen 1965 zur Kommunistischen Partei Kubas zusammengeschlossen hatten, stellte der 1. Parteitag der KP Kubas vom 17. bis 22. Dezember 1975 in Havanna einen bedeutenden Höhepunkt der revolutionären Veränderungen und künftigen Entwicklung des Landes dar.

Es war daher die Aufgabe der 3.116 Delegierten dieses 1. Parteitages, Bilanz zu ziehen über die sozialökonomischen Errungenschaften wie über die Erfahrungen und Lehren des revolutionären Prozesses und zugleich die neuen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus festzulegen. Die Delegierten beschlossen neben der Errichtung von Volksmachtsorganen, den Poder Popular im ganzen Land, die politisch-administrative Neugliederung der Republik, ein neues Planungs- und Leitungssystem, die Direktiven zum 1. Fünfjahrplan und die Annahme des Verfassungsentwurfes, der am 15. Februar 1976 in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit gebilligt wurde.

„Es ist unmöglich“, sagte Fidel Castro einleitend in seinem elfstündigen Rechenschaftsbericht, „diesen Parteitag zu beginnen oder seine grundlegende Bedeutung zu verstehen, ohne einen Blick auf unsere Geschichte zu werfen.“ Eine umfassende historische Einschätzung, die einen einzigartigen Einblick in die Geschichte Kubas und seiner revolutionären Bewegung gewährt, stand daher auch am Anfang des Rechenschaftsberichtes. Diese historische Rückschau, die wir in diesem Heft anhand der Vorlage des Organs der KP Kubas, Granma, dokumentieren, macht den ersten von drei Hauptteilen des Berichtes aus.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas und die von ihm verabschiedeten Dokumente sind nicht nur für die Entwicklung des Landes selbst von hoher Bedeutung, sondern auch für den gesamten lateinamerikanischen Kontinent und sind darüberhinaus für die internationale antiimperialistische Bewegung von großem Interesse und Erfahrungswert. Die historischen Erfahrungen und die gegenwärtige Etappe der kubanischen Revolution stehen als Beispiel für die Kampftraditionen aber auch der Möglichkeit des Sieges der lateinamerikanischen Völker.

Rede Fidel Castros vor dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas

Die Geschichte der kubanischen Revolution



(...) 1895 kam es in Kuba zu einem erneuten bewaffneten Aufstand. Diesmal war er jedoch politisch vorbereitet durch die Erfahrungen vieler Jahre. Unter der Leitung von Martí, dessen politische Vorstellungen über die Grenzen seines Landes und seiner Epoche hinausreichen, wurde eine Partei gegründet, die Revolution anzuführen.

José Martí – Symbol nationaler Befreiung

Diese Idee, die zur gleichen Zeit von Lenin zur Durchführung der sozialistischen Revolution im alten Zarenreich entwickelt wurde, ist eine von Martí bewundernswertesten Beiträgen für die Entwicklung der politischen Theorie. Eine einzige revolutionäre Partei wurde in unserem Land ins Leben gerufen. In dieser Partei vereinigten sich die glorreichen Veteranen des 10jährigen Krieges, vertreten durch Gómez und Maceo, und eine neue Generation von Bauern und Arbeitern, Künstlern und Intellektuellen, die das Ziel vor Augen hatten, in Kuba die Revolution durchzu-

führen. Martí lernte das Monster sehr genau kennen, denn er lebte in seinen Eingeweiden. Er kannte das Monster, das mit seinen althergebrachten Ansprüchen, seinem Expansionismus und seiner Politik der alleinigen Beherrschung, ergänzt durch neue imperialistische Tendenzen, die aus der kapitalistischen Entwicklung der Vereinigten Staaten resultierten, Kuba in Besitz nehmen wollte. Mit erstaunlicher Klarheit erkannte Martí diese neuen Tendenzen: „Ich lebe in der Gefahr, täglich mein Leben für mein Land geben zu müssen. Da ich meine Aufgabe sehr klar sehe und bereit bin, diese zu erfüllen, erachte ich es als meine Pflicht, für die Unabhängigkeit Kubas die Expansion der USA über die Antillen hinaus zu verhindern, damit die USA nicht mit noch größerer Macht über unser Amerika herfallen. Alles was ich bisher getan habe und was ich noch tun werde, dient diesem einen Ziel. Die dazu notwendigen Maßnahmen müssen in aller Stille und gleichsam indirekt angegangen werden, denn es gibt Dinge, die verborgen bleiben müssen, sollen sie Erfolg haben; würden sie enthüllt, so ergäben sich daraus nachhaltige Schwierigkeiten, die letztendlich nicht überwunden werden könnten.“ Martí sagte dies kurz vor seinem Tode, als er gemeinsam mit den

Männern der Befreiungsarmee in Kuba kämpfte. Durch diesen Gedanken und Lenins Definition und Analyse des Spanisch-Amerikanischen Krieges als ersten imperialistischen Krieg reichen sich zwei Männer, José Martí und W. I. Lenin, die Hand, die unter verschiedenen historischen Bedingungen einen übereinstimmenden Gedanken entwickelten. Der eine wurde zum Symbol der nationalen Befreiung von kolonialer Unterdrückung und Imperialismus; der andere zum Architekten der ersten sozialistischen Revolution am schwächsten Glied in der Kette der imperialistischen Länder: nationale Befreiung und Sozialismus, zwei eng miteinander verbundene Aufgaben der modernen Welt. Beide Aufgaben müssen von einer festen und disziplinierten Partei, die den revolutionären Prozeß vorantreibt, durchgeführt werden. Beide Parteien wurden fast zur gleichen Zeit, zur Jahrhundertwende, gegründet.

Kubas Kampf gegen die spanische Kolonialmacht

Das kubanische Volk kämpfte ohne geeignete Mittel, ohne Nachschub und ohne logistische Kenntnisse mit einer Bevölkerung von kaum eineinhalb Millionen Menschen gegen eine 300 000 Mann starke Kolonialarmee. Zu dieser Zeit war Spanien eine der führenden Militärmächte Europas. Kein anderes Volk in Amerika mußte einen so harten und schwierigen Kampf um seine Unabhängigkeit durchstehen. Kuba war das Vietnam des letzten Teils des vorigen Jahrhunderts. Das kubanische Volk war in diesem Kampf ganz auf seine eigenen Kräfte angewiesen; kein anderes lateinamerikanisches Land beteiligte sich an diesem Kampf. Die kubanischen Emigranten, die sich bemühten, Waffen für ihre kämpfenden Landsleute zu beschaffen, sahen sich der offenen Feindschaft der US-Regierung gegenüber. Freiwillige aus Bruderländern kamen, um an dem Kampf unseres Vaterlandes für Freiheit und Unabhängigkeit teilzunehmen. Stellvertretend für diese Männer sei Maximo Gómez genannt, ein hervorragender Vertreter des dominikanischen Volkes, der oberste Kommandant unserer Armee wurde. Diese Männer schrieben die internationale Solidarität tief in die Geschichte des kubanischen Volkes ein.

Spanien war erschöpft, es konnte ohne Hilfsmittel und Energie den Krieg nicht länger fortsetzen. Die spanische Armee kontrollierte lediglich die Hauptstützpunkte. Die Revolutionäre beherrschten das gesamte Land und kontrollierten die Verkehrswege im Inneren. Viele berühmte spanische Generäle kamen in diesem Krieg ums Leben. Dann, im Jahre 1898, begann die US-amerikanische Militärintervention. Noch am Vorabend der Feindseligkeiten hatten die USA den Versuch unternommen, Kuba den Spaniern abzukufen. Wenn jemals die Borniertheit der Spanier Kuba einen Dienst erwiesen hat, so mit der beharrlichen Ablehnung einer solchen Transaktion, die die USA Spanien wiederholt im letzten Jahrhundert vorgeschlagen hatten.

Der imperialistische Krieg der Yankees

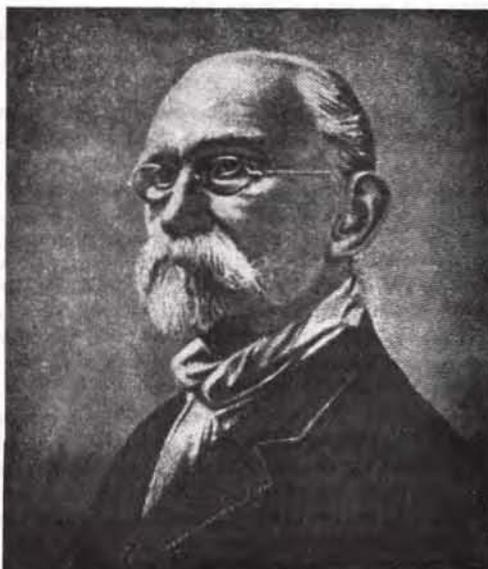
Der imperialistische Krieg endete mit der US-amerikanischen Besetzung Kubas, der Philippinen und Puerto Ricos. Der Kampf des kubanischen Volkes rief eine Welle von Sympathie in der ganzen Welt und beim amerikanischen Volk selbst hervor. Sein heroischer Kampf forderte sogar den ehrgeizigen Eroberer Hochachtung ab – und die Insel konnte nicht sofort annektiert werden. Am 20. Mai 1902 mußte formal die Unabhängigkeit gewährt werden, allerdings errichteten die USA Marinestützpunkte auf der Insel und durch eine von den USA erzwungene Verfassungsänderung bekamen die USA das Recht zugesprochen, in Kuba jederzeit zu intervenieren. So wurde unser Land zu einer Neokolonie des Yankee. Die Philippinen blieben bis 1946 besetzt; heute sind sie eine unabhängige Nation, allerdings mit 18 US-Stützpunkten auf ihrem Territorium. Puerto Rico ist nach wie vor besetzt, mit Dutzenden von US-Militärstützpunkten; die USA haben schamlos versucht, Puerto Rico ihrem Territorium einzuverleiben. Dem großen, heroischen und glücklichen Verlauf der Geschichte verdanken wir es, daß unser Land und unser Volk von einer Einverleibung in die USA verschont blieben. Dies verdankt unser Land vor allem der festen Entschlossenheit seiner Söhne und den Strömen von Blut, die vergossen wurden für die Erhaltung der eigenen Nationalität. Aus der Geschichte unseres Landes im vergangenen Jahrhundert und in der Gegenwart, in der kolonialen und in der neokolonialen Periode, aus den Erfahrungen dieser Zeit vor und nach den Unabhängigkeitskriegen geht eines klar und deutlich hervor: Die Ausbeuterklassen unseres eigenen Landes und der USA waren immer das größte Hindernis



José Martí



Antonio Maceo



Maximo Gómez

für die Befreiung Kubas. Im Jahre 1902 änderten sich einfach nur die Herren. Die herrliche Befreiungsarmee wurde aufgelöst. Regierungen, die das Land ausverkauften und Wirtschaftsabkommen, die das Land ausplünderten, wurden Kuba auferlegt. Die Besatzungsmacht stellte ein Söldnerheer auf. Die am meisten verrotteten und reaktionären Teile der kolonialen Gesellschaft stiegen durch ihre engen Beziehungen zu den USA in die Führungspositionen auf. Sie waren die Garanten der Vereinigten Staaten für Kubas dauerhafte Besetzung.

Kubas erster Präsident, Tomas Estrada Palma, der vom Imperialismus eingesetzt wurde, war ein ausgesprochener Statthalter des Annexionismus. Im Jahre 1906 bat er um eine zweite Intervention der amerikanischen Militärmacht. Am 10. Oktober des gleichen Jahres schrieb er: „Ich habe mich nie gefürchtet zuzugeben und scheue mich nicht, öffentlich zu sagen, daß die politische Abhängigkeit, die uns den großen Segen der Freiheit sichert, für unser geliebtes Kuba hundertmal mehr vorzuziehen ist als eine unabhängige und souveräne Republik, die sich durch die verheerenden Folgen eines ständigen Bürgerkrieges diskreditiert und vernichtet.“



Punch, 1898

Spanien zu Onkel Sam: „Na schön, du wolltest ihn ja, hier hast du ihn – viel Vergnügen!“

Die neokoloniale Vorherrschaft der USA

Die Investitionen der USA in Kuba stiegen von 50 Millionen US-Dollar im Jahre 1896, über 160 Millionen im Jahre 1906 und 205 Mio im Jahre 1911 auf 1,2 Mrd im Jahre 1923; die USA besaßen dreiviertel der kubanischen Zuckerindustrie.

Die korrupten Regierungen und die wiederholten Yankee-Interventionen in den ersten Jahrzehnten der neokolonialistischen Republik taten ihr Werk und lieferten den Reichtum des Landes an fremde Herren aus. Das beste Farmland, die größten Zuckermühlen, die Erzlager, die Grundstoffindustrien, die Eisenbahnen, die Banken, der öffentliche Dienst und der Außenhandel gerieten unter den eisernen Zugriff des amerikanischen Monopolkapitals. Die Ergebnisse der heroischen Kämpfe von 1868 und 1895 wurden zunichte gemacht. Das tapfere rebellische Volk, das die ganze Welt durch seine patriotischen Taten in Erstaunen versetzt hatte, wurde gezwungen, in seinem eigenen Land wie ein Volk von Ausgestoßenen zu leben.

Die Bauern, von denen die meisten in den Reihen der Befreiungsarmee gekämpft hatten, erhielten das Land, das sie reichlich mit ihrem Blut getränkt hatten, nicht. Im Gegenteil. Neben den alten entstanden neue Latifundien, zumeist bestehend aus den Landparzellen, die einst denen gehörten, die für die Unabhängigkeit gekämpft hatten oder für die Unabhängigkeit gestorben waren. Yankee-Unternehmen oder die Mitglieder der mit dem Imperialismus verbündeten Oligarchie eigneten sich für lächerlich niedrige

Preise, durch Bestechung, Vertreibung der ehemaligen Besitzer oder einfach durch Konzessionen weite Landgebiete an. Dies war der Anfang der tragischen Geschichte unendlicher Leiden, die die Herrschaft der USA den Bauern für mehr als 50 Jahre auferlegte.

Die Wirtschaftsstruktur des Landes wurde deformiert und einseitig auf die Interessen der USA ausgerichtet. Unser Land wurde ein Lieferant billigen Zuckers. Einerseits machte man es zu einer sicheren Nachschubbasis im Falle eines Krieges und andererseits zu einem Markt für die überschüssigen amerikanischen Finanzmittel und landwirtschaftlichen wie industriellen Produkte. Die neuen Plantagen benötigten viele und billige Arbeitskräfte; die Bevölkerungszahl aber war gering und es bestand Arbeitskräftemangel. Aus Haiti und Jamaika brachte man Arbeiter ins Land. Sie wurden in Kasernen und Baracken zusammengepfercht, die Löhne waren erbärmlich niedrig, es gab keinerlei medizinische Betreuung; ihrer elementarsten Rechte beraubt waren sie ihren Ausbeutern schutzlos ausgeliefert. Diese unmenschlichen Lebensbedingungen kennzeichnen eine der traurigsten und unehrenhaftesten Seiten der Geschichte des Kapitalismus in Kuba. Die erst kurz zuvor, im Jahre 1886, abgeschaffte Sklaverei wurde in der Pseudorepublik in neuen und schlimmeren Formen wieder zum Leben erweckt.

Die Schande der kubanischen Pseudorepublik

In der öffentlichen Verwaltung herrschte eine Korruption von unglaublichem Ausmaß. Die im Dienste der ausländischen Interessen stehenden politischen Fraktionen verteilten unter sich einträgliche Posten und öffentliche Ämter. Tausende falsche Lohnlisten unterstützten die Agenten und die politische Maschinerie der an der Macht befindlichen Parteien. Geldmittel, die für öffentliche Arbeiten, das Bildungs- und Gesundheitswesen bestimmt waren, wurden in skandalöser Weise verschwendet. Armut, Analphabetismus und Krankheit waren im Land weitverbreitet. Die Repressionsorgane unterdrückten brutal jeden Protest seitens der Arbeiter, Bauern und Studenten. Unterdrückung herrschte in den Zuckerfabriken, den Dorfgemeinden und überall im Lande. Der ganze Apparat der Zwangsherrschaft, die Verwaltung, das Parlament und die Justiz bestanden nur zu dem einen Zweck: den Yankee-Monopolen, den Landbesitzern und der Bourgeoisie von Nutzen zu sein. Prostitution und Glücksspiel blühten überall. Rassendiskriminierung, die durch das gemeinsam vergossene Blut eines Volkes, das so heldenhaft für Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft hatte, verschwunden geglaubt schien, flammte unter der Herrschaft der USA in Kuba erneut auf. In den Parkanlagen vieler Städte konnte man die unwürdige Trennung in weiße und schwarze Flächen sehen. Der Zugang zu vielen Erziehungs- und Wirtschaftsinstitutionen, kulturellen und Freizeiteinrichtungen wurde den schwarzen Mitbürgern versperrt. Ihr Recht zu studieren, ihr Recht auf Arbeit und Kultur und, was am wichtigsten ist, ihr Recht auf Menschenwürde wurde ihnen verweigert.

Die Frauen, die in den Kämpfen um die Unabhängigkeit einen unvergleichlichen Beweis ihrer Bereitschaft zur Selbstaufopferung und ihrer revolutionären Fähigkeiten geliefert hatten, wurden gezwungen, unter Bedingungen sozialer und rechtlicher Unterprivilegierung zu leben. Es gab keinen Mutterschutz, und Kindern konnte die erniedrigende Bezeichnung „natürliches“ oder „illegitimes Kind“ gegeben werden.

Laster des Yankee-Kapitalismus

Kapitalistische ökonomische Krisen trafen das Land mit entsetzlicher Härte und in jeder Situation ließen die USA Kuba die schlimmsten Auswirkungen spüren. Unsere Außenpolitik wurde in Washington gemacht. Auf den Weltkarten stellte man Kuba in der gleichen Farbe wie die USA dar. Die meisten Bürger der USA wären überrascht gewesen, wenn sie gehört hätten, daß Kuba offiziell keine Besetzung der USA war. Die Yankee-Botschafter, oder besser Prokonsuln, kommandierten unsere Herrscher in überheblicher Art und Weise.

Den Lastern, die Kuba aus der Kolonialzeit geerbt hatte, fügte der Yankee-Kapitalismus seine eigenen Laster und seine Denkweise, seine wahnsinnige Selbstüberheblichkeit, seine Sitten, Unterhaltung und Propaganda, sein „Way of Life“ und, was am schlimmsten ist, seine reaktionäre politische Ideologie hinzu.



Sie beherrschten unsere Massenmedien und nutzten sie voll aus, um unsere nationale Kultur zu entstellen und zu vernichten, um patriotische Gefühle zu unterdrücken, um das politische Denken zu entstellen und einen US-Kult zu verbreiten. Den Schulkindern wurde beigebracht, daß die USA der großzügige Befreier unseres Vaterlandes seien. Der heroischen Zeit folgte die Zeit der Erniedrigung und der Schande. In diesen Jahren nach unseren Kämpfen um die Unabhängigkeit trat genau das ein, was Marti durch seine ständigen Belehrungen und durch seine klare Voraussicht zu vermeiden gesucht hatte.

Die grausame Realität veranlaßte Martinez Villena, seine bekannten und ergreifenden Verse auszurufen, daß ein erneuter Angriff notwendig sei, um die Revolution zu ihrem Ende zu führen. Aber als Villena diese Worte ausrief und dadurch zugleich ein Beispiel titanischen Kampfesmut zeigte, war der Yankee-Imperialismus noch zu stark und die revolutionäre Bewegung in der Welt noch zu schwach, um das kubanische Volk in seinem Bemühen, die im Jahre 1868 begonnenen Anstrengungen zu vollenden, zu unterstützen.

Der im „Platt Amendment“ enthaltene Verfassungsabschnitt, der den USA das Recht zu einer militärischen Intervention in Kuba im Falle einer Veränderung der etablierten Ordnung gab, lastete schwer auf den kubanischen Patrioten. Der bewaffnete revolutionäre Kampf konnte direkt zur militärischen Besetzung Kubas durch eine Macht, die wesentlich mächtiger als Spanien war, führen. Kuba war zu schwach, einer solchen Macht ohne Hilfe zu widerstehen. Das Risiko, jegliche Unabhängigkeit zu verlieren, mußte notwendigerweise lähmend auf revolutionäre Aktionen wirken. Dies erklärt, warum der revolutionäre Prozeß in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts nicht weitergeführt wurde, obwohl die politischen Fraktionen des öfteren zu den Waffen griffen, um ihre Rechnungen zu begleichen und dadurch die Yankees zu einer Intervention reizten.

Die Geburt der nationalen Arbeiterbewegung

Unser Kampf verlor notwendigerweise seinen ausschließlichen nationalen Charakter und unser Schicksal verband sich mit der revolutionären Weltbewegung. Für ein isoliertes, schwaches und kleines Land war es unmöglich, der Herrschaft eines der reichsten und mächtigsten imperialistischen Länder alleine zu widerstehen. Zugleich mußte sich unsere Revolution, die unter kolonialen Bedingungen die Grenzen einer nationalen Befreiungsbewegung, getragen von den liberalen Prinzipien des letzten Jahrhunderts, nicht überschreiten konnte, mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus und der Entstehung der Arbeiterklasse in unserem Lande zu einer sozialen Revolution entwickeln. Neben die Aufgabe, unser Land von der imperialistischen Herrschaft zu befreien, war nun notwendigerweise die Aufgabe getreten, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in unserer Gesellschaft ein Ende zu setzen. Beide Aufgaben waren somit ein untrennbarer Teil in unserem historischen Prozeß. Das kapitalistische

System, das uns als Volk von außen unterdrückte und uns als Arbeiterklasse im Land selbst ausbeutete und niederhielt, konnte nur von der sozialen Kraft, die in der Lage war, uns von der Unterdrückung im Innern zu befreien, überwunden werden. Sie war auch die alleinige Kraft, die uns von der äußeren Beherrschung durch die imperialistische Macht befreien konnte.

So glauben wir, daß es das historische Verdienst von Balino und Mella ist, dies erkannt zu haben. Sie waren es, die 1925 zusammen mit einer Handvoll Männern die erste marxistisch-leninistische Partei in Kuba gründeten. Die glorreiche Oktoberrevolution 1917, die diese tapferen Kämpfer der sozialistischen Revolution beflügelte, war ein Ereignis, welches eine entscheidende Rolle in der Entwicklung unseres Volkes spielen sollte. Nur durch die unüberwindliche Stärke der internationalen Arbeiterbewegung war unser kleines Land in der Lage, der tödlichen Gefahr, die die politische, ökonomische und militärische Macht der USA darstellte, entgegenzutreten; nur mit Hilfe der Strategie, der Prinzipien und der Ideologie der Arbeiterklasse und mit dieser Klasse als Vorhut konnte unsere Revolution die endgültige nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung unseres Landes erreichen.

Als unser Volk in den 30er Jahren heldenhaft gegen die Tyrannei Machados kämpfte, spielte unsere Arbeiterklasse, geführt von den Kommunisten, bereits eine hervorragende Rolle.

Die Weltwirtschaftskrise und Batistas konterrevolutionäre Tat

Als Folge der Weltwirtschaftskrise wurde unsere Bevölkerung von einer entsetzlichen Hungersnot getroffen; weniger als ein Centavo wurde für das Pfund Zucker gezahlt; die Zollsätze, die die USA unseren Hauptexportprodukten auferlegten, versetzten unserer Wirtschaft erbarmungslose Schläge. Soziale Mißstände nahmen ungeahnte Ausmaße an. Unter diesen Bedingungen erreichte die politische Repression ihren Höhepunkt: Arbeiter, Bauern, Studenten, Journalisten und Intellektuelle, die in der vordersten Front des Kampfes standen, wurden von den Henkern im Dienste der Tyrannei brutal ermordet. Mella wurde in Mexico City hinterrücks erschossen. Das revolutionäre Bewußtsein der Massen wuchs in dieser Zeit außerordentlich. Antiimperialistische Ansichten gewannen an Kraft und das ganze System wurde von einer schweren Krise erschüttert. Die Regierung der USA intervenierte durch eine sogenannte „Vermittlung“, indem sie ihre Kriegsschiffe vor der Küste Kubas aufkreuzen ließ. Im August 1933 war die Machado-Regierung nicht mehr länger in der Lage, dem Druck des revolutionären Generalstreiks standzuhalten und wurde gestürzt. Ihr folgte eine profilose, buntschekige Regierung, die ebenfalls ein Produkt der Yankee-Intervention war.

Nonkonformismus, Unzufriedenheit und revolutionäre Lehren drangen in die Kasernen ein. Am 4. September erhoben sich die Soldaten und Offiziere gemeinsam mit Studenten und anderen revolutionären Schichten. Eine provisorische revolutionäre Re-

gierung, die nationalistisch geprägt und merklich vom antilimperialistischen Flügel unter der Führung von Antonio Guiteras beeinflusst war, wurde gebildet. Neben einigen fortschrittlichen Maßnahmen unternahm sie eine Anzahl eindeutig unmenschlicher Schritte, wie die gewaltsame Repatriierung Tausender haitianischer Einwanderer. Revolutionäre Räte gründeten sich in einigen Zuckermühlen. All dies geschah trotz der bedrohlichen Anwesenheit der Yankee-Kriegsschiffe. Das Land durchlief eine Phase echter revolutionärer Umwälzungen. Aber der Imperialismus mußte nicht selbst zu den Waffen greifen und direkt in Kuba militärisch intervenieren, sondern bediente sich der Komplizenschaft der reaktionären Klassen und der perfiden Untreue eines Fulgencio Batista, eines Militärführers, der am 4. September 1933 auf der Bildfläche erschien, um den revolutionären Prozeß mit Feuer und Schwert niederzuwerfen.

Im März 1934 wurde der revolutionäre Generalstreik brutal unterdrückt, und im Mai 1935 mit der Ermordung Antonio Guiteras die letzten Reste des bewaffneten Widerstands ausgelöscht.

Trotzdem hatten die heldenhaften Kämpfe in den dreißiger Jahren einen nachhaltigen Einfluß auf das Leben unseres Landes. Als Ergebnis des unermüdelichen Kampfes unseres Volkes während dieser Zeit mußte das „Platt Amendment“ aufgehoben werden. Obwohl sich die Vereinigten Staaten in der Praxis weiterhin das Recht herausnahmen, in jeder beliebigen lateinamerikanischen Republik zu intervenieren, wurde diese verhängnisvolle und erniedrigende Klausel aus unserer Verfassung gestrichen.

Es folgte eine Periode der Unsicherheit. Die Weltwirtschaft erholte sich allmählich wieder. Die Woge der Revolution ging zurück, und Batista konnte sein Regime auf viele Jahre hinaus konsolidieren.

Die internationale Bewegung des Antifaschismus

Auf der internationalen Ebene hatten sich seit den zwanziger Jahren die dunklen Wolken des Faschismus zusammengezogen – ein Ergebnis der verheerenden imperialistischen Politik der Unterdrückung der Revolutionen in Europa, einer Politik der Aggression, die darauf abzielte, den ersten sozialistischen Staat, der von Lenin und den heldenhaften russischen Kommunisten gegründet worden war, zu isolieren und zu liquidieren.

Die internationale revolutionäre Bewegung konzentrierte ihre Anstrengungen darauf, den Faschismus zu schlagen. 1936 brach in Spanien der Bürgerkrieg aus, nachdem die Feinde der Republik mit Unterstützung Hitlers und Mussolinis geputscht hatten. Die internationalen Brigaden zogen in den Kampf und schrieben damit eine der besten Seiten im Buch der Geschichte des proletarischen Internationalismus. Unser Volk schickte fast Tausend Kämpfer nach Spanien, die sich am Kampf gegen den Faschismus beteiligten. Wir werden niemals vergessen, daß Männer von dem Format und der menschlichen Größe eines Pablo de la Torriente Brau ohne Zögern ihr Leben hingaben. Wir glauben, daß unsere erste Kommunistische Partei, auf die diese Solidaritätsaktion zurückging, damit einen ihrer ehrenvollsten und heldenhaftesten Beiträge zur revolutionären Weltbewegung leistete.

In Kuba waren die revolutionären Kräfte seit dem Jahr 1933 tief gespalten. Batista verstand es, geschickt zu manövrieren. Angesichts des internationalen Klimas in jener Zeit, des sich verschärfenden Widerspruchs zwischen dem nordamerikanischen Imperialismus und Hitlerdeutschland, angesichts der starken antifaschistischen Stimmungen auf der ganzen Welt und angesichts der Volksfrontpolitik förderte Batista taktische Bündnisse mit der Linken, und machte den Gewerkschaften politische Konzessionen. Trotzdem verlor das Regime seinen eindeutig militaristisch-bourgeois und proimperialistischen Charakter nicht.

Der zutiefst antikommunistische Geist der von Grau – der einen bedeutenden Teil der gegen das Regime gerichteten Opposition hinter sich wußte – geführten Kräfte verhinderten die Einheit der Volkskräfte und trug dazu bei, eine chaotische politische Situation zu schaffen.

Befreiung und Kalter Krieg

Im Jahre 1939 brach der zweite Weltkrieg aus. Die bürgerlichen Regierungen Europas, die den Bestrebungen des Faschismus

entgegengekommen waren, waren nicht in der Lage, Hitlers bestialischen Horden Widerstand entgegenzusetzen. Da ihre Kampfmoral untergraben war, brachen sie zusammen, ihre Armeen kapitulierten, und fast ganz Europa mit seinem riesigen Potential an Industrien und Menschen fiel in die Hände der Aggressoren. Dann folgte der Überfall auf die Sowjetunion. Millionen Soldaten kamen dabei zum Einsatz. Der Faschismus hatte schon immer davon geträumt, das Bollwerk der Weltrevolution zu zerstören, und das heldenhafte Volk, das den ersten sozialistischen Staat geschaffen hatte, auszulöschen. So planten sie; ihr tausendjähriges Reich zu errichten. Damit begann ein Kampf, der für die Zukunft der Menschheit entscheidend werden sollte. Aber das sowjetische Volk leistete Widerstand, seine Soldaten kämpften heldenhaft an allen Fronten. Zum ersten Mal traf der Faschismus auf einen Gegner, der sich nicht ergab. Um den Preis grenzenloser Entbehrungen und des Lebens von 20 Millionen seiner Söhne vernichtete das sowjetische Volk die Aggressoren, rettete damit Lenins Heimat und befreite Europa und die ganze Welt von einem entsetzlichen Schicksal. Ebenso leisteten die Patrioten der besetzten Länder und die Kämpfer zahlreicher Nationen einen wertvollen Beitrag zu dem gemeinsamen Sieg.

Das sozialistische Lager entstand, mehrere Dutzend Länder wurden vom Kolonialismus befreit, und es eröffneten sich große Perspektiven für die revolutionäre Weltbewegung. Trotzdem konnte die Welt sich noch nicht einer Ära der friedlichen Zusammenarbeit erfreuen. Der Imperialismus war noch immer sehr stark und hatte nicht die notwendigen Schlußfolgerungen aus dem Untergang Hitlers gezogen. Die Vereinigten Staaten, deren Industrie bei Kriegsende intakt geblieben und deren Tresore mit Gold gefüllt waren, wurden die Hochburg der internationalen Reaktion, und übernahmen anstelle des Faschismus dessen konterrevolutionäre Kreuzzüge und seine Rolle als Gendarm der Welt. Sie verfolgten eine breit angelegte Politik von gegen das sozialistische Lager gerichteten Militärbündnissen, kreisten die UdSSR mit Militärstützpunkten ein, unterstützten überall die reaktionärsten Regierungen, förderten subversive Aktivitäten gegen fortschrittliche Länder, brachen das Wettrüsten vom Zaun, und waren so die Urheber der schändlichen Epoche des Kalten Krieges. In Kuba, wo die Kommunisten ihre Reihen erheblich verstärkt hatten und an der Spitze einer starken Gewerkschaftsbewegung standen, machte sich diese imperialistische Politik besonders heftig bemerkbar. 1940 war eine neue Verfassung verabschiedet worden, in deren Text sich einige der Siege aus den dreißiger Jahren und auch weitere Forderungen der Volksbewegung niederschlugen, wenn auch viele dieser Verfassungsbestimmungen nur auf dem Papier standen, weil die erforderlichen Durchführungsbestimmungen niemals erlassen wurden. Von jetzt an bewegte sich das politische Geschehen zeitweise in einer Art institutionellem Rahmen.

Periode des bürgerlichen Parlamentarismus

Aus den Wahlen von 1944 gingen die politischen Gegner Batistas als Sieger hervor, und Grau San Martín wurde zum Präsidenten gewählt. Diese Regierung, die bei den Wahlen eine große Mehrheit gefunden hatte und auf die das Volk Hoffnungen setzte, wurde für unser Volk eine der größten Enttäuschungen. Ihre Politik bekam rasch eine reaktionäre Richtung. Ab 1946 machte sie es sich zur Aufgabe, den Kommunisten die Führung der Gewerkschaftsbewegung zu entreißen. Dazu war ihr jedes Mittel recht. Einer Gruppe von korrupten Führern wurde der gesamte Staatsapparat zur Verfügung gestellt. Als die Methoden des Betrugs nicht ausreichten, gingen sie zu Angriffen auf die Gewerkschaften und zu brutaler Gewalt über. Zeitlich fiel dies mit dem Kalten Krieg zusammen. Der Antikommunismus nahm ausgesprochen bösartige Formen an. Alle Massenmedien wurden in den Dienst des Yankee-McCarthyismus gestellt. Die Kommunisten wurden aus ihren Stellungen entlassen und auf jede nur denkbare Weise benachteiligt. Parallel dazu verfolgte man eine Politik, die den Interessen der Unternehmer und Imperialisten ganz und gar entgegenkam. In der öffentlichen Verwaltung, wo sich die Steuereinnahmen wegen der relativ hohen Zuckerpriese erhöht hatten, nahmen Diebstähle, Korruption und Unterschlagungen ein unvorstellbares Ausmaß an; manche Leute wurden über Nacht zu Millionären. Die bürgerliche Presse leistete durch ihre Demagogie und Glorifizierung verlogener politischer Werte ihren Beitrag zur allgemeinen Verwirrung. Anarchie, Chaos und Gewalttätigkeiten nahmen überhand. Während der letzten Etappe dieses Regimes wurde der ergebene, kämpfe-



Diktator Batista

rische, beispielhafte Führer der Zuckerarbeiter, Jesus Menendez, heimtückisch ermordet. Seine Beisetzung wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration des Volkes.

Während dieser Zeit entstand eine bürgerliche politische Bewegung unter der Führung von Eduardo Chibas, die die nationale Unzufriedenheit ausnützte und erhebliche Teile der Jugend und andere Volksschichten an sich ziehen konnte. Bei den Wahlen von 1948 siegte der Kandidat der Regierung, Carlos Prio Socarras, hinter dem die gesamten Machtmittel des an der Macht befindlichen Regimes standen. Seine Regierung setzte die Raubpolitik und korrupten Praktiken der herrschenden Clique fort. Die Angriffe auf die Gewerkschaften wurden weitergeführt, viele kommunistische Arbeiterführer kaltblütig ermordet. Die anti-kommunistische Kampagne verschärfte sich außerordentlich. Es war geplant, Truppen in den koreanischen Krieg zu entsenden, aber dies erwies sich wegen des Volkswiderstandes als undurchführbar. Schließlich wurden Militärverträge mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet. Der Ausverkauf des Landes an den Imperialismus war vollständig.

An den sogenannten „authentischen“-Regierungen zeigte sich die tiefgreifende Krise, die unsere politischen Institutionen erfaßt hatte. Die repräsentative Demokratie und der bürgerliche Parlamentarismus waren absolut unfähig, die schwierigen Probleme des Landes zu lösen. Im Gegenteil, sie verschärfte sie. Chibas beging Selbstmord und starb am 16. August 1951. Die von ihm gegründete politische Bewegung fand große Unterstützung unter der Bevölkerung, aber in vielen Teilen des Landes war die Führung der Bewegung bereits in den Händen von traditionellen Politikern und Grundbesitzern. Trotz alledem waren in ihren Reihen auch wertvolle Elemente aus dem Volk, die später im Kampf gegen die Batista-Diktatur eine wichtige Rolle spielten. Die Masse der Anhänger war potentiell revolutionär, aber es fehlte eine wirkliche Führung. Mit breiter Unterstützung des Volkes, einschließlich der Kommunisten, war ein Sieg bei den Wahlen von 1952 sicher. Dieser hätte noch keine sozialen Veränderungen im Land herbeigeführt, aber Möglichkeiten für künftige revolutionäre Aktionen geschaffen. Ein großer Teil des Volkes zählte zu dieser Bewegung: Das Kleinbürgertum und die Armen strebten nach grundlegenden Veränderungen im Leben des Landes, obwohl viele von ihnen unter dem Einfluß der pausenlosen imperialistischen Propaganda standen und sogar Vorurteile gegen den Kommunismus hegten, hatten sie die bestehenden Verhältnisse satt und waren Opfer der Unterdrückung und Ausbeutung, deren Ursachen sie freilich noch nicht völlig erkannten. Mit Ausnahme der bewußtesten Teile der Arbeiterklasse, der Kommunisten und eines Teils der organisierten Arbeiter, hatten unsere armen und ausgebeuteten Massen trotz ihrer Unzufriedenheit und ihrer Entschlossenheit, gegen die

herrschende Unterdrückung zu kämpfen, kein klares Bewußtsein von den gesellschaftlichen Ursachen des Dramas, an dem sie mitwirkten. Das Problem, das strategisch gelöst werden mußte, bestand darin, diese große Masse auf den Weg der wirklichen Revolution zu führen, der ganz sicher kein institutioneller Weg sein konnte. Das wurde von den Männern, die später den bewaffneten Aufstand organisierten, sehr klar verstanden und vorausgesehen.

Batistas Rückkehr

Der verhängnisvolle Militärputsch geschah am 10. März 1952. Batista, der 1944 abgetreten war und dabei Zehntausende Pesos auf die Seite brachte, ließ damals in den Kasernen dieselbe Söldnerarmee zurück, die sich an zahllosen einträglichen Posten schadlos gehalten und ihm 11 Jahre lang gedient hatte. Das war die Armee der Republik, die von den Yankees während ihrer ersten militärischen Besetzung des Landes geschaffen worden war, die zahlreiche repressive Maßnahmen gegen die Bevölkerung durchgeführt hatte, die die Putschisten von 1933 in ein beliebig einsetzbares Werkzeug eines Militärbefehlshabers verwandelt hatten, der sie bedingungslos in den Dienst der Interessen des US-Imperialismus stellte. Es war die Armee, die all die Jahre hindurch auf unseren Feldern, in den Zuckermühlen und Städten die Interessen der Imperialisten und der einheimischen Oligarchie verteidigt hatte. Diese Söldnerarmee spielte eine wichtige Rolle bei der Vertreibung von Bauern von ihrem Land, den Massakern unter den Arbeitern, der Atmosphäre des Terrors überhaupt, die im Land in den Jahren der imperialistischen-oligarchischen Diktatur seit den Anfängen der Republik herrschte. Die Soldaten, Feldwebel und Offiziere bildeten die Prätorianergarde im Dienst der Großgrundbesitzer und der Besitzer der Zuckermühlen und Fabriken. Der Schutz der Interessen der US-Monopole stand ihnen natürlich über allem anderen. Dieser Terrorapparat in den Händen der Unterdrücker stellte ein enormes Hindernis für die gesellschaftliche und politische Entwicklung des Landes dar. Ausgebildet und ausgerüstet in den Vereinigten Staaten, stellte diese Armee eine Macht dar, die von vielen für unbesiegbar gehalten wurde. Geschaffen als Instrument zur Unterdrückung des Volkes, war diese Armee völlig unfähig, die Souveränität des Landes zu sichern, aber innerhalb des Landes war sie gefürchtet als der bewaffnete Garant des etablierten Gesellschaftssystems.

Inmitten des Chaos, angesichts der diskreditierten und moralisch korrupten Zivilregierungen war es für Batista, der stets rasch nach Washingtons Wünschen handelte und verzweifelt nach Macht gierte, ein leichtes, in das Columbia-Hauptquartier zu gelangen, mit seinen Leuten zu reden und mit der umfassenden Unterstützung des Imperialismus und der einheimischen Oligarchie, die über die politische Entwicklung des Landes besorgt war, wieder Herr des Landes zu werden. Die verderbten Mitglieder der Regierung, die von Unterschlagungen gelebt hatten, flohen ins Ausland, ohne irgendwelchen Widerstand zu organisieren und überließen das Volk seinem unglücklichen Schicksal. Wieder einmal entschied Panzer und Bajonette die nationale Politik. Der Militärputsch und Batistas Rückkehr an die Macht stellten eine tiefe Erniedrigung für das Volk dar, nahmen ihm die politische Entscheidung vom 1. Juni aus der Hand, beendeten den institutionellen Weg, der 1940 eingeleitet worden war und verschärfte die Probleme des Landes. Das Volk stand diesen Entwicklungen völlig waffenlos gegenüber. Die Clique der korrupten Gewerkschaftsführer der gestürzten Regierung lief sofort auf die Seite des Siegers über, die bürgerliche Presse unterstützte die neue Regierung; ein zügelloses Unterdrückungs- und Gewaltregime in unserer Heimat begann.

Der Vorabend des 26. Juli 1953

Die traditionellen Parteien und ihre Führungen waren völlig unfähig, der reaktionären Militärdiktatur irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen. In der Zwischenzeit hatten sich die sozialen Probleme des Landes aufgrund des Bevölkerungswachstums und der unterentwickelten Wirtschaft, die seit über 30 Jahren stagnierte, verschärft. Die industrielle Reservearmee umfaßte 600 000 Arbeitslose, die teilweise bei der Zuckerrohrernte eingesetzt wurden; und das in einem Land, wo in den ersten Jahr-



Die Führer der Rebellenarmee (v. l.): Raul Castro, Juan Almeida, Fidel Castro, Ramiro Valdés, Ciro Redondo

zehnten dieses Jahrhunderts von weitgehend aus dem Ausland eingewanderten Arbeitern das Zuckerrohr geschnitten und das Land kultiviert worden war; Zehntausende Bauern mußten für das Land, das von den Latifundienbesitzern in Anspruch genommen wurde, Pachtzins oder Naturalabgaben entrichten; die Arbeiterklasse wurde rücksichtslos ausgebeutet. Überall herrschten Analphabetentum, ungesunde Bedingungen, Armut, Mißhandlungen, Unterschlagungen, Glücksspiele, Prostitution und Sittenlosigkeit.

In dieser Zeit beherrschten bourgeoise und proimperialistische Ideologien das politische Leben. Der Antikommunismus gab auf der Höhe des Kalten Kriegs in allen Massenmedien den Ton an, von Rundfunk, Fernsehen und Kino bis zu den Zeitungen, Illustrierten und Büchern.

Obwohl es eine kämpferische und hingebungsvolle Sektion der kubanischen Kommunisten gab, gelang es der Bourgeoisie und dem Imperialismus, sie politisch zu isolieren. Alle bürgerlichen Parteien lehnten ausnahmslos jede Verständigung mit den Kommunisten ab. Der Imperialismus beherrschte völlig unsere einheimische Politik. Das war die Lage in unserem Land am Vorabend des 26. Juli 1953.

Dem wirklichen Volk, den Arbeitern, Bauern, Studenten und Mittelschichten, fehlten die notwendigen Waffen und Hilfsmittel, um sich der Diktatur entgegenzustellen; es mußte ein Ausweg gefunden werden. Die Armee, die alle Macht in den Händen hielt, von den Vereinigten Staaten ausgerüstet und ausgebildet war, beherrschte die Lage. Wie konnte ein unbewaffnetes Volk diesen Machtkomplex durchbrechen und ein für allemal seine sozialen und nationalen Rechte geltend machen, die so oft in der Geschichte mit Füßen getreten worden waren?

Die politischen Parteien, die von der Macht verdrängt worden waren, besaßen Millionen von Pesos an unterschlagenem Geld und auch Waffen, aber es fehlte ihnen die Moral und der Wille zu kämpfen. Die früheren Oppositionsparteien besaßen keine Mittel, keine Führer und keine Strategie für den Kampf. Auf sich allein gestellt, verfügte die marxistisch-leninistische Partei weder

über die Mittel, noch die Stärke, noch die notwendigen nationalen und internationalen Bedingungen für einen bewaffneten Aufstand. Unter den damals, in Kuba herrschenden Bedingungen wäre ein Aufstand ein nutzloses Opfer gewesen.

Ausweg des irregulären Befreiungskrieges

Aber wie kompliziert eine soziale und politische Situation auch sein mag – einen Ausweg gibt es immer. Wenn die objektiven Bedingungen für eine Revolution gegeben sind, können bestimmte subjektive Faktoren beim Gang der Ereignisse eine wichtige Rolle spielen. So auch in unserem Land. Das war keineswegs das ausschließliche Verdienst der Männer, die die revolutionäre Strategie ausarbeiteten, die schließlich zum Sieg führte. Sie hatten die wertvollen Erfahrungen der vergangenen Kämpfe auf militärischem und politischem Gebiet herausgearbeitet; sie waren inspiriert von der Geschichte des heldenhaften Unabhängigkeitskampfes, einer reichen Quelle der Kampftraditionen und Freiheitsliebe unseres Volkes, und sie schöpften das politische Gedankengut der Revolution von 1895 und die revolutionäre Doktrin, die in der modernen Zeit den sozialen Befreiungskampf nährt, aus. All das ermöglichte es ihnen, Aktionen zu planen, die sich auf folgende festen Pfeiler stützten: das Volk, die Erfahrungen der Geschichte, die Lehren von Marti, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und eine korrekte Einschätzung dessen, was zu diesem konkreten Zeitpunkt unter den spezifischen Bedingungen Kubas getan werden konnte und mußte. Es mußte ein Weg gefunden werden, um gegen eine moderne Armee kämpfen zu können. Einige übernahmen die reaktionäre Losung, daß eine Revolution entweder mit oder ohne die Armee, aber niemals gegen die Armee durchgeführt werden könne; das hätte aber jede revolutionäre Aktion in unserem Land ausgeschlossen. Bei dem Plan, den Kampf in der Provinz Oriente zu beginnen, wurden die Kampftraditionen der Bevölkerung, das Gelände, die geographische Lage, die Entfernung von der Hauptstadt und von der Hauptmacht der Streitkräfte der Unterdrücker berücksichtigt, die so gezwungen wurden, große Entfernungen zurück-

zulegen. Dafür mußten die Waffen aus den feindlichen Arsenalen in dieser Provinz genommen werden. Gleichzeitig mit der militärischen Aktion sollte versucht werden, das Volk durch einen revolutionären Generalstreik wachzurütteln. Zu dieser Zeit mußte aber auch die Möglichkeit eines Rückzuges in die Berge einkalkuliert werden, um einen irregulären Krieg zu führen, worüber die Geschichte unseres Unabhängigkeitskampfes zahlreiche wertvolle Erfahrungen vermittelt. Das war die Keimzelle der Konzeption, die später, von der Sierra Maestra aus, auch durchgeführt wurde. Das militärische Vorgehen und der soziale und Massenkampf waren in dieser Konzeption von Anfang an eng miteinander verknüpft.

Die sich ständig weitverbreitende Theorie, die Lehren und das Beispiel der Kommunisten, die in den ruhmreichen Tagen von Balino und Mella im Gefolge der siegreichen Oktoberrevolution ihren Ausgang genommen hatten, trugen zu der Verbreitung des marxistisch-leninistischen Gedankenguts bei, das für viele junge Menschen, die zu einem politischen Bewußtsein gelangten, zu einer anziehenden und einzigartigen Lehre wurde. Revolutionäre Bücher und Literatur spielten bei den historischen Ereignissen wiederum eine Rolle. Im Laufe der Zeit sollte das Volk selbst die tiefe Wahrheit der Lehre von Marx, Engels und Lenin entdecken; damals war es jedoch die Aufgabe der neuen revolutionären Elemente, diese zu interpretieren und auf die spezifischen Bedingungen unseres Landes anzuwenden. Das war die Aufgabe junger Kommunisten und mußte es auch sein, weil sie als Kommunisten nicht bekannt waren, weil sie in unserer Gesellschaft nicht leiden mußten, nicht ausgestoßen durch Vorurteile und imperialistische Polizeikontrollen, durch Isolation und Zurückgezogenheit, die den selbstlosen revolutionären Kämpfern unserer ersten Kommunistischen Partei aufgezwungen wurden. Wenn auch nicht alle, die den Weg des revolutionären bewaffneten Kampfes in unserem Land eingeschlagen hatten, so taten dies doch die bedeutendsten Führer. Im allgemeinen war unter den Mitgliedern dieser Bewegung eine Mischung aus patriotischen, demokratischen und fortschrittlichen Gefühlen anzutreffen, aus echter politischer Lauterkeit, Hingabe und Interessiertheit, wie es nur die Arbeiter verstehen können. Sie kamen vorwiegend

aus armen Familien, und hatten ein sehr ausgeprägtes Bewußtsein oder einen Instinkt für die politische und soziale Befreiung. Die wenigen, die nicht aus armen Familien kamen, hatten sich aufgrund ihrer Studien, ihrer Ausbildung und ihres revolutionären Gefühls politisch weiterentwickelt. Aber diese Entwicklung der neuen Führer bedurfte der Erfahrungen des revolutionären Lebens, um auch in der Praxis durchzusetzen, was sie sich in der Theorie bereits als feste politische Überzeugung angeeignet hatten. Aus alledem entstand der neue revolutionäre Prozeß. Aber die jungen Kämpfer hatten im Gegensatz zu anderen Ländern tiefen Respekt und Bewunderung für die alten Kommunisten, die im Laufe heldenhafter, schwerer Jahre für gesellschaftliche Veränderungen gekämpft und mit ungebrochener Entschlossenheit das ehrenvolle Banner des Marxismus-Leninismus hochgehalten hatten. In den meisten Fällen, waren sie ihre geistigen Lehrer gewesen, inspirierten ihren Kampf und waren ihnen ein Vorbild. Selbst in der bürgerlichen Umgebung der Universität und an anderen Stellen wurden Mella und Martinez Villena allgemein bewundert, und den Kommunisten wurde wegen ihrer Hingabe, Integrität und Ergebenheit für ihre Sache tiefer Respekt entgegengebracht. Das ist eine wichtige Lehre unserer Revolution, die von vielen im Ausland, die ein Gefühl für ihre Reinheit und historische Größe haben, nicht beachtet wird. Die Geschichte muß respektiert und so wiedergegeben werden, wie sie sich abgespielt hat.

Moncada

Der Angriff auf die Moncada-Kaserne bedeutete zu dieser Zeit nicht den Sieg der Revolution, aber er zeigte einen Weg und skizzierte ein Programm der nationalen Befreiung, das für unsere Heimat den Weg zum Sozialismus öffnen würde. Taktische Rückschläge sind in der Geschichte nicht immer gleichbedeutend mit einer Niederlage. Diejenigen, die den Angriff organisierten, haben selbst festgestellt, daß ein Sieg im Jahr 1953 vielleicht viel zu früh gekommen wäre, um das damals noch ungünstige Kräfteverhältnis im Weltmaßstab ausgleichen zu können. Der Yankee-Imperialismus war sehr stark, und wenn die Revolution zwischen



Kapitulation und Vernichtung hätte wählen müssen, hätte sie zweifelsohne ihren eigenen Untergang der Kapitulation vorgezogen. Aber beim Gang der Geschichte muß in jedem Land mit diesen unwägbar und manchmal tragischen Alternativen gerechnet werden. Was in bestimmten Situationen entscheidend ist, wenn man den Weg in die Zukunft bahnen will, ist der unbezähmbare Kampfeswille und die revolutionäre Aktion selbst. Ohne die Moncada hätte es keine Granma gegeben, keinen Kampf in der Sierra Maestra und auch nicht den außerordentlichen Sieg vom 1. Januar 1959. Ebenso wäre Kuba ohne den heldenhaften Kampf von 1868 und 1895 heute nicht unabhängig und nicht das erste sozialistische Land in Amerika, sondern höchstwahrscheinlich nicht mehr als ein weiterer Staat des verhaßten Yankee-Imperialismus. Unsere nationalen Gefühle würden mit Füßen getreten, und wir sprächen in unserem schönen Land nicht einmal Spanisch. Unsere unabhängige, revolutionäre und sozialistische Heimat von heute gründet sich auf das Blut und auf die Opfer ihrer Söhne.

Fünf Jahre, fünf Monate und fünf Tage nach dem Angriff auf die Moncada siegte die Revolution in Kuba. Eine sehr eindrucksvolle

des Volks zu vergießen, um die bourgeoise und imperialistische Herrschaft und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufrecht zu erhalten – das wäre eine Beleidigung und ein Verrat an den Gefallenen und an all denen gewesen, die seit 1868 für die Zukunft, für die Gerechtigkeit und für den Fortschritt unserer Heimat gekämpft hatten.

Die Rebellenarmee und der Generalstreik

Die Revolution machte auch bei Rückschlägen nicht Halt. Die Moncada und Alegria de Pio, zwei bittere Niederlagen, verhinderten nicht, daß der Kampf weitergeführt wurde. Der Kampf wurde in der Sierra Maestra mit sieben Waffen wiederaufgenommen. Innerhalb von zwei Jahren wurde die angeblich unbesiegbare Armee der Diktatur vernichtet, und das siegreiche Volk besaß die 80 000 Gewehre, die vorher auf unsere Nation gerichtet gewesen waren. Der Krieg selbst war ein ermutigendes Beispiel dafür, was die Hartnäckigkeit und der revolutionäre Wille eines Volkes erreichen können. Die bewaffneten Kämpfer der Revolution zähl-



Fidel Castro (links) als Gefangener nach dem Sturm auf die Moncada

Bilanz, wenn man bedenkt, daß ihre Führer fast zwei Jahre im Gefängnis eingesperrt waren, über 18 Monate im Exil verbrachten und 25 Monate lang Krieg führten. Im Lauf dieser Jahre hatte sich das Kräfteverhältnis im Weltmaßstab so verändert, daß es für die kubanische Revolution möglich wurde zu überleben.

Es war nicht nur das entschiedenste Vorgehen nötig, sondern die revolutionären Führer mußten auch klug und flexibel handeln. In jedem Stadium wurden die Ziele, die auf der Tagesordnung standen und auf die die revolutionäre Bewegung und das Volk bereits vorbereitet waren, bekanntgemacht und propagiert. Wenn man in der Zeit des bewaffneten Aufstands den Sozialismus verkündet hätte, wäre das vom Volk nicht verstanden worden und der Imperialismus hätte direkt mit seinen Truppen interveniert. Zu jener Zeit einte der Sturz der blutigen Batista-Diktatur und das Moncada-Programm das gesamte Volk. Als die lebensfähige, siegreiche Revolution später nicht zögerte fortzuschreiten, sagten einige, sie sei verraten worden. Sie bedachten nicht, daß der wirkliche Verrat darin bestanden hätte, die Revolution auf halbem Weg anzuhalten. Das Blut Tausender Söhne

ten in der letzten Phase des Kampfes kaum mehr als 3000 Männer. Die Waffen wurden vom Feind im Kampf erbeutet. In unserem letzten Unabhängigkeitskrieg gab es auch keinen Nachschub aus dem Ausland. Unsere Arbeiter und Bauern, die in der Rebellenarmee organisiert waren, unterstützt von den Mittelschichten, stürzten die Diktatur, zerstörten ihren militärischen Apparat und erkämpften die völlige Unabhängigkeit unserer Heimat. Die Arbeiterklasse leistete mit ihrem revolutionären Generalstreik einen entscheidenden Beitrag zu diesem letzten Kampf. Diese Großtat unserer Revolution ist im Ausland so gut wie unbekannt. Einige Veröffentlichungen beschäftigen sich anekdotenhaft und sporadisch damit, aber eine systematische, dokumentierte Geschichte muß erst noch geschrieben werden.

Alle Manöver, die der Imperialismus in letzter Minute in Gang setzte – Militärputsch, provisorische Regierung etc. – scheiterten. Der Imperialismus mußte sich damit abfinden, daß es jetzt ein lateinamerikanisches Land ohne eine Unterdrückungsarmee gab, sondern in dem das Volk bewaffnet war.

Das ist die Bedeutung des 1. Januar 1959. 92 Jahre nach dem Schrei von Demajagua war Kuba endlich Herr seiner eigenen Zukunft, und die Fahnen der gefallenen Helden wehten siegreich in unserem Heimatland.

Dies war nicht allein das Werk der Bewegung des 26. Juli. Die marxistisch-leninistische Partei, die die Besten unserer Arbeiterklasse vereinigte, zahlte einen hohen Blutzoll und opferte das Leben vieler ihrer Söhne. Die Kämpfer des Revolutionsrates können für sich zahlreiche heldenhafte Ereignisse, wie den Sturm auf den Präsidentenpalast am 13. März 1957, in Anspruch nehmen und beteiligten sich aktiv am Aufstand. Unsere ruhmreiche Kommunistische Partei ist später aus diesen Anfängen entstanden.

„Weder Diebe noch Verräter – diesmal ist es eine Revolution!“

Am 1. Januar 1959, bei der Ankunft in Santiago de Cuba, sagten wir:

„Endlich sind wir in Santiago angekommen! Der Weg war lang und schwer, aber wir haben es geschafft. Diesmal wird die Revolution nicht umsonst gewesen sein. Diesmal wird, ein Glück für Kuba, die Revolution ihre Ziele endlich verwirklichen. Es wird nicht so sein wie 1895, als die Amerikaner kamen und die Herren des Landes wurden, als sie in der letzten Minute intervenierten und sogar Calixto Garcia, der 30 Jahre gekämpft hatte, am Betreten von Santiago de Cuba gehindert wurde. Es wird nicht so sein wie 1933, als das Volk glaubte, es werde eine Revolution gemacht, als Herr Batista kam und die Revolution verriet, die Macht an sich riß und eine grausame Diktatur errichtete. Es wird nicht so sein wie 1944, als den Massen weisgemacht wurde, daß endlich das Volk an der Macht sei, während in Wirklichkeit die Diebe an die Macht gekommen waren. Weder Diebe noch Verräter noch intervenierten: diesmal ist es eine Revolution!“

Aber wir erkannten auch die Schwierigkeiten, und bei der Ankunft in der Hauptstadt der Republik am 8. Januar 1959 sagten wir:

„Wir stehen an einem entscheidenden Punkt in unserer Geschichte. Die Diktatur ist besiegt. Die Freude ist ungeheuer. Trotzdem muß noch viel getan werden. Lassen wir uns nicht täuschen, indem wir glauben, daß von jetzt an alles leicht sein wird. Vielleicht wird von jetzt an alles noch schwerer sein.“

Wir wußten, daß eine ganz neue Etappe in der Geschichte unseres Landes begann, daß der Weg lang und schwer sein würde, aber daß wir eng verbunden mit dem Volk vorwärts marschieren würden. Die Zeit war gekommen, um die Versprechen der Moncada zu erfüllen.

Eine der ersten Maßnahmen der Revolution war, die Hauptschuldigen an den Verbrechen, die während der Batista-Diktatur verübt worden waren, exemplarisch zu bestrafen. Die Folterer und Mörder, die Henker unzähliger unserer Landsleute im Laufe der Geschichte sind für ihre Taten niemals zur Rechenschaft gezogen worden. Dieser elementare Akt der Gerechtigkeit, den unser Volk einmütig verlangte, wurde zum Anlaß einer wütenden Hetzkampagne der imperialistischen Presse gegen unsere Revolution genommen. Jedoch flüchteten sich Dutzende von Verbrechern, die verantwortlich für die Ermordung Tausender Kubaner waren, in die Vereinigten Staaten und erhielten dort Unterkunft und Asyl.

Die ersten Schritte der revolutionären Regierung

Ebenso wurde das Vermögen, das die Beamten des blutbeladenen Regimes geraubt hatten, sofort beschlagnahmt. Auch das geschah zum erstenmal in unserer Geschichte.

Die alte Armee, die das Volk grausam unterdrückt hatte, wurde völlig aufgelöst, und ihre Aufgaben wurden von den Streitkräften der ruhmreichen Rebellenarmee übernommen, die, wie Camilo gesagt hat, „das Volk in Uniform“ darstellte. Aus der öffentlichen Verwaltung wurden die Elemente entfernt, die sich als Komplizen der Diktatur betätigt hatten. Der Unterschlagung öffentlicher Gelder, der Besetzung einträglicher Posten und der fragwürdigen Praxis, ein Gehalt zu beziehen, ohne zu arbeiten, wurde so-

fort ein Ende bereitet. Politische Parteien, die der Unterdrückung gedient hatten, wurden aufgelöst. Die korrupte und verräterische Führung der Gewerkschaften wurde entfernt und die Rechte der Werktätigen wiederhergestellt. Die Arbeiter, die unter der Diktatur entlassen worden waren, wurden wieder eingestellt. Die Vertreibung der Bauern von ihrem Land wurde sofort beendet.

Am 3. März 1959 wurde der Beschluß gefaßt, die Cuban Telephone Company zu verstaatlichen, ein Yankee-Monopol, das an schmutzigen Geschäften mit der Diktatur gegen die Volksinteressen beteiligt gewesen war.

Am 6. März wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Steuern, die auf dem Volk lasteten, bis zu 50 % verringerte. Diese Maßnahme wurde von der städtischen Bevölkerung begeistert begrüßt und war für die Bourgeoisie ein echter Schock.

Am 21. April wurden überall im Land die Badestrände für die Öffentlichkeit freigegeben; damit wurde die Exklusivität und die verhaßte Diskriminierung beseitigt, die die Bourgeoisie vielerorts praktiziert hatte.



Einzug der Rebellenarmee in Havanna am 8. Januar 1959

Am 17. Mai wurde das erste Landreformgesetz verabschiedet. Diese entschlossene, notwendige und gerechte Maßnahme konfrontierte uns nicht nur mit der einheimischen Oligarchie, sondern auch mit dem US-Imperialismus, da zahlreiche US-Konzerne große Gebiete des fruchtbarsten Bodens unseres Landes besaßen, auf dem vorwiegend Zuckerrohr angebaut wurde. Obwohl die festgesetzte Höchstgrenze von 30 caballerias (was 402 ha entspricht) noch verhältnismäßig hoch angesetzt war, gab es US-Konzerne, die bis zu 17 000 caballerias (d. h. 227 000 ha) besaßen. Ihnen gegenüber war das Gesetz sehr radikal.

Bereinigung gröbster sozialer Übel

Am 20. August 1959 wurden die Strompreise herabgesetzt und damit dem Mißbrauch eines weiteren imperialistischen Monopols ein Ende bereitet.

Außer den bereits genannten Maßnahmen, die in wenigen Monaten durchgeführt waren, unternahm die Revolution von Anfang an auch Schritte, um mit der entsetzlichen Geißel der Arbeitslosigkeit fertigzuwerden; und ihre besondere Aufmerksamkeit galt der Verbesserung der unerträglichen Zustände im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens.

Tausende von Lehrern wurden in die ländlichen Gebiete geschickt und mit der Errichtung von Hospitälern in den abgelegensten Gebieten unseres Landes begonnen. Glücksspiele, Drogenmißbrauch und Schmuggel wurden ausgerottet und die Prostitution, die das erniedrigende Schicksal so vieler armer Frauen war, durch geeignete Maßnahmen beseitigt. Dies geschah mit Hilfe menschenwürdiger, gerechter Regelungen, die Erziehung und Beschaffung von Arbeit für Zehntausende dieser Opfer einschlossen.

In einem relativ kurzen Zeitraum waren die Slumgebiete, die in den großen lateinamerikanischen Städten weit verbreitet sind, ausgelöscht.

Nach und nach verschwanden die Bettler; und die verlassen, barfußigen Kinder waren nicht mehr in den Straßen zu sehen.

Die Wirtschaft des Landes jedoch war in furchtbaren Schwierigkeiten: Die Zuckerpreise sanken und die Devisenreserven des Landes hatte die Diktatur gepflündert.

Der Durchsetzung dieses Programmes wurde von seiten des US-Imperialismus mit wachsender Feindschaft begegnet, US-Handelskredite wurden gestrichen und die für das Land notwendigen Importe in hohem Maße beeinträchtigt. Dies zwang die Revolution zu harten Sparmaßnahmen, die jedoch nicht auf Kosten der armen Bevölkerungsschichten, wie das gewöhnlich in der kapitalistischen Welt gehandhabt wird, gingen, sondern der Import überflüssiger Produkte wurde gestoppt und eine gerechte Verteilung der Grundnahrungsmittel eingeführt – eine der zweifellos gerechtesten, radikalsten und notwendigsten Maßnahmen der Revolution, die sich in naher Zukunft einem verzweifelten Überlebenskampf gegenübersehen würde.

Der Imperialismus war jedoch keineswegs bereit, stillschweigend die revolutionäre Entwicklung in Kuba zu dulden. Da die imperialistischen Pläne, mit Hilfe eines Militärputsches am Ende des Krieges den Sieg zu verhindern, scheiterten und das Volk siegreich und bewaffnet blieb, kehrte der Imperialismus auf die diplomatische Ebene zurück. Er erkannte die revolutionäre Regierung an und schickte seinen Botschafter, der mit außergewöhnlicher Propaganda in der bürgerlichen Presse entsandt wurde und der, um die Revolution unter Druck zu setzen, zu bändigen und zu zähmen, sich die Stellung eines Prokonsuls anmaßte, was die charakteristische Haltung aller Yankee-Offiziellen in Kuba war. Ihre Anstrengungen blieben jedoch erfolglos. Zum ersten Mal fanden sie in Kuba ein bewaffnetes Volk vor und eine revolutionäre Regierung an der Macht. Es gab keine Söldnerarmee, die ihre Befehle entgegennahm oder ihre Interessen verfocht. In den ersten Monaten der Revolution wurde die US-Militärmission, die Batistas Armee ausgebildet hatte, und die verzweifelt versuchte, ihre Position zu halten, ohne Protokoll entlassen.

Die ideologische Schlacht der Ausbeuter

Eine vollständig neue Situation war entstanden. Der Imperialismus aber besaß noch mächtige Positionen in unserem Land. Den Monopolunternehmern, Großgrundbesitzern und der Bourgeoisie gehörte das gesamte Land. Zudem kontrollierten sie die Massenmedien und verseuchten unsere Gesellschaft mit reaktionären Ideologien. Unseren Bürgern, die Menschen eingeschlossen, die aus armen Verhältnissen kamen, flößte man mit dem Wort Sozialismus und noch stärker mit dem Wort Kommunismus Angst ein. Das war die Folge jahrzehntelanger verräterischer und verleumderischer Propaganda gegen revolutionäre Ideen. Da einem beträchtlichen Teil unseres Volkes jede grundlegende Vorstellung von den gesellschaftlichen Ursachen der nationalen Probleme und die Kenntnis der objektiven Gesetze der menschlichen Gesellschaft fehlten, wurde er Opfer von Verwirrung und Irreführung. Mehr noch als bestimmte politische Ideen hatten die Ausbeuter regelrecht reaktionäre Haltungen in viele Menschen eingepflanzt. Das Vorhandensein einer relativ großen Schicht von Kleinbürgern in unserer Gesellschaft, kulturelle Rückständigkeit und Analphabetismus bereiteten den Weg für die politische Arbeit des Imperialismus und der herrschenden Klassen.

Wie auf dem Gebiet der Wirtschaft so waren wir eine amerikanische Kolonie auch auf ideologischem Gebiet. Eine überholte Gesellschaftsordnung wird nicht allein durch Waffen und staatliche Gewalt und die ökonomische Allmacht seiner privilegierten Klassen gesichert, sondern auch – und zwar in großem Maße – durch den Einfluß reaktionärer Vorstellungen und politischer Vorurteile unter den Massen. Dieser Faktor ist in der Epoche der sozialistischen Revolution, die die tiefgreifendste und grundsätzlichsste Veränderung in der Menschheitsgeschichte darstellt, am stärksten ausgeprägt. Aus diesem Grund beinhaltet jede soziale Veränderung die Auslöschung der alten politischen Kultur und den Sieg neuer Ideen. In unserem Land wurde der Kampf der Ideen Hand in Hand mit täglichen Ereignissen geführt. Tatsächlich erwarb sich das Volk sozialistisches Bewußtsein durch die Entwicklung der Revolution und den hef-

tigen Klassenkampf, der sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene entfesselt wurde. Der Interessengegensatz zwischen dem Volk und seinen Unterdrückern beschleunigte die Revolution, und die Revolution hob diesen Interessenkonflikt auf seine höchste Stufe. Dieser Kampf entwickelte das Bewußtsein der Massen in außergewöhnlichem Maße. Innerhalb weniger Monate erkannten sie, was während jahrzehntelanger erbarmungsloser imperialistisch-bourgeoiser Ausbeutung und Unterdrückung nur eine Minderheit hatte erkennen können. In den ersten Monaten der Revolution lancierten Imperialismus und Reaktion, wobei sie auf alle klassischen Methoden zurückgriffen, eine wütende antikommunistische Kampagne, die alle Massenmedien unterstützten, die ja noch immer in ihrer Hand waren. Die Waffe des Antikommunismus wurde bis zum Exzeß benutzt, um die Massen zu einer Zeit zu verwirren, wo sie politisch noch anfällig waren; damit hofften sie das Volk, die revolutionären Organisationen und die Rebellenarmee selbst zu spalten, um die Unterstützung für die Regierung zu schwächen und reaktionäre Tendenzen zu fördern.

Die Entscheidung: Frei sein um jeden Preis

Aber das Vertrauen des Volkes in die Revolution, die politische Autorität ihrer Führer, die Kraft der revolutionären Einheit und vor allen Dingen die fraglos gerechten Maßnahmen der Revolution halfen, diese gefährlichen Manöver zu durchkreuzen, die im Falle ihres Erfolges den revolutionären Prozeß zurückgeworfen hätten.

Unter den Bedingungen eines Landes wie Kuba konnte sich die Revolution auf das einfache Ziel der nationalen Befreiung beschränken, wobei das kapitalistische Ausbeuterregime erhalten blieb oder sollte sie auch zur endgültigen sozialen Befreiung vorangehen?

Der Imperialismus konnte nicht einmal die Revolution der nationalen Befreiung in Kuba dulden. Als das Gesetz zur Agrarreform verabschiedet wurde, unternahm die USA erste Schritte für eine militärische Operation gegen Kuba, die darauf gerichtet war, den Sozialismus in unserem Land zu verhindern. Die bloße Vorstellung davon, was das Beispiel einer siegreichen kubanischen Revolution für Lateinamerika bedeuten könnte, schreckte die herrschenden Kreise der Yankees; die kubanische Nation jedoch hatte keine Alternative, das Volk war weder willens noch in der Lage einzuhalten. Unsere nationale Befreiung und soziale Emanzipation waren unlösbar miteinander verbunden, der Fortschritt war eine historische Notwendigkeit, einzuhalten hieß Feigheit und Verrat und abermals eine Yankee-Kolonie und zu Sklaven der Ausbeuter gemacht werden. Natürlich waren die Bedingungen für eine endgültige nationale und soziale Befreiung unseres Landes an das neue Kräfteverhältnis in der Welt geknüpft, aber zur damaligen Zeit war mehr als eine nüchterne Analyse aller Möglichkeiten die Entscheidung ausschlaggebend, frei zu sein um jeden Preis, sogar den der nationalen Zerstörung; dies beherrschte die Gefühle des Volkes und seiner Führer. Wir sind der Meinung, daß dieser Faktor entscheidend war, ohne ihn wäre jede Zusammenarbeit und internationale Solidarität, die wir später erfuhren, nutzlos gewesen.

Die Geschichte verläuft nach objektiven Gesetzen, aber es sind die Menschen, die die Geschichte machen, das heißt, sie fördern oder behindern den Prozeß bewußt insofern, als sie nach diesen Gesetzen handeln oder nicht. Die Vereinigten Staaten nutzten alle Mittel, um die kubanische Revolution zu unterdrücken, der einzige Erfolg ihrer Aktion war jedoch, den revolutionären Prozeß zu beschleunigen. Imperialistische Aktion und revolutionäre Antwort waren unlösbar an die Entwicklungen geknüpft. Unser Volk ging aus dieser Prüfung, die mit Todesgefahren verbunden war, siegreich hervor, aber der Kampf wurde nicht leichter. Zu jeder Gelegenheit begleiteten die aktive Mobilisierung der Massen und die politische Erziehung den revolutionären Prozeß. Als es notwendig war, zögerten wir nicht die Massenmedien zu nationalisieren, wir entrissen sie der Reaktion und dem Imperialismus, um sie in den Dienst des Volkes und seiner heldenhaften Sache zu stellen.

Der US-Wirtschaftsboykott macht den Oligarchien Appetit

Die Großgrundbesitzer und die nationale Bourgeoisie setzten



ihr ganzes Vertrauen in die Vereinigten Staaten; man kann sagen, daß der Imperialismus schamlos die innere Konterrevolution dirigierte. Dabei beschränkte er sich nicht auf die anfänglichen diplomatischen Manöver und ideologischen Kampagnen, sondern benutzte nach und nach das gesamte Arsenal konterrevolutionärer Maßnahmen. Als Herr und Meister von Lateinamerika mobilisierte er blitzschnell sein Ministerium für die Kolonien dieser Hemisphäre – die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) – um Kuba zu isolieren und politisch, ökonomisch und militärisch zu attackieren.

Als die Vereinigten Staaten erkennen mußten, daß die Revolution vor ihren Erpressungen weder zurückweichen noch sich diesen fügen würde, begannen sie mit einer Serie von ökonomischen Angriffen, während sie gleichzeitig Söldner rekrutierten und sie für Sabotagezwecke und militärische Aktionen vorbereiteten. In unserem Fall weckte die ökonomische Aggression den Appetit der korrupten lateinamerikanischen Oligarchien. Fast ein Jahrhundert lang waren die USA der Markt für unseren Zucker. Wir belieferten seit der Kolonialzeit dieses Land. Während der beiden Weltkriege war die US-Bevölkerung eine regelmäßige Lieferung kubanischen Zuckers zu niedrigen Preisen gewohnt. Darüber hinaus war dies der einzige Posten unserer Wirtschaft mit einer gewissen Entwicklung, von dem die nackte Existenz von Millionen Kubanern abhing; die Arbeiter kamen kaum in den Genuß der Früchte ihrer Arbeit, da der Löwenanteil unveränderlich den bourgeoisen Oligarchien und ausländischen Monopolisten zugute kam gleichermaßen in der Zeit der Sklaverei als auch später in der Zeit der Lohnarbeit.

Da eine Politik der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land nicht zugelassen werden konnte, begann der Imperialismus, unter grober Mißachtung der historischen Rechte Kubas, auf dem US-Markt mit unserem Zuckerkontingent das schamlose Gewissen anderer lateinamerikanischer Regierungen zu kaufen. Dies war ein Teil des Preises für die unehrenhafte Komplizenschaft der lateinamerikanischen Oligarchien, als sie sich mit der imperialistischen Aggression gegen Kuba verbündeten, neben der Tatsache, daß ein gemeinsames Klassenbewußtsein und die historische Unterwerfung unter die Herrschaft der Vereinigten Staaten ihnen diesen Weg wies. Es gab viele widerliche Interessen, anrühige und niederträchtige Selbstsucht in der zynischen

Geschichte der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Bezug auf Kuba.

Im Zentrum des ganzen standen der Zucker und andere schäbige materielle Interessen, verschleiert durch antikommunistische Einstellungen und Haltungen, vertreten von Lakaien, die sich als keusche Jungfrauen verkleiden. Konsequenterweise wurde das kubanische Zuckerkontingent auf kriminelle Art gekürzt und auf andere Länder verteilt. Diese Maßnahme an sich hätte schon ausgereicht, die Wirtschaft jeder Nation zu erdrosseln.

Aber das waren nicht die einzigen Mittel der Vereinigten Staaten. Die Mehrzahl unserer wenigen industriellen Zentren waren mit den Maschinen dieses Landes ausgerüstet: die Elektrizitätswerke, die Ölraffinerien, die Minen, die Textil-, die Nahrungsmittelindustrie etc.; gleiches trifft auch auf andere Zweige der Produktion und des Transportes zu.

Die Vereinigten Staaten stoppten die Ersatzteillieferungen für Kuba vollständig, nicht nur die Lieferungen ihrer inländischen Industrie, sondern auch die ihrer zahlreichen Tochtergesellschaften in der ganzen Welt. Dieser Schlag wäre ebenfalls für jede Wirtschaft verheerend gewesen. Der dritte kriminelle Schlag auf der ökonomischen Ebene war, daß alle Öllieferungen gestrichen wurden. Aufgrund ihrer Monopolstellung waren die USA der einzige Lieferant dieses Grundstoffes gewesen, die im Grunde genommen die gesamten Weltlieferungen kontrollierten und auch die Raffinerien in Kuba besaßen.

Zu all diesen Maßnahmen kam schließlich noch der totale Handelsboykott gegen unser Land, einschließlich der Nahrungs- und Arzneimittel. Diese Lieferungen waren in der Hauptsache aus den Vereinigten Staaten gekommen, was eine Folge des Handels war, der uns zu Beginn des Jahrhunderts aufgezwungen worden war. Es gab nicht einmal ein Großhandelswarenhause in Kuba. Diese gab es vor allem in den Ländern, in denen kurzfristig Aufträge erteilt wurden. Hinzu kam die Tatsache, daß der Großteil der Wirtschaften westlicher Länder von den USA abhängig war, und die Wirtschaftsblockade nicht nur von den Yankee-Tochtergesellschaften, sondern auch von den Regierungen dieser Staaten getragen wurde.

Kein lateinamerikanisches Volk widerstand je solch brutalen Schlägen gegen seine Existenz.

Die Abwerbung kubanischer Fachkräfte

Aber die US-Aggression beschränkte sich keineswegs auf die ökonomische Ebene. Die Türen dieses Landes, die sich bisher nur einer kleinen Zahl von Bürgern geöffnet hatten, wurden nun weit aufgemacht für jeden, der Kuba verlassen wollte. Landbesitzer, Bourgeois, käufliche Politiker und deren Helfershelfer, Kuppler, Hausierer und Lumpenproletarier nahmen diese Gelegenheiten wahr. Eines der Hauptziele dieser Politik war es, neben den zynischen Kampagnen gegen die Revolution, unter dem Mäntelchen eines lächerlichen Humanismus und zum Zweck der Rekrutierung von Söldnern für eine künftige Aggression, das Land seiner Akademiker und Techniker zu berauben, von denen viele im Dienst der Bourgeoisie gestanden hatten, dementsprechend eine kleinbürgerliche Mentalität besaßen und die revolutionären Veränderungen fürchteten. Auf diese Weise entrissen die Imperialisten dem Land Tausende Doktoren, eine große Zahl Ingenieure, Architekten, Professoren, Lehrer, Laboranten und andere Techniker. Diese Plünderung dehnte sich sogar auf das Personal der Industriebetriebe und wichtigen Produktionszentren, in denen einige die Privilegien der sogenannten Arbeiteraristokratie genossen hatten, aus. Dies war das letzte annexionistische Unternehmen der reaktionären Klassen Kubas, mit dem Unterschied, daß diesmal in Erfüllung ihrer Träume, sie selbst einverleibt wurden und nicht das Heimatland.

Obwohl es eine Entscheidung war, in einem unterentwickelten Land mit einem viel geringeren Prokopfeinkommen als in den USA zu bleiben oder in ein wesentlich höher industrialisiertes Land mit dem höchsten Lebensstandard der Welt zu gehen, war die Revolution nicht daran interessiert, irgendjemanden gegen seinen Willen in Kuba festzuhalten. Die Herausforderung wurde angenommen. Wir waren der festen Überzeugung, daß der sozialistische Aufbau die Aufgabe revolutionärer und patriotischer Männer und Frauen sei, und wir unternahmen alle Anstrengungen, eine neue Generation von Technikern auszubilden, die ihrer historischen Mission wirklich gerecht werden.

Vom Standpunkt der Yankees aus mußten die unwissenden Massen der Besitzlosen zwangsläufig scheitern, wenn sie sich dem Problem, ein Land zu regieren, gegenübersahen. Unser bewundernswertes Volk überlebte und triumphierte. Heute gibt es eine große Anzahl von Menschen, die ihre Entscheidung bedauern, daß Land des Egoismus und der Unmenschlichkeit gewählt zu haben.

Von Sabotageakten bis zur Invasion in der Schweinebucht

Über die CIA und mit Unterstützung der reaktionären Klassen übernahm der Imperialismus gleichfalls die Aufgabe, zahlreiche konterrevolutionäre Gruppen zu organisieren und Subversion und Sabotage fortzusetzen. Und als all diese Bemühungen fehlgeschlugen, bereitete der Imperialismus seinen letzten Schlag vor: die konterrevolutionäre, bewaffnete Gewalt. Er organisierte und versorgte zahlreiche konterrevolutionäre bewaffnete Banden mit ökonomischen Mitteln und Ausrüstungen, die zusammen mit pseudorevolutionären Elementen, ehemaligen Agenten der Diktatur und allen möglichen Gegnern in den Escambray-Bergen operierten. Indem er die konterrevolutionären Aktionen der Aristokratie und des reaktionären Klerus in Frankreich nach 1789 zu imitieren versuchte, glaubte der Imperialismus in den Escambray-Bergen eine Art Vendée gegen die Revolution organisieren zu können, obwohl die Mehrheit der Bauern und Landarbeiter dieser Region mit der Sache des Volkes fest verbunden war. Diese bewaffneten Gruppen wurden später in jeder Provinz gebildet, auch in Havanna. Die USA unterstützten sie offen aus der Luft und vom Meer her. Sie begingen zahlreiche, abscheuliche Verbrechen gegen unsere Lehrer und Studenten, die an der Alphabetisierungskampagne beteiligt waren, gegen aufrechte Revolutionäre, Arbeiter, Bauern und Beauftragte der Volkswirtschaft. Der Kampf gegen diese Gruppen kostete das Leben vieler Söhne unseres Volkes, und unsere Wirtschaft verlor Hunderte Millionen Pesos. In den Städten forderten die Sabotageaktionen gegen Produktionsstätten das kostbare Blut unserer Arbeiter. Zur gleichen Zeit wurde der Söldnerfeldzug nach Playa Girón organisiert. Guatemala und andere lateinamerikanische Länder stellten ihr Territorium unklugerweise für die Vorbereitung dieser aggressiven Aktionen zur Verfügung. Die Flugzeuge, die unsere Flughäfen am 15. April 1961 in der Dämmerung angriffen, trugen die Embleme unserer Luftwaffe. Später landeten etliche von ihnen auf amerikanischem Territorium, während der US-Delegierte bei den Vereinten Nationen zynisch feststellte, daß es kubanische Flugzeuge gewesen wären, deren Piloten gegen das Regime rebellierte hätten. Zwei Tage später landete ein mit modernsten Waffen ausgestattetes Söldnerheer in der Schweinebucht, um in unser Land einzufallen. Das Ziel war: einen Teil Kubas zu besetzen, eine provisorische Regierung einzusetzen und die OAS, sprich die USA, zum Eingreifen aufzufordern. Die vernichtende Antwort unseres Volkes, das in



Verhör gefangener Invasoren der CIA-Aktion in der „Schweinebucht“

weniger als 72 Stunden das Söldnerheer zurückschlug, machte all die sorgsam ausgearbeiteten Pläne der CIA und des Pentagon zunichte.

Die Oktoberkrise 1962 und die Verzichtserklärung der USA

Militärisch gesehen gab es nur eine Alternative für die USA: die direkte Invasion in Kuba; das mit unserem Land zu machen, was sie später in Vietnam taten. Die feste Überzeugung, daß zu irgendeiner Zeit unter irgendeinem Vorwand der Yankee-Imperialismus seine Truppen in einen direkten Angriff gegen Kuba schicken würde und unsere Überlegung, daß Maßnahmen zur Verhinderung dieser Absicht das gesamte sozialistische Lager stärken würden, lagen unserem Entschluß zugrunde, das kubanisch-sowjetische Abkommen über die Stationierung von Kernwaffen auf unserem Territorium zu unterzeichnen, das später die Oktoberkrise auslöste.

Die USA wollten unserem Land sein souveränes Recht, seine internationalen Beziehungen selbst zu bestimmen und entsprechende Maßnahmen zur Verteidigung zu ergreifen, nicht zugehen. Dies kam einer schweren Bedrohung des Weltfriedens gleich. Glücklicherweise konnte ein Krieg von der Menschheit abgewendet werden. Aber die US-Regierung hatte die Möglichkeit, festzustellen, daß ihre hirnverbrannte, schmähliche und abenteuerliche Aggression gegen ein kleines und unbeugsames Land beinahe zu einem Desaster geführt hätte und daß die wachsende Kraft und Solidarität des revolutionären Lagers ein unüberwindliches Hindernis für ihre imperialistische Allmacht darstellte. Als Teil einer Lösung waren sie gezwungen, sich zu verpflichten, nicht mehr in Kuba einzufallen. Zu dieser Zeit war es für die Kubaner schwer, die Bedeutung dieses Formulars einzuschätzen. Heute, nach 13 Jahren, sind wir der Auffassung, daß die Oktoberkrise von 1962 objektiv einen Sieg für das revolutionäre Lager bedeutete. Die UdSSR ist heute noch stärker, das Kräfteverhältnis hat sich wesentlich zugunsten der revolutionären Kräfte gewandelt, und die Vereinigten Staaten konnten die Einhaltung ihrer Verpflichtung nicht umgehen.

Der Sieg bestand darin, den Frieden zu einem äußerst gefährlichen Zeitpunkt zu sichern, ohne angesichts der schrecklichen Alternative des Krieges fundamentale politische Ziele aufgeben zu müssen. Der scheinbare Erfolg des Imperialismus zerplatzte wie eine Seifenblase. Entsprechend dieser Prüfung drohte sogar der Kalte Krieg ins Wanken zu geraten.

Später jedoch errichtete die US-Regierung Militärstützpunkte in Zentralamerika und Florida, um von dort aus Piratenaktionen gegen unsere Küste zu unternehmen, von denen viele als letzte Schläge des getroffenen aber ohnmächtigen imperialistischen Stolzes unternommen wurden. Die folgende Kompromittierung der USA in Vietnam und der heldenhafte Widerstand unseres Brudervolkes bewirkten einen allmählichen Rückgang der militärischen Angriffe auf Kuba, und unser Volk erlebte eine Zeit relativen Friedens.

Das Überraschungsmoment der kubanischen Revolution für die USA

Diejenigen, die sich darüber wundern, daß Kuba, 90 Meilen vor den Küsten der USA, einem verheerenden Krieg wie dem in Vietnam, das in einer Entfernung von 20 000 km zu den USA liegt, zu entkommen vermochte, können eine genaue Erklärung durch die folgenden Tatsachen im Überblick erhalten:

Der US-Imperialismus faßte den Befreiungskrieg nur als ein internes Problem auf, er dachte, daß Batistas Armee mit Hilfe von Yankee-Beratern die Kämpfer vernichten könnte. So erkannten sie niemals ihre revolutionären Potenzen. Als sie die Ablösung Batistas planten, um einen revolutionären Sieg zu verhindern – wobei sie glaubten, noch viel Zeit zu haben –, wurden sie von der herausstürmenden Offensive der Rebellenarmee Ende des Jahres 1958 überrascht.

Am 1. Januar 1959 gab es bereits keine Söldnerarmee auf Kuba mehr. Diplomatische Offensiven, politische Erpressungen und die darauffolgende ökonomische Aggression scheiterten ebenso wie Subversion, bewaffnete konterrevolutionäre Banden und die

Playa Girón-Aktion. Die Invasion wurde zurückgeschlagen, bevor die OAS Zeit fand, einzugreifen, und die bewaffneten Banden scheiterten ebenso wie die offensichtliche Absicht, Kuba in der Oktoberkrise zu überfallen, mit dem sich daraus ergebenden Zugeständnis, keinerlei direkte militärische Aktionen gegen unser Heimatland zu unternehmen.

Jede drastische Maßnahme, die der Imperialismus unternahm oder zu unternehmen versuchte, kam zu spät, und in jedem Fall wurde der Widerstandsgeist und der Kampfeswille des kubanischen Volkes unterschätzt.

Auf diese Weise gelang es unserem Volk mit Standhaftigkeit und heldenhafter Entschlossenheit, unterstützt durch die internationale revolutionäre Solidarität, sich selbst von der Gefahr zu befreien, die das Leben von Millionen Söhnen Kubas gekostet und grenzenlose materielle Zerstörung angerichtet hätte.

Das Arsenal der CIA

Es muß hinzugefügt werden, daß die CIA Dutzende von Mordanschlägen auf die Führer der kubanischen Revolution organisierte. Im CIA-Arsenal gab es für solche Zwecke die schändlichsten Waffen wie z. B. Gifte, die die Bevölkerung ganzer Städte ausrotten konnten; Gewehre mit Schalldämpfern und mikroskopisch kleinen vergifteten Kugeln, die tatsächlich keine Spur auf der Hautoberfläche hinterlassen; Füllfederhalter mit winzigen Nadeln, mit denen man, ohne daß das Opfer es bemerkt, schreckliche Giftstoffe einimpfen kann, die mit verzögerter Wirkung töten, ohne daß man die Möglichkeit hat, die Todesursache festzustellen; außerdem gab es Gewehre mit Zielfernrohr, Panzerfäuste, rückstoßfreie Gewehre, Maschinengewehre, Sprengstoff und andere konventionellere Mittel, die die CIA zu vielen Gelegenheiten ihren Agenten lieferte, die damit ihre Mordversuche ausführten. Zu diesem Zweck wurden auch bekannte Mitglieder der Mafia herangezogen. Heute sind Teile dieser abscheulichen Geschichte des offiziellen Terrorismus durch die Bekenntnisse einer vom US-Senat eingesetzten Kommission bekannt geworden. Nie zuvor in der Geschichte der internationalen Beziehungen sind solche Praktiken, die wie in diesem Fall von einem mächtigen, modernen Staat gegen die Führer eines anderen Landes durchgeführt wurden, auf solche Weise systematisiert worden. Diese Tatsache ist an sich von einzigartiger Bedeutung. Nichtsdestotrotz erhob sich in der OAS keine einzige Stimme, um diese kriminellen Praktiken zu verurteilen, und dies in der berühmten Institution, die die Unvereinbarkeit des Marxismus-Leninismus mit diesem System erklärte, uns aus ihren Reihen ausschloß und Jahre später, mit der Beschwörung angeblicher Subversionen uns mit brutalen ökonomischen Blockademaßnahmen belegte und uns zur politischen Isolation verdammt.

Die Sicherheitsorgane der revolutionären Staatsmacht mit der wirkungsvollen Unterstützung der Komitees zur Verteidigung der Revolution und des ganzen Volkes zerschlugen diese Pläne der CIA, was zweifellos einen weiteren brillanten Sieg für die Revolution darstellte.

Unser Volk schlug kraftvoll jede Aggression des Imperialismus zurück. Am 26. Oktober 1959 wurde die national-revolutionäre Miliz gegründet. Am 5. März 1960 wurde bei dem Begräbnis der Märtyrer von ‚La Coubre‘ erstmals die Losung ‚Patria o Muerte‘ (Vaterland oder Tod) verkündet. Am 8. Mai desselben Jahres nahmen wir die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wieder auf. Am 8. August wurden die Ölraffinerien, die Elektrizitätswerke, Telefongesellschaften und 36 Zuckerfabriken, die sich alle in US-Besitz befanden, nationalisiert. Am 2. September wurde die erste Deklaration von Havanna angenommen. Am 28. September wurden die Komitees zur Verteidigung der Revolution auf einer Massendemonstration begründet, während man das Echo konterrevolutionärer Bombenexplosionen hören konnte. Am 13. Oktober desselben Jahres wurden alle Banken und 383 Großunternehmen nationalisiert. Einen Tag später, am 14. Oktober, wurde das Städteformgesetz in Kraft gesetzt.

Das Moncada Programm war in seinen wesentlichen Punkten erfüllt und die kubanische Revolution erreichte ihr sozialistisches Stadium inmitten eines epochemachenden antiimperialistischen Kampfes.

Als im April 1961 unsere Flughäfen bombardiert wurden und Söldner Girón überfielen, waren 100 000 junge Kubaner und

Zehntausende von Lehrern auf dem Land bei der Durchführung der Alphabetisierungskampagne, der größten Anstrengung, die auf diesem Gebiet jemals von irgendeinem Land unternommen wurde. Innerhalb eines einzigen Jahres wurde Kuba das Land mit der niedrigsten Analphabetenrate in Lateinamerika. Das kubanische Volk war in der Lage, auf den verschiedenen Ebenen gleichzeitig den Kampf zu führen: hier mit der Waffe in der Hand, dort mit dem Buch, andere in ihren Werkstätten und Fabriken, diejenigen die zurückblieben, erfüllten das Produktionsziel derjenigen, die an die Front gegangen waren. Auch die Zuckerernte wurde im April eingebracht. Keine der grundlegenden wesentlichen Aktivitäten kam zum Erliegen.

Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei

Der Staat, die Streitkräfte und die Massenorganisationen hatten noch nicht den gegenwärtigen Entwicklungs- und Organisationsgrad erreicht. Die revolutionären Organisationen waren noch nicht zu einer Partei zusammengewachsen, aber zwischen der Führung der Bewegung des 26. Juli, der Sozialistischen Volkspartei und dem Revolutionsrat gab es eine enge Zusammenarbeit und häufige Kontakte. Die grundlegenden Beschlüsse wurden von allen unterstützt. Da ein solcher Prozeß nie idyllisch verläuft, gab es zeitweise Widersprüche, aber der Geist der Einheit, die historische Verantwortung und die gemeinsamen Ziele setzten sich immer gegen sektiererische Haltungen durch, mit denen wir alle in der einen oder anderen Weise konfrontiert waren. Andere Organisationen mit schwankenden oder reaktionären Positionen, die einen geringeren Anteil am Kampf gegen

Batista gehabt hatten, schieden bald aus dem revolutionären Prozeß aus. In der Bewegung des 26. Juli, die die entscheidende Rolle im bewaffneten Kampf gespielt hatte, gab es Unstimmigkeiten und einige Desertionen, aber der Kern der Kämpfer der Rebellenarmee und aus dem Untergrund, die besten und untadeligsten, die die große Mehrheit darstellten, standen fest zur Revolution in jeder Phase von der Moncada bis zur Gründung unserer ruhmreichen marxistisch-leninistischen Partei. 1868 im Unabhängigkeitskrieg war es die Aufsplitterung, die die Niederlage herbeiführte, diesmal war es die Einheit, die uns den Sieg brachte.

Prinzipiell verschloß die Revolution keinem einzigen ehrenhaften Kubaner, keinem Bürger, der den Willen hatte, für sie zu arbeiten, die Tür. Sie war großzügig im wahrsten Sinne des Wortes. Historische Verdienste wurden in Betracht gezogen, aber in der neuen Geschichte, die dann geschrieben wurde, gab es für jeden ehrenhaften Kubaner den ihm gemäßen Platz.

Viele unserer Landsleute waren zur Zeit des Aufstandes noch zu jung und besaßen weder ein klares Klassenbewußtsein noch erreichten sie einen bestimmten Stand revolutionärer politischer Vorstellungen über ihre eigene Klasse. Es gab eine tiefe Kluft zwischen der liberalen, bürgerlichen politischen Erziehung, die unsere gesamte Gesellschaft durchdrungen hatte und dem Sozialismus, dem Marxismus-Leninismus. Unsere Massen, insbesondere die Arbeiter und die ärmsten Schichten der Bevölkerung, die die übergroße Mehrheit ausmachten, haben diese Kluft rasch überwunden. Die Revolution selbst, der konsequente Kampf gegen den Imperialismus und die Ausbeuterklassen waren für uns alle exzellente Lehrer.

Aus diesem Grund war das arbeitende Volk beim Begräbnis der



Opfer, die bei dem Bombardement der Söldner ums Leben gekommen waren, in der Lage, mit erhobenen Gewehren und geballten Fäusten, unmittelbar vor Beginn des Kampfes gegen die Invasoren, mit heldenhafter Entschlossenheit den sozialistischen Charakter unserer Revolution zu verkünden. Bis dahin waren ausländische Monopole, Großgrundbesitzer und die nationale Bourgeoisie enteignet worden und unsere Arbeiterklasse hatte das einzige verloren, was sie besaß: ihre Ketten. Das revolutionäre Proletariat, verbündet mit der Bauernschaft und den ärmsten Teilen des Volkes, wurde die unumstrittene Vorhut dieses Prozesses.

Die Bedingungen waren vorhanden, alle Revolutionäre in einer einzigen Partei zu organisieren. Der Prozeß der Vereinigung hatte bereits an der Basis und auf Leitungsebene begonnen, aber nach der eindeutigen Erklärung vom 16. April und dem glorreichen Sieg von Girón ging unsere Partei tatsächlich aus der Einheit aller Revolutionäre und arbeitenden Menschen hervor, sich auf das Heldentum der Arbeiterklasse stützend, die das Heimatland und den Sozialismus verteidigt und selbstlos ihr Blut vergossen hatte. Die brillianten Gedanken von Marti und Lenin über die Notwendigkeit einer besonderen Partei für die Führung der Revolution war mehr denn je gegenwärtig. Die Ideologie der Partei konnte nicht liberalem oder bürgerlichem Denken entspringen, sondern nur der revolutionären sozialen Klasse, die die Geschichte selbst an die Spitze des Befreiungskampfes der Menschheit gestellt hatte: die Ideologie der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, den Balino und Mella schon im Jahre 1925 mutig verfochten.

Diese Ideologie war historisch mit dem Streben der heldenhaften „mambises“ verbunden, die so viel Blut für die Unabhängigkeit

Kubas und die Gleichheit und Würde ihrer Landsleute vergossen haben. Der Yankee-Imperialismus war jetzt der Feind der Nation, und die modernen Sklavenhalter – ausländische Monopole, Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie – waren sein sozialer Feind. Diese Ideologie verband den nationalen Kampf mit der weltrevolutionären Bewegung, eine unabdingbare Voraussetzung für die nationale und soziale Befreiung unseres Volkes. Der Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei, die heute die Revolution leitet und ihre Kontinuität sichert, ist eine der größten Errungenschaften unseres Volkes in diesem historischen Zeitraum. Das Zentralkomitee und das Politbüro der Partei wurden offiziell am 1. Oktober 1965 eingerichtet.

Die Bedeutung der internationalen Solidarität für Kuba

Wir haben über die Verdienste unseres Volkes gesprochen, aber dies zu tun, ist unmöglich, ohne die außerordentliche Bedeutung der internationalen Solidarität hervorzuheben. Ohne die unerschütterliche, feste und großzügige Hilfe des sowjetischen Volkes hätte unser Volk die Konfrontation mit dem Imperialismus nicht überstanden. Sie kauften unseren Zucker, als unser Markt von den Vereinigten Staaten brutal gekappt wurde; sie versorgten uns mit Rohmaterial und Brennstoff, die wir nirgendwo sonst bekommen konnten; sie gaben uns kostenlos die Waffen, mit denen wir gegen die Söldner bei Girón kämpften und unsere revolutionären Streitkräfte ausrüsteten, um jede direkte Aggression für die USA so teuer wie möglich zu machen; ihre Hilfe war außerordentlich in den kritischen Jahren der Wirtschaftsblockade. Tausende und Abertausende sowjetischer Militärspeziali-



sten und Techniker halfen uns, unsere Streitkräfte auszubilden oder unterstützten sämtliche Zweige der Wirtschaft durch ihre Mithilfe. Den Bemühungen des sowjetischen Volkes folgten die der anderen sozialistischen Ländern gemäß ihren eigenen Möglichkeiten. Wir werden der glorreichen Partei und dem heroischen Volk der Sowjetunion immer in tiefstem Herzen zu Dank verpflichtet sein. In der Solidarität mit Kuba, das Tausende von Meilen entfernt von der Sowjetunion liegt, kamen die internationalistischen Vorstellungen von Marx, Engels und Lenin und die unbesiegbare Kraft der unsterblichen Oktoberrevolution, die auch im Schicksal dieses Kontinents spürbar wird, zum Ausdruck. Die Zukunft wird viele Veränderungen mit sich bringen und der Tag wird kommen, an dem der Kapitalismus auch in den USA überwunden sein wird. Unsere Freundschaft aber mit den Menschen, die uns in den entscheidenden und kritischen Jahren, in denen wir mit den Problemen des Hungers und der drohenden Vernichtung konfrontiert waren, beistanden, wird nie vergehen. All dies trägt zu unserer Bewunderung des Volkes bei, das der sozialistischen Revolution den Weg bahnte und das unter Aufopferung von Millionen von Menschenleben die Welt von der Geißel des Faschismus befreite. Unser Vertrauen in das Heimatland Lenins ist ungebrochen, denn die sowjetische Revolution hat im Verlauf von mehr als einem halben Jahrhundert bewiesen, daß sie an den sozialistischen Prinzipien und daran auch im Rahmen ihrer internationalen Politik festhält. Sie hat dies nicht nur in Kuba bewiesen, sondern auch in Vietnam, im Nahen Osten, in den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden portugiesischen Kolonien, in Chile, Zypern, dem Yemen und in Angola und an jedem anderen Ort der Welt, in dem nationale Befreiungsbewegungen gegen Kolonialismus und Imperialismus kämpfen. Die Sowjetunion unterstützt diese Bewegungen so wie sie einst das heldenhafte spanische Volk unterstützt hat.

Diese unumstößliche Wahrheit kann nicht widerlegt werden und letztendlich wird jeder verleumderische Versuch, die wahren historischen Tatsachen zu leugnen, nutzlos sein. Die Sowjetunion hat außerdem einen entscheidenden Beitrag zum Weltfrieden geleistet, ohne den die imperialistischen Mächte in dieser Zeit der Rohstoff- und der Erdölverknappung versucht haben würden, eine neue gierige Aufteilung der Welt vorzunehmen. Bereits die Existenz der mächtigen Sowjetunion macht diese Entwicklung zunichte. Die Verleumder leugnen all dies und ähneln dabei Hunden, die den Mond anbellern.

Ein unaufhörlicher revolutionärer Prozeß

Die kubanische Revolution entwickelt sich unaufhörlich weiter. Die Produktionsmittel gingen nach und nach in den gesellschaftlichen Besitz über. Am 3. Oktober 1963 trat ein Gesetz zur Agrarreform in Kraft, welches verfügte, daß die maximale Größe privaten Landbesitzes 67 Hektar betragen dürfe. Landbesitz, der diese Größenordnung überschritt, wurde nationalisiert. Zur gleichen Zeit wurde den Bauern zugesagt, daß keine neuen Agrargesetze erlassen werden, so daß jeder weitere Fortschritt in der Entwicklung landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsmethoden nur mit der Zustimmung der Produzenten erreicht wird.

Mehr als 70 % des gesamten Landes sind im Besitz der ganzen Nation als gemeinsames Eigentum der Menschen, die es bebauen und ausbeuten zum alleinigen Nutzen der gesamten Gesellschaft. In dieser Richtung hat unser Land einen bedeutsamen Schritt nach vorn gemacht. Dies war eine unumgängliche Notwendigkeit, da der Export und die Weiterentwicklung in Kuba in starkem Maße von der Erzeugung eines landwirtschaftlichen Überschusses abhängig sind.

Im März 1968 wurde eine revolutionäre Offensive durchgeführt, in deren Verlauf eine große Zahl kleinerer Unternehmen in den Besitz der Nation übergingen. Diese Maßnahme stand nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage nach den Prinzipien des sozialistischen Aufbaus in dieser Zeit. Sie war das Ergebnis einer besonderen Situation, in der unser Land – konfrontiert mit der von den Imperialisten verhängten harten Wirtschaftsblockade – alle menschlichen und finanziellen Ressourcen aufs äußerste ausschöpfen mußte. Hinzu traten die schädlichen politischen Aktivitäten einer Schicht von städtischen Kapitalisten, die den Entwicklungsprozeß des Landes behinderten. Natürlich entbinden diese Ereignisse die Revolution nicht von ihrer Verantwortung und den Folgen einer ineffektiven Ver-

waltung der Ressourcen und der sich daraus ergebenden Konsequenzen: Vertiefung der finanziellen Schwierigkeiten und des Arbeitskräftemangels.

Bäuerlicher Landbesitz, der ca. 30 % des Landes umfaßt, und ein kleiner Teil der Nutzfahrzeuge zählen heute zu den noch verbliebenen Formen des privaten Besitzes.

Die 10-Millionen-Tonnen-Ernte

In den Jahren 1965 bis 1970 konzentrierten sich die wesentlichen Anstrengungen der Nation auf das Erreichen einer 10-Millionen-Tonnen-Zuckerernte. Diese Politik folgte einer zwingenden Notwendigkeit. Bevölkerung und Verbrauch wuchsen, zusammen mit der ökonomischen Entwicklung des Landes machte dies eine bedeutende Exportsteigerung notwendig. Die Anstrengungen waren außerordentlich; sie waren gerechtfertigt durch die moralischen und praktischen Notwendigkeiten. Vor uns stand auch die Aufgabe, die negative Handelsbilanz mit der Sowjetunion auszugleichen. Dazu waren wir dem sowjetischen Volk gegenüber verpflichtet, das uns so großzügig unterstützt hatte. Dieses Unternehmen wurde in diesem Zeitabschnitt des Aufbaus des Sozialismus von unserem Volk mit der größten Begeisterung in Angriff genommen. Dennoch konnte das gesteckte Ziel nicht erreicht werden. Die Investitionen im industriellen Bereich trugen noch keine Früchte. Da die Mechanisierung der ständig wachsenden Zuckerernten sich aus technischen Gründen verzögerte, vergrößerte sich das Problem des Arbeitskräfteeinsatzes während der Zuckerernte. Dadurch entstanden Disproportionen in den übrigen Wirtschaftszweigen – hinzu kam die mangelnde Organisation und die unzureichenden Methoden der Wirtschaftsführung und -leitung. Die Realität erwies sich als stärker als unsere Absichten. Der bestehenden Situation mußte Rechnung getragen werden, und wir mußten die Erreichung des gesteckten Zieles um einige Jahre verschieben. Dies wäre jedoch ohne das Verständnis des sowjetischen Volkes, das geringere Zuckerlieferungen in den Jahren 1972 bis 1974 akzeptierte, nicht möglich gewesen. Die sowjetischen Lieferungen von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Erdöl und Ausrüstungsgegenständen an Kuba wurden nicht verringert, sondern im Gegenteil: die Sowjetunion erhöhte die Preise für unseren Export, wodurch sich die Handelsspanne verbesserte.

Es ist notwendig darzustellen, daß in den ersten 10 Jahren unser Hauptanliegen nicht allein der Wirtschaft galt. Das Überleben angesichts der imperialistischen Unterwanderungsversuche, militärischer Aggression und unerbittlicher Wirtschaftsblockade bestimmte in der ersten Periode der Revolution unsere Aufgaben. Über Jahre hinweg mußten wir zur Verteidigung des Landes 300 000 Mann unter Waffen halten. Hinzu kam die Notwendigkeit, Zuckerrohr mit der Hand zu schlagen; aber die Arbeitslosenheere, die in den Zeiten des Kapitalismus halfen, die Ernte einzubringen, verschwanden entsprechend den von der Revolution geschaffenen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Während der letzten Jahre jedoch konnte sich unser Land trotz weiterbestehender Blockade neuen ökonomischen Problemen in einer Atmosphäre relativen Friedens zuwenden. Zur gleichen Zeit konnten mehr als 150 000 Mann aus der Landesverteidigung entlassen werden; durch wachsende Mechanisierung und steigende Produktivität bei der Zuckerernte konnten Arbeitskräfte freigesetzt werden. Unser Heimatland konnte somit durch die Freisetzung dieser Kräfte für den weiteren Aufbau, für Landwirtschaft und Industrie und für angemessene politische und wirtschaftliche Maßnahmen einen beträchtlichen Fortschritt verzeichnen. Die erzielten Ergebnisse könnten fraglos noch um einiges besser sein, wenn unsere Fähigkeiten in der Wirtschaftsführung und -leitung größer gewesen wären. In der Zeit der Revolution hat unser Land beachtliche Fortschritte auf vielen Gebieten gemacht. Der Verdienst dieses Fortschritts liegt darin, daß, obwohl ein so mächtiges Land mit großen militärischen, ökonomischen und politischen Ressourcen wie die USA alles nur Mögliche versucht hat, die Revolution zu erdrosseln und sein altes korruptes, ausbeuterisches und schändliches System wieder zu errichten, unser Volk diesen Angriffen nicht nur siegreich widerstand, sondern unter diesen schwierigen Bedingungen Hervorragendes vollbracht hat. (Fortsetzung in AIB 3/1976)

(Quelle: Granma, 28. Dezember 1975)

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

34 Probleme der Entwicklungsländer (I)

F. Deppe/K. Steinhaus: Zur Vorgeschichte des „underdevelopment“ und der „nationalen Befreiung“; K. H. Tjaden: Daten zur Morphologie der Entwicklungsregionen; G. Büchner / F. Deppe / K. H. Tjaden: Zur Theorie der sozioökonomischen Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften

36 Die Amerikaner in Vietnam. Probleme der Entwicklungsländer (II)

G. W. Alsheimer: Amerikaner in Vietnam; R. Griepenburg/K. Steinhaus: Zu einigen sozioökonomischen und militärischen Aspekten des Vietnamkonfliktes; G. Anders: Stenogramme; Erklärung über den Krieg in Vietnam

38 Probleme der Entwicklungsländer (III)

H. D. Boris: Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften; H. Deppe-Wolfinger: Zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern

45 Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus

G. Anders: Der amerikanische Krieg in Vietnam; H. Marcuse: Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition; W. Abendroth: Kritische Bemerkungen zu H. Marcuse; B. Johansen: Der arabisch-israelische Konflikt

51 Zur Politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus. Probleme der Entwicklungsländer (IV)

G. Anders: Imperialismus und Kampf dagegen; P. Strotmann: Der Zusammenbruch der kapitalistischen Entwicklungsmodelle in der Dritten Welt; H. G. Isenberg: Imperialismus und Entwicklungshilfe – Zur Stabilisierung der Abhängigkeit; B. Schüngel: Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Länder von den Rohstoffen der Dritten Welt (1. Teil)

53 Zur Politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus. Probleme der Entwicklungsländer (V)

B. Schüngel: Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt (2. Teil); J. Suroso: Indonesien nach der Konterrevolution

59 Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus. Probleme der Entwicklungsländer (VI)

G. Meyer: Kolonialismus und Befreiungsbewegung in den afrikanischen „Überseeprovinzen“ Portugals; H. Adam: Südafrika; B. Tibi: Tunesien; G. Grohs: Theorien der Revolution in der Dritten Welt

79 Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung. Genese und Perspektive. Probleme der Entwicklungsländer (VII)

G. Moebus: Bestimmung des Wilden und Verwertungsstandpunkt bei Kolumbus; B. Johansen: Religiöse Tradition und koloniale Struktur; D. Ernst: Entwicklung durch importsostituierende Industrialisierung? T. T. Evers/P. von Wogau: Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung. F. Niess: Kuba und der „linke“ Antisozialismus

Madagaskar

Die ehemalige französische Kolonie Madagaskar, die 1960 unabhängig wurde, galt unter der Regierungszeit des Staatspräsidenten und Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Tsiranana, bis zum Beginn der 70er Jahre als ein neokoloniales Musterland: Landwirtschaft, Bergbau und Industrie sowie Handel lagen fast ausschließlich in den Händen ausländischer, vor allem französischer, Monopole. Madagaskar empfing u.a. Entwicklungshilfe von Israel, und als seine Regierung 1970 die Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Rassistenregime aufnahm, schwärmte die BRD-Monopolvereinigung Afrika-Verein, der Inselstaat sei "eines der politisch stabilsten Länder" (Übersee-Rundschau, Nr. 7-8/1970).

Diese immer weitergehende Auslieferung des Landes an imperialistische Interessen war jedoch ein wesentlicher Grund für die Erhebung großer Teile der Bevölkerung unter Führung nationalrevolutionärer Offiziere, die 1972 das Regime Tsirananas stürzten.

Der Versuch der reaktionären Kräfte, die damit eingeleitete fortschrittliche Entwicklung umzukehren, und durch einen Putsch am 11. Februar 1975, in dessen Verlauf der Staatschef Oberst Ratsimandrava ermordet wurde, die Macht zurückzuerobern, wurde von Armee und Bevölkerung vereitelt; seine Zerschlagung war zugleich ein weiterer Antrieb des revolutionären Prozesses: Die umgebildeten revolutionären Machtorgane leiteten umfassende Veränderungen ein, als deren Ziel Didier Ratsiraka im September 1975 ausführte: "Unsere gesellschaftliche Entwicklung wird auf den Grundsätzen der sozialistischen Demokratie, der Beseitigung aller Formen der sozialen Ungerechtigkeit beruhen". In dem Referendum vom 21. Dezember 1975 entschied sich mit 94,66% aller Abstimmenden die überwältigende Mehrheit der madegassischen Bevölkerung für den eingeschlagenen Entwicklungsweg zum Sozialismus und für eine antiimperialistische Außenpolitik.

Germain Ramarozany

Radikalisierung der gesellschaftlichen Entwicklung

Auf Madagaskar "wird die Revolution keinen Rückschritt machen". Diese Zielsetzung, die der Fregattenkapitän Didier Ratsiraka anlässlich einer Wahlversammlung in Fort Dauphin bekräftigte, ist heute zum Willen eines ganzen Volkes geworden. Ein Wille, der sich zweifelsohne in der massiven Beteiligung an der Volksbefragung vom 21. Dezember und in der erdrückenden Mehrheit der "eny" (Ja-Stimmen) in allen Landesteilen ausdrückte.

Der Volksentscheid vom 21. Dezember 1975

Der Volksentscheid vom 21. Dezember 1975 beinhaltet, wie man weiß, drei wichtige, eng miteinander verbundene Entscheidungen, die unwiderruflich sichern, daß das Land den Weg zu einem authentischen nationalen Sozialismus beschreitet: die Einrichtung neuer Institutionen, die das Fundament der Demokratischen Republik Madagaskar bilden werden; die Anwendung des umfassenden Programms, das in der "Charta der madegassischen sozialistischen Revolution" enthalten ist, die von nun an die Sache aller wird; die Wahl des Fregattenkapitäns Didier Ratsiraka in das höchste Amt für sieben Jahre, eines der bedeutendsten Initiatoren und Garanten des revolutionären Weges.

Gemäß der soeben angenommenen Verfassung bilden der Präsident der Republik, der Oberste Revolutionsrat, die nationale Volksversammlung, die Regierung, das Militärkomitee für Entwicklung und der Verfassungsgerichtshof die staatlichen Institutionen der 2. madegassischen Republik.

Eine wichtige Rolle fällt dem Präsidenten der



Republik zu, der besonders dazu angehalten ist, die Staatspolitik so zu führen, wie sie in der Charta der sozialistischen Revolution definiert wurde und die Ausführung der Entscheidungen der Justiz zu überwachen. Als Verwaltungschef und Kommandeur der Truppengattungen und der Polizeikräfte im Innern sowie Verantwortlicher für die nationale Verteidigung

gung, kann der Präsident der Republik ebenso wie die Mitglieder der nationalen Volksversammlung Gesetze einbringen; er ist Garant der nationalen Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit. Zu seiner Seite steht der Oberste Revolutionsrat als Wächter der sozialistischen madegassischen Revolution. Dieser "hilft dem Präsidenten der Republik bei der Konzipierung, der Orientierung und der Kontrolle der allgemeinen Richtlinien der Staatspolitik" und "wacht über die Sicherung und die Respektierung der nationalen Souveränität im Innern wie im Äußeren".

Während die Regierung zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit von einem Premierminister, der vom Staatschef ernannt wurde, gelenkt wird, wird innerhalb von 18 Monaten im Bereich der Legislative eine nationale Volksversammlung gebildet, gewählt in allgemeinen und direkten Wahlen für 5 Jahre; sie wird den jetzigen Nationalen Volksrat für Entwicklung (Conseil national populaire de développement - CNPD), ein rein beratendes Gremium, ersetzen. Das Militärkomitee für Entwicklung, das im Juni 1975 gegründet wurde, bleibt als "beratendes Organ bestehen, dessen Rat bei allen Fragen der nationalen Verteidigung und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verlangt wird".

Die Früchte des Mai

Schließlich institutionalisiert die neue Verfassung, die in ihrer Präambel die Rechte und Pflichten des madegassischen Volkes in Übereinstimmung mit dem sozialistischen und patriotischen Ideal bestimmt, wie es in der Charta der Revolution umrissen ist, die "Fokonolona". Diese traditionelle Dorfgemeinschaft, die dem madegassischen Sozialismus einen authentischen, nationalen Charakter verleihen wird, bildet die Grundlage der Politik der Dezentralisierung, die in allen Bereichen begonnen werden wird. Erneuert und dynamisiert, ausgestattet mit weitreichenden sozialen und wirtschaftlichen Befugnissen, und nach einer sozialistischen Ideologie strukturiert, wird die Fokonolona die konkrete Beteiligung der ländlichen Massen (das sind 85% der Bevölkerung) bei der Verwirklichung der revolutionären Ziele erlauben, darunter an der Agrarreform, die das ländliche Madagaskar radikal verändern soll. Überdies wird die Fokonolona der bevorzugte Raum sein, in dem sich der Klassenkampf zwischen den Landarbeitern und Kleinbauern einerseits und den Grundbesitzern und ihren Verbündeten andererseits entwickeln wird.



Präsident Didier Ratsiraka

Neben dem obersten Revolutionsrat und den ländlichen Gemeinschaften werden die Arbeiter, die fortschrittlichen Kräfte, die Jugend, die Frauen und die ungebildeten und demokratisierten Volksstreitkräfte die Stützen der Revolution bilden. Alle diese in Kooperativen, Komitees, Verbänden etc. organisierten Kräfte, denen sich anzuschließen die antiimperialistische Fraktion der nationalen Bourgeoisie aufgefordert wurde, sind aufgerufen, die Bildung einer wahren nationalen Front zur Verteidigung der Revolution voranzutreiben, deren Schaffung von der neuen Verfassung vorgesehen ist, und deren Ziel die Anwendung des Programms sein soll, das in dem kleinen roten Buch der sozialistischen Charta enthalten ist.

Dieses Programm umfaßt zwei Hauptrichtungen: "die wirkliche Unabhängigkeit, den allgemeinen Fortschritt und das Glück aller" zu sichern; und, um dieses Ziel zu erreichen, sich vor allem auf die eigenen Kräfte zu verlassen, ausländische Hilfe nur als zusätzlichen Beitrag zu betrachten, nie als notwendige Ergänzung.

So sind heute die Bedingungen geschaffen, welche die volle Verwirklichung der Bestrebungen erlauben, deren Träger der Volksaufstand vom Mai 1972 war, der mit dem Sturz des neokolonialen Regimes Tsiranana endete.

Und wie Präsident Ratsiraka unterstrichen hat, "die madegassische Revolution wird keine Revolution der Deklamationen sein"; sie wird sich in konkreten Resultaten äußern und in einer grundlegenden qualitativen Veränderung.

Bereits der 15. Juni 1975, an dem der Fregatkapitän Didier Ratsiraka vom militärischen Direktorium, welches das Land seit dem 11. Februar provisorisch regierte, mit den Funk-

tionen des Staatschefs und des Präsidenten des Obersten Revolutionsrates, der neu eingerichtet worden war, betraut wurde, hatte das Ende einer Ära angekündigt; den Bruch mit einer politischen Praxis, die mangels eines klaren und präzisen Programms und trotz der bei der Dekolonialisierung erzielten Fortschritte die Verwirrung und die Doppeldeutigkeit begünstigte und gleichzeitig den Manövern der Anhänger des 1972 verjagten neokolonialen Regimes freien Lauf ließ.

Die Entwicklung der letzten 3 Jahre

Madagaskar hatte gerade eine unruhige Periode durchlaufen, die von Umsturzversuchen, der Abdankung des Generals Ramanantsoa von seiner Funktion als Staatschef am 5.2.1975 und, sieben Tage später, der Ermordung seines vorübergehenden Nachfolgers, des Obersten Ratsimandrara, der Rebellion der mobilen Polizeitruppe des Lagers Antanimora etc. charakterisiert war: Eine Reihe von Ereignissen, die offensichtlich den Fehlschlag einer Politik des Zögerns und der nur halb durchgeführten Maßnahmen einer uneinheitlichen Staatsmacht bezeugten.

Daher proklamierte der Fregattenkapitän Didier Ratsiraka von seinem Amtsantritt am 15. Juni an den Sozialismus als Ziel seiner Regierung; der einzige Weg, der Madagaskar aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise, Erbe der kolonialen und neokolonialen Periode, zu einer schnellen und unabhängigen Entwicklung zu führen und die Volksmassen zu mobilisieren geeignet ist.

Diese Grundsatzklärung wurde von wirksamen Maßnahmen begleitet, darunter die Verstaatlichung der Banken, der Versicherungen, des Filmsektors, und später vor allem der Compagnie Marseillaise, einer wichtigen kolonialen Import-Export Gesellschaft.

Heute, auf der Basis eines soliden Programms, das keinen Aspekt des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens im Dunkeln läßt, gestützt auf die aktive Hilfe der großen Mehrheit des madegassischen Volkes, ist der Präsident Ratsiraka in der Lage, den Prozeß der Radikalisierung der Revolution, vor sechs Monaten begonnen, zu beschleunigen. Von den weiteren Zielen des Obersten Revolutionsrates verdienen besondere Beachtung die Kontrolle der nationalen Wirtschaft und die Entkolonialisierung des Handels. Das Bankensystem wird mit der Einrichtung landwirtschaftlicher Kreditinstitute umgebildet, die eine technische Hilfe der Agrarreform bilden sollen; genauso werden der Außenhandel sowie die damit verbundenen Wirtschaftstätigkeiten neu

organisiert. Man kann andererseits das baldige Anlaufen der wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme in verschiedenen Regionen des Landes erwarten.

Hoffnung und Entschlossenheit

Auf Madagaskar, wo das kleine rote Buch ein Instrument der Reflexion, der Studien und der Aktion geworden ist, wo die alltägliche Wirklichkeit sich schon zu verändern beginnt, wo das Klima der Unsicherheit der Entschlossenheit und der Hoffnung weicht, wurde eine entscheidende Etappe eingeleitet, welche den Energien und Initiativen des Volkes die Tore öffnet.

In dieser Phase des Kampfes, dessen Ziel die vollständige Befreiung und der Aufbau einer Gesellschaft der Gleichheit und der Gerechtigkeit ist, ist es vorhersehbar, daß der Imperialismus und seine hiesigen Verbündeten um so weniger untätig bleiben werden, als Madagaskar eine beherrschende Stellung im strategischen Kalkül bezüglich des Indischen Ozeans einnimmt. Wie überall und immer könnten die Nutznießer des alten Regimes und die Parteigänger des Neokolonialismus, die ihrer Privilegien und Pfründe enteignet wurden, als Agenten bei Brems- oder Restaurationsversuchen dienen.

Unter diesen Bedingungen ist die Wachsamkeit des Volkes der sicherste Garant des Vorwärtsschreitens der Revolution. Der Verlauf der Abstimmungskampagne hat es bestätigt: isoliert, konnten die Mitglieder der alten sozialdemokratischen Partei Tsirananas, der sozialistischen Resempas und der christdemokratischen Alexis Bezakas nur 9 Komitees bilden, die mit "nein" stimmten, gegen 2.600 Komitees, die "ja" stimmten.

Kein Zweifel besteht daran, daß das Experiment, das Madagaskar, Insel der Revolution und des Friedens im Indischen Ozean, soeben begonnen hat, Gegenstand der solidarischen Wachsamkeit der Völker Afrikas sein wird.

(Quelle: afrique-asie, Nr. 100, 12.1.1976)

DAS ERSTE HEFT VON EXTRA DIENST EXTRA IST DA

SCHLACHTFELD ANGOLA

Eine umfassende Geschichte des Konflikts in und um Angola: Kolonialisierung des Landes durch die Portugiesen ab 1482. Sklavenhandel. Einmarsch der Multis nach Angola. Weiße Siedler als Schachfiguren der portugiesischen und multinationalen Konzerne. Entwicklung seit der portugiesischen Revolution. Dokumente: Interviews mit Neto, Savimbi, Roberto, Coutinho; Chronik von 1482 bis 1975; Briefwechsel zwischen Savimbi und dem portugiesischen Geheimdienst; Beweise für die CIA-Finanzierung von Holden Roberto. 56 Seiten mit Karten und Bildern. DM 2,60 (plus Porto DM 0,40). Bestellungen bei VERLAG UND DRUCK, 1000 BERLIN 31, PFALZBURGER STR. 20

Obwohl von der bürgerlichen Presse, wie beispielsweise der Frankfurter Rundschau am 16.12.1975, für "endgültig vernichtet" erklärt, kämpft die Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO) weiter gegen den vor allem von Großbritannien und dem iranischen Schah-Regime ausgehaltenen Sultan Quabus. In einem nunmehr fast elfjährigen bewaffneten Kampf ist es der Befreiungsbewegung Omans gelungen, weite Teile vor allem der südlichen Provinz Dhofar von der Feudalherrschaft der Quabus-Familie zu befreien und unter schwierigsten Bedingungen mit dem Aufbau eines neuen Lebens zu beginnen. Auf diese Erfolge des nationalen Befreiungskampfes, die sowohl die ökonomischen (Erdöl) als auch die militärstrategischen Interessen des Imperialismus (Oman ist britischer Militärstützpunkt) bedrohen, reagierte der Herrscher von Maskat, auf ausländische Interventionstruppen gestützt, mit einer äußerst brutalen Kriegsführung gegen die PFLO und die Zivilbevölkerung in der Provinz Dhofar.

Von der aktuellen Kampfsituation in Oman, von den Aufgaben und Zielen der PFLO handelt das folgende Interview mit Saied Masood, dem Repräsentanten der PFLO in Aden, der Hauptstadt der Volksdemokratischen Republik Jemen. Es wurde von dem Mitglied des Sekretariats des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), Peter Dietzel, am Rande einer Tagung der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSÖ) Ende Januar 1976 in Aden aufgenommen.

Interview mit Saied Masood, Repräsentant der PFLO

Die Kampfsituation und die Interessen der Invasoren in Oman

Frage: Seit mehr als zehn Jahren führt das omanische Volk einen bewaffneten Widerstandskampf gegen die ausländische Militärpräsenz in Oman. Welche Interessen bestimmen das Engagement der imperialistischen Mächte in Ihrem Land?

Saied Masood: In erster Linie interessiert sie der unermessliche Ölreichtum unseres Landes, denn das Öl hat in diesem Jahrhundert enorm an Bedeutung gewonnen; aber abgesehen von den ökonomischen Interessen, die die Imperialisten in unserem Land verfolgen, ist es vor allem auch die strategische Position des Gebietes. Von daher versuchen sie, sich in diesem strategisch wichtigen Gebiet festzusetzen und das führt zu einem langen Kampf gegen die Imperialisten, ihre Gewalt und ihren Einfluß in unserem Land.

Zweitens muß man ein wenig in die Geschichte zurückgehen und man wird entdecken, daß die britische Kolonisation mit Hilfe der Familie des Sultan Quabus in unser Land kam. Diese Familie ist sehr reich und ihr Einfluß reicht weit über Oman hinaus.

Die Intervention des Iran setzte ein, als die Söldnertruppen des Quabus scheiterten. Unterstützt wurden sie von britischen Truppen, deren militärische Stützpunkte in Salala und Beit Al Falag zu finden sind; außerdem hat Jordanien in den Kampf gegen unser Volk eingegriffen, noch bevor der Iran um Hilfe gebeten wurde. Aber die Jordanier waren nicht in der Lage, die Aufgaben der Imperialisten in diesem Gebiet zu erfüllen.

Die Intervention des Iran kann man nicht von den imperialistischen Zielen und Plänen in diesem Gebiet trennen, besonders nicht nach der Ölkrise und dem Oktoberkrieg. Man muß den Zusammenhang sehen zwischen der Drohung Kis-

singers, die Ölquellen der arabischen Welt zu besetzen und der iranischen Intervention in unserem Land. Dies muß sodann in Zusammenhang mit dem Plan des früheren US-Präsidenten Nixon gebracht werden, nämlich lokale Statthalter einzusetzen, die die Interessen des Imperialismus schützen und zwar so, daß die USA selbst gar nicht mehr eingzugreifen brauchen



Kämpfer der PFLO

und solch riesige Verluste, wie sie sie in Vietnam hinnehmen mußten, nicht mehr allein zu tragen brauchen.

Frage: Können Sie genaue Zahlenangaben zur militärischen Stärke der ausländischen Interventionstruppen machen?

Saied Masood: Der Iran intervenierte mit 4.500 Mann, unterstützt von etwa 20 Hubschraubern und Flugzeugen. Seine Begründung lautete, daß die iranischen Truppen lediglich die Stra-

Be zwischen Salala und Maskat öffnen wollten. Aber inzwischen, nach zahlreichen Gefechtsverlusten sind die iranischen Truppen verstärkt worden und breiten sich über das ganze Land aus. Die militärische Stärke beläuft sich mittlerweile auf ungefähr 30.000 Mann. Hinzukamen also mehr als 25.000 Mann, seit sie



Zerstörtes Kriegsgerät der iranischen Armee

1973 die Intervention vom Stützpunkt Ir-Khasab aus, nahe der Grenze zur Demokratischen Republik Jemen begannen. Dazu kommen noch die etwa 2.000 Mann starken britischen Truppen und die Offiziere der Söldnertruppen des Sultan Quabus.

Frage: Und Jordanien?

Saied Masood: Jordanien hat einen Teil seiner Truppen abgezogen, nachdem es in der Armee zu Streitigkeiten gekommen war. Hussein hatte Angst, daß der Protest in der Armee zunehmen würde und außerdem wuchsen die Empörung und der Haß des jordanischen Volkes gegen das militärische Engagement Jordaniens. Deshalb haben sie einige der Truppen abgezogen, aber eine technische Abteilung nimmt noch immer an den Kämpfen bei Salala teil und außerdem noch Infanterie.

Frage: Die PFLO ist ein Bündnis der nationalen Kräfte des omanischen Volkes. Was sind die wichtigsten politischen und sozialen Ziele der PFLO?

Saied Masood: Wir kämpfen nicht um des Kämpfens willen, sondern für klar umrissene politische Ziele, die in den Beschlüssen unserer Kongresse formuliert wurden. Unser erstes und vordringliches Ziel ist es, unser Land von den ausländischen Truppen und Einflüssen zu befreien und eine neue demokratische Republik in Oman zu errichten.

Frage: Die Presse der Bundesrepublik verbreitete in den letzten Wochen wiederholt Meldungen, in denen von Hungersnöten in Dhofar, großen Opfern unter den Kämpfern der PFLO usw. gesprochen wurde. Wie sieht die Situation wirklich aus?

Saied Masood: Wir sehen uns im Augenblick einem großangelegten Feldzug gegenüber, der sich von den vorhergehenden Aggressionen wesentlich unterscheidet. Dieser Feldzug ist sehr gut vorbereitet und sowohl britische als auch iranische Truppen nehmen daran teil. Es ist das erste Mal, daß alle drei Waffengattungen, also Marine, Luftwaffe und Heer zugleich an einer großen militärischen Operation teilnehmen. Aber trotzallem sehen wir unsere Lage nicht so schwarz, wie es die Imperialisten glauben machen möchten. Unsere Verluste sind bei weitem nicht so hoch, wie behauptet wird. Der Feind versucht, uns in eine Lage zu verwickeln, die ihm ein schnelles und erfolgreiches Ende der Kämpfe verspricht. Aber wir wissen das und wenden deshalb viele verschiedene Taktiken an, um die große Überzahl der feindlichen Truppen und seine Pläne zu nichte zu machen. Bekanntlich kommt es in einem nationalen Krieg nicht so sehr darauf an, ein Stück Land zu erobern oder es zu verteidigen, weil in einem nationalen Krieg, besonders in einem Guerillakrieg, das Land ständig von Hand zu Hand wechselt. Es ist eine Kampfsituation, die sich auf die gesamte Nation erstreckt.

Frage: In der Provinze Dhofar hat die PFLO Gebiete befreit. Wie sieht die Lage der Bevölkerung in den Gebieten heute aus?

Saied Masood: Es ist so, daß eine Vielzahl der Kämpfe in den befreiten Gebieten stattfindet, und wir deshalb versuchen müssen, die Bevölkerung und diese strategisch wichtigen Punkte zu schützen und zu verteidigen. Während den letzten Kämpfen in diesem Gebiet hat der Feind einen Großteil der Ernte vernichtet und nun versucht er, die Bevölkerung in die Nähe seiner Lager zu locken, indem er ihr Nahrungsmittel verspricht. Diese Lager liegen abseits der eigentlichen Siedlungsgebiete entweder in der Wüste oder an der Küste. So versuchen sie, die Bevölkerung von der Befreiungsarmee zu trennen, die Befreiungsarmee von der Bevölkerung zu isolieren.

Frage: Wie ist die politische Oppositionsbewegung in den von Sultan Quabus kontrollierten Gebieten einzuschätzen? Gibt es auch dort Unterstützung für die PFLO?

Saied Masood: Die momentane Situation sieht so aus: Wir haben natürlich Untergrundorganisationen unter den Arbeitern, den Studenten und auch den Frauen. Da Sultan Quabus das

weiß, sind die Gefängnisse voll von Partisanen.

Frage: Es gibt also eine aktive politische Bewegung in diesen Gebieten?

Saied Masood: Ja, aktive Unterstützung findet die PFLO bei allen Gesellschaftsschichten. Es gab bei den Ölarbeitern Demonstrationen und die Hafentarbeiter z.B. haben gestreikt. Die Studenten haben gegen die antinationalen Programme, die jetzt erlassen worden sind, protestiert. Es hat Aktionen der Frauen für soziale und nationale Rechte gegeben, außerdem Bewegungen religiöser Gruppen und von Stammeshäuptlingen, die sich gegen die ausländischen Invasoren, das Hegemoniestreben des Sultan und gegen die Korruption richteten. Immer häufiger geht die Regierung dazu über, gefangen-genommene Partisanen hinzurichten.

Das Regime, das sich als ein gemäßigtes gegenüber dem vorangegangenen bezeichnet, systematisiert die Unterdrückung.

Frage: Was kann die internationale Solidaritätsbewegung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des omanischen Volkes tun, gerade auch in einem Land wie der BRD, das selbst ein bedeutender imperialistischer Staat ist und ebenfalls großes Interesse an Ihrem Land hat?

Saied Masood: Unserem Volk steht nicht nur ein Feind gegenüber. Unser Kampf ist ein Kampf gegen den Imperialismus, die Reaktion, gegen die Jordanier, die Iraner, gegen alle Söldnertruppen, die von überall her kommen und sehr gut dafür bezahlt werden, daß sie unser Volk bekämpfen. Deshalb braucht unser Volk die Solidarität aller friedliebenden Menschen der ganzen Welt.

Frage: Können Sie Dinge nennen, die Sie ganz besonders nötig brauchen, etwa Medikamente oder Nahrungsmittel?

Saied Masood: Wissen Sie, wir können alles gebrauchen, denn es ist Krieg. Wir brauchen Lebensmittel, weil die Ernte vernichtet wurde und auch die Viehherden zugrunde gegangen sind. Weil den Kindern die Milch und sonstige Nahrungsmittel fehlen, ist die Sterblichkeit sehr hoch.

Auf eines möchte ich noch besonders zu sprechen kommen, nämlich auf den Propagandafeldzug, daß unser Kampf vorbei oder aussichtslos geworden sei. Das sind böswillig verbreitete Lügen, die die Imperialisten in Westdeutschland genauso wie etwa in Großbritannien verbreiten, weil es offenbar zu ihrem Geschäft gehört.

Frage: Ist Ihnen etwas über Investitionen aus der BRD oder über direkte Unterstützungen aus der BRD für Sultan Quabus bekannt?

Saied Masood: Ja, es gibt z.B. die Beteiligung westdeutscher Unternehmen an einem Ölkonzortium, das eine Konzession in Oman besitzt. Das Konzessionsgebiet dieser Ölgesellschaft liegt in der Nähe eines Marinestützpunktes, weshalb sie sehr auf eine Absicherung dieses strategischen Punktes hinarbeitet. Dem Vorstand dieses Ölkonzortiums gehört unter anderem ein Repräsentant des westdeutschen Großunternehmens Mercedes Benz an. Es ist auch kein Geheimnis, daß Sultan Quabus die westdeutschen Interessen und Monopole noch mehr zu begünstigen scheint als die britischen, da er den westdeutschen Monopolen sehr hohe Aufträge zukommen läßt.

3.WELT MAGAZIN 3.WELT MAGAZIN 3.WELT MAGAZIN 3.WELT MAGAZIN

Was bietet „3.WM“
in Titelmustern:

Nucleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika (kein Einzelfall): BRD-Brasilien BRD-IRAN — langfristiges Energiekonzept über subimperialistische Zentren • Neue Strategie des Multinationalen Kapitals • Kissinger-Frieden a la Vietnam, Palästina, Südafrika sollen größtmögliche Märkte sichern • Zur neuen Weltwirtschaftsordnung: Rohstoffpreise, Monetäre Systeme, Entwicklungen • CHILE — MOSAMBIK — PORTUGAL: wie kam die Revolution nach Europa • Die Revolution im Südlichen Afrika: Guinea-Bissao, Mosambik, Angola, Namibia, Zimbabwe, Südafrika • Südostasien nach Vietnam • Chinas Außenpolitik • ISRAEL: Demokratie oder Unterdrückung ausgedienter US Wachhund im Nahen Osten? • Die palästinensische Revolution: Theorie und Praxis •

Das erste kritische Magazin über Probleme der Dritten Welt in der Bundesrepublik

Einführungspreis
DM 3.50
Doppelnummer 120 Seiten
bestellen bei:
pdw verlag
53 bonn buschstr. 20

Ihre background-Information



3.WELT MAGAZIN 3.WELT MAGAZIN 3.WELT MAGAZIN 3.WELT MAGAZIN

Wolfgang Ritter

Der Kampf des koreanischen Volkes gegen die nekoloniale Herrschaft der USA (1. Teil)

Als im April 1975 nach über 30jährigem Kampf die endgültige Niederlage des Imperialismus in Indochina besiegelt wurde, und die USA ihre vorerst schwerste militärische und politische Niederlage erlitten hatten, stellte die Presse der BRD Spekulationen über die zukünftige Bündnisfähigkeit der Vereinigten Staaten und das neue Kräfteverhältnis in Asien an. Damit rückte wieder ein Land in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, in dem vor über 20 Jahren schon einmal die Strategie der USA gescheitert war: Korea.

Rückgriff auf die Methoden des Kalten Krieges

Begierig griffen die westdeutschen Medien die Propagandameldungen des südkoreanischen Paktregimes über "Kriegsvorbereitungen" Nordkoreas, also der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR), auf, ohne deren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. In diesem Sinne wurde eine Tradition fortgeführt, die ihre Blüte zur Zeit des Korea-Krieges, also während des Kalten Krieges erlebte. Damals betrieb sich Bundeskanzler Konrad Adenauer bei Gründung der Bundeswehr auf Korea als Beispiel für die angebliche kommunistische Aggressionslust.

Eine Zuspitzung erfuhr die Situation dadurch, als US-Präsident Ford am 26. Juni 1975 ankündigte, gegebenenfalls einen atomaren "Präventivschlag" gegen die KVDR zu führen, um eine Entwicklung wie in Vietnam zu verhindern. Die Äußerung Fords ist vor allem im Zusammenhang mit der außerordentlich großen Bedeutung zu sehen, die Korea nach dem 2. Weltkrieg im strategischen Kalkül der USA spielte und weiter spielen soll.

Hierin liegen auch die Ursachen der Teilung und des unterschiedlichen Entwicklungsweges des Nordens und des Südens Koreas begründet.

Die Befreiung Koreas vom japanischen Kolonialismus

Im Jahre 1905 wurde Korea zum japanischen "Protektorat" erklärt, 1910 vollständig von Japan annektiert. Das bedeutete die brutalste Unterdrückung eines Volkes, das auf eine mehr

als zweitausendjährige Geschichte als einheitliche und selbständige Nation zurückblicken konnte.

Korea war für den japanischen Imperialismus deshalb von großer Bedeutung, weil es als Sprungbrett zur Besetzung des asiatischen Festlandes dienen sollte. Im Norden betrieben die Japaner vor allem den Raubbau der Bodenschätze, die sie für ihre Rüstung benötigten, während der Süden als Reisanbaugebiet Nahrungsmittel lieferte.

Doch schon bald formierte sich der Widerstand. Seit Beginn der dreißiger Jahre wurde unter der Führung Kim Il Sung der bewaffnete Widerstandskampf organisiert.

Als sich nach der Niederlage des deutschen Faschismus 1945 auch die des japanischen abzeichnete, beschloß die Potsdamer Konferenz im August 1945, daß Truppen der Sowjetunion und der USA Korea besetzen und die japanischen Truppen evakuieren sollten. Dafür wurde der 38. Breitengrad als zeitweilige militärische Demarkationslinie festgelegt.

Die Politik der Spaltung

Die Amerikaner besetzten Südkorea erst im September 1945, nachdem die Rote Armee die Elitetruppen der Japaner, die sogenannte "Kwantung-Armee", besiegt hatte und es keinen nennenswerten japanischen Widerstand mehr gab.

Obwohl sich die USA mehrfach, so vor allem auf der Moskauer Konferenz der Außenminister Englands, der USA und der Sowjetunion im Dezember 1945, verpflichtet hatten, Korea als einheitlichen, unabhängigen und demokratischen Staat zu errichten, unterdrückten sie mit allen Mitteln die Bestrebungen des koreanischen Volkes nach einer einheitlichen und demokratischen Entwicklung.

Da das Ziel der USA die Bildung eines ihren nekolonialistischen Interessen dienbaren Regimes war, wurden die inzwischen im ganzen Land gebildeten Volkskomitees, die am 6. September 1945 die Volksregierung ausgerufen hatten, verboten.

Es wurde ein militärisches Besatzungsregime errichtet, das sich auf ehemalige Kollaborateure der Japaner stützte. Man etablierte ei-



ne Separatistenregierung, an deren Spitze Li Syng Man (auch unter dem Namen Syngman Rhee bekannt) stand, eine aus dem amerikanischen Exil herbeigeschaffte Marionette. Li Syng Mans Regime war nach den Worten der New York Times

"an die totale Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in bezug auf wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung gebunden." 1)

Im Norden dagegen übertrug die Sowjetarmee alle Macht auf die Volkskomitees.

Da sich die USA auf der Moskauer Konferenz nicht zu einem Rückzug ihrer Truppen aus Südkorea bereiterklärt hatten, wurde von den Delegierten der örtlichen Volkskomitees des Nordens Anfang 1946 das Nordkoreanische Provisorische Volkskomitee gewählt, um die Durchführung einer Reihe dringend erforderlicher Maß-

sahmen zu gewährleisten. Insbesondere die Einleitung einer Bodenreform und die Nationalisierung der früheren japanischen Konzerne schufen die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung.

Gesamtnationale Wahlen gegen Spaltungsabsichten der USA

Um ihrem Vorgehen im Süden Koreas ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, führten die USA einen Beschluß der Vereinten Nationen für allgemeine Wahlen in Südkorea herbei. Damit verletzten sie eindeutig das Potsdamer Abkommen, da sie nun den 38. Breitengrad gegen den Willen des koreanischen Volkes zur politischen Grenzlinie erklärten.

Gegen diese Absicht, vollendete Tatsachen zu schaffen und so die Spaltung des Landes zu vollziehen, sprach sich im April 1948 eine Vereinigungskonferenz aus, an der sich Verbände und Parteien unter Einbeziehung selbst konservativer Kräfte beteiligten, die 90% aller organisierter Südkoreaner repräsentierten. Dennoch führte Li Syng Man am 10. Mai 1948 gegen den Widerstand der Bevölkerung 'Wahlen' durch, bei denen 500 Menschen getötet wurden; das von vornherein feststehende Ergebnis machte ihn zum "gewählten" Präsidenten. Daraufhin wurde von den an der Vereinigungskonferenz beteiligten Organisationen die Wahl einer Volksversammlung für ganz Korea beschlossen, an der sich trotz schwierigster Bedingungen auch im Süden 77,5% der Wahlberechtigten beteiligten.

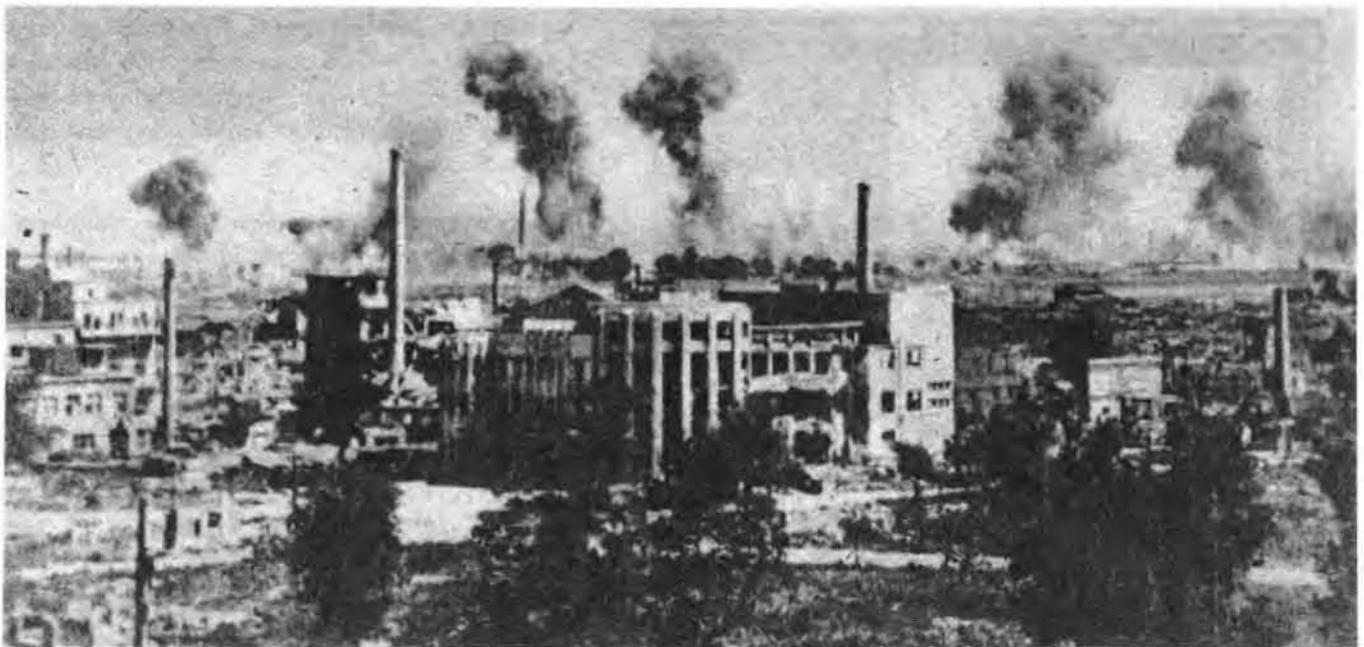
Es wurden 572 Abgeordnete gewählt (360 aus dem Süden und 212 aus dem Norden entsprechend dem Bevölkerungsverhältnis), die am 9. September 1948 die Koreanische Volksdemokratische Republik proklamierten und Kim Il Sung zum Vorsitzenden des Ministerkabinetts wählten.

Dem Aufruf der Volksversammlung an die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, ihre Truppen aus Korea abzuziehen, leistete jedoch nur die Rote Armee Folge. Die USA zogen sich erst 1949 allmählich nach Japan zurück.

Die Situation vor Ausbruch des Korea-Krieges

Die nach dem 2. Weltkrieg aufgrund der Befreiung der Völker Osteuropas und des allgemeinen Vormarsches der sozialistischen Kräfte vorsichgehende Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses hatte dazu geführt, daß das "Roll Back" gegenüber den sozialistischen Ländern zum Prinzip der amerikanischen Außenpolitik avancierte.

In Asien war die Situation gekennzeichnet durch den Sieg der chinesischen Revolution im Jahre 1949, die großen Erfolge der antiimperialistischen Kräfte in Indochina und die Errichtung der Volksmacht in Nordkorea. Da sich



1950 - Koreas Städte in Trümmern, die Folge des massiven Luftkrieges der US-Aggressoren

die USA trotz alledem hier in einer Position der Stärke glaubten, lag es nicht fern, in Korea ein Exempel ihrer Politik zu statuieren. Zweifellos war ein Krieg auch dazu angetan, die ernstesten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA zu diesem Zeitpunkt zumindest zu lindern. Tatsächlich löste der Korea-Krieg einen regelrechten Wirtschaftsboom in den Vereinigten Staaten aus.

Das Marionettenregime vor dem Zerfall

In Südkorea selbst waren die Wiedervereinigungsbestrebungen auch durch den Terror Li Syng Mans nicht mehr zu unterdrücken, im Gegenteil: Sie verstärkten sich vor allem insofern, als mit der Hoffnung auf eine allgemeine Gesellschaftsreform und insbesondere einer Agrarreform das Beispiel des Nordens immer größere Anziehungskraft bekam.

Die Schweizer Tageszeitung Die Tat charakterisierte die damalige Situation in Südkorea folgendermaßen:

"Präsident Syngman Rhee und seine Clique können ihre sehr bedingte Autorität in Seoul und in den größeren Städten nur durch ein Regime des Militär- und Polizeiterrors und nur dank der amerikanischen Hilfe aufrechterhalten." 2)

Der Prozeß der Auflösung des Marionettenregimes nahm mit einer vernichtenden Wahlniederlage Li Syng Mans im Mai 1950, also einen Monat vor Kriegsausbruch, konkrete Gestalt an.

Das amerikanische Finanzkapital in Südkorea

Ein weiterer wesentlicher Faktor für den Ausbruch des Krieges in Korea waren die Interessen des amerikanischen Finanzkapitals, das nach dem 2. Weltkrieg mehr als 1,25 Mrd Dollar

in Südkorea investiert hatte.

Mit der Gründung der New Corea Company, an der die National City Bank wesentlich beteiligt war, wurde die Nachfolge des vor 1945 herrschenden japanischen Trusts angetreten und gleichzeitig die Hälfte der Bergwerke, der Eisenbahnen und des bebaubaren Landes in ganz Korea, also auch Nordkorea, beansprucht. Deutlich gemacht wurde damit auch der Anspruch der amerikanischen Konzerne vor allem auf die bedeutenden Bodenschätze des Nordens (Kohle, Zinn, Wolfram, Kobalt).

Der Aufenthalt von J.F. Dulles, Aufsichtsratsmitglied der National City Bank und Berater des damaligen US-Außenministers Acheson, in Korea kurz vor Ausbruch des Krieges war sicherlich nicht zufällig.

Invasion in Nordkorea - auf amerikanischen Befehl

Den Beweis, daß es sich in Korea um einen von den USA bewußt geplanten und ausgeführten Krieg handelte, lieferten seine Vertreter schließlich selbst.

So prahlte Li Syng Man in maßloser Überschätzung seiner Kräfte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur United Press im Oktober 1949, daß er Pyongyang, die Hauptstadt Nordkoreas, in drei Tagen besetzen könne.

Brigadegeneral W.L. Roberts, Chef der US-Militärmission in Südkorea, äußerte sich nicht weniger zurückhaltend. Er meinte, daß die amerikanische Militärgruppe in Korea

"ein lebendiges Beispiel dafür ist, wie man bei vernünftiger und intensiver Verwendung von 500 kampfgestählten amerikanischen Offizieren und Mannschaften 100.000 Mann ausbilden kann, die das Schießen für einen besor-

gen werden... In Korea hat der amerikanische Steuerzahler eine Armee, die ein vortrefflicher Wachhund für die Kapitalinvestitionen in diesem Land ist." 3)

Der gleiche Roberts hatte schon im Oktober 1949 auf einer Konferenz mit Divisionskommandeuren in Seoul erklärt:

"Gewiß sind zahlreiche Angriffe auf das Gebiet nördlich des 38. Breitengrades auf meinen Befehl hin erfolgt, und es werden in den kommenden Tagen noch zahlreiche weitere erfolgen... Von nun an ist die Invasion der Landeswehrmacht gegen das Gebiet nördlich des 38. Breitengrades nur auf Grund von Befehlen der amerikanischen Militärmission durchzuführen." 4)

Die Invasion in Nordkorea auf amerikanischen Befehl - die Darstellung General Roberts dürfte der Wahrheit entsprechen.

Der Verlauf des Krieges

Tatsächlich begann der Krieg nicht erst 1950, sondern wurde bereits 1949 mit Überfällen südkoreanischer Truppen auf zentrale Punkte nördlich des 38. Breitengrades eingeleitet. Als dann am 25. Juni 1950 ein großangelegter Angriff stattfand, der die Eroberung ganz Nordkoreas zum Ziel hatte, schlug die Armee des Nordens den Angriff zurück und ging selbst zur Offensive über. In relativ kurzer Zeit waren 95% des südkoreanischen Territoriums und 97% der Bevölkerung befreit.

Dieser Vormarsch der koreanischen Volksarmee war nur möglich, weil sie die massive Unterstützung der Bevölkerung hatte und als Befreier begrüßt wurde. Über 400.000 Südkoreaner schlossen sich ihr an, Hunderttausende bildeten Guerillaeinheiten und kämpften im Hinterland des Feindes.

Li Syng Man, die Marionette der USA, war geschlagen und verließ schon am Nachmittag des 26. Juni 1950 unter Mitnahme der Goldreserven das Land.

Der US-Imperialismus scheitert

Noch am 25. Juni befahl Präsident Truman der 7. US-Flotte, nach Korea auszulaufen; einen Tag später griffen amerikanische Truppen in die Kampfhandlungen ein.

Ihre Aggression in Korea versuchten die USA zu verschleiern, indem sie ihr Eingreifen zwei Tage später bei den Vereinten Nationen als Einsatz von UN-Truppen deklarieren ließen.

Der weitere Verlauf des Krieges ist allgemein bekannt. Unter massivstem Einsatz gelang es den USA, nach Nordkorea vorzudringen. Doch das Vorhaben des amerikanischen Oberbefehlshabers McArthur, den Krieg auf China auszudehnen, scheiterte. Stattdessen mußten seine Truppen den inzwischen von chinesischen Freiwilligen unterstützten Verbänden der Koreanischen

Volksarmee weichen und sich bis hinter den 38. Breitengrad zurückziehen. Nach drei Jahren Krieg waren die USA am 27. Juli 1953 gezwungen, einen Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen. Die Abwehr des Überfalls auf Nordkorea bedeutete zugleich die erste schwere Niederlage des US-Imperialismus.

Für die Amerikaner zog ihr Chefstrategie und spätere Präsidentenberater W.W. Rostow eine Bilanz:

"Der koreanische Krieg war der bisher teuerste und schwerste von allen Landkriegen, in denen die USA engagiert waren." 5)

In dem bis dahin gnadenlosesten Bombenkrieg der Geschichte wurden in Nordkorea 40% aller Wohnungen und fast alle Industrieanlagen zerstört. In Pyongyang, das damals 400.000 Einwohner zählte, waren nur zwei kleinere Gebäude nicht beschädigt. Im Süden gab es 400.000 Tote unter der Zivilbevölkerung.

Erstmals in der Geschichte wurden auch Staudämme und Bewässerungsanlagen bombardiert. Bei einem einzigen Angriff auf den Sunam-Staudamm ertranken 450 Menschen und 70 Dörfer wurden überflutet.

Anmerkungen:

- 1) New York Times, 26.6.1950
- 2) Die Tat, Zürich, 26.6.1950
- 3) New York Herald Tribune, 5.6.1950
- 4) Die Wahrheit über Korea, Berlin 1952, S.58
- 5) W. Rostow, The United States in the World Arena, New York 1960, S. 230



Rote Arbeiter- und Bauernmilizen

Westsahara

In einer Botschaft an die Staatschefs der Welt verurteilte der algerische Präsident Boumedienne am 27. Januar d.J. die marokkanische Intervention in die Westsahara:

"Der Krieg, der dem Volk der Sahrauin aufgezungen wurde, trägt die Züge der gewöhnlichen Kolonialkriege: Plünderungen, Hinrichtungen, Massaker, Vergiftungen der Brunnen, die in den Wüstengegenden die Lebensquelle darstellen, der Gebrauch von Napalmbomben, die breite Flucht der Zivilbevölkerung."

Boumedienne versicherte, daß Algerien den Völkermord an seinem Brudervolk und seiner Befreiungsorganisation, der Frente POLISARIO, nicht dulden werde (vgl. AIB Nr. 1/1976).

Am 26. Januar hatten Einheiten der marokkanischen Armee einen Trupp der Algerischen Nationalen Volksarmee angegriffen, als er die in die Oase Amgala geflüchtete Zivilbevölkerung mit Medikamenten und Nahrungsmitteln zu versorgen suchte. Dabei wurde, wie es in einem marokkanischen Kommuniqué hieß, die Oase von "Rebellenelementen gesäubert".

Das Expansionsstreben Marokkos richtet sich nicht nur gegen die Westsahara, sondern ebenso gegen Algerien: Auf fast ein Viertel des algerischen Territoriums hat die marokkanische Partei Istiqlal Anspruch erhoben und die Errichtung eines "Großmarokkanischen Reiches" in seiner "Einheit vom Nil bis zum Senegal" (Frankfurter Rundschau, 15.1.1976) gefordert. Unterstützung für seine Pläne erhält Marokko aus Frankreich und den USA, die mit Hilfe eines lokalen Statthalters versuchen, eine weitere fortschrittliche Entwicklung in Nordafrika aufzuhalten. Nach Meldungen der spanischen Zeitung Informaciones lieferten die USA in den letzten Wochen hochmodernes elektronisches Kriegsmaterial, und Frankreich sagte dem marokkanischen Premierminister Achmed Osman die volle Unterstützung und die Lieferung von 75 Mirage-Kampfflugzeugen F-1 zu.

Palästina/Libanon

Am Ende der 14tägigen Nahostdebatte des UN-Sicherheitsrates stand das Veto der USA, das trotz der erforderlichen 9 Fürstimmungen von 15 Mitgliedsstaaten eine Beschlußfassung des Rates verhinderte. Dennoch wertete die PLO-Vertretung den Verlauf dieser von Israel boykottierten Nahostdebatte als einen "moralischen

Sieg", als weiteren Schritt zur Stärkung des internationalen Gewichts der PLO.

Zum erstenmal konnte die PLO ihre Position gleichberechtigt vor jenem Staatenforum vortragen, das als einziges Organ der Vereinten Nationen bindende Beschlüsse, Frieden und Sicherheit betreffend, fassen kann. Zweitens haben sich die USA mit diesem Veto zugunsten der zionistischen Machthaber in der Nahostfrage in eine politische Isolierung wie nie zuvor manövriert, blieben sie doch mit ihrer Gegenstimme diesmal völlig alleine (bei Enthaltungen Großbritanniens, Italiens, Schwedens und Abwesenheit Chinas, Libyens). Drittens reicht der politische Forderungskatalog der am 27.1.1976 zur Abstimmung gestellten Resolution über alle bisherigen Palästina-Entschlüsse der Vereinten Nationen hinaus. Der 4 Punkte-Resolutionstext betont nämlich:

- "1a) daß das palästinensische Volk in die Lage versetzt werden muß, sein unveräußerliches nationales Recht auf Selbstbestimmung auszuüben, einschließlich des Rechtes auf die Errichtung eines unabhängigen Staates in Palästina," und
- "1c) daß sich Israel von allen seit 1967 okkupierten arabischen Gebieten zurückziehen muß." (Le Monde, 28.1.1976)

Weiter bekräftigt die Resolution das Rückkehrrecht der Palästinaflüchtlinge bzw. ihren Anspruch auf israelische Entschädigung (1c) sowie die Garantierung "sicherer und anerkannter Grenzen" für alle Nahoststaaten (1d). Die USA und Israel als Hauptgegner einer solchen politischen Lösung des Nahostkonflikts sind indessen bemüht, einer weiteren Stärkung der politischen Positionen und einer gleichberechtigten Teilnahme der PLO im Falle einer Wiederaufnahme der Genfer Nahostkonferenz mit allen Mitteln den Weg zu versperren. So setzten sie große Hoffnungen in die nach Ministerpräsident Karame Rücktritt (am 18.1.) im Libanon von Falangisten und "Nationalliberalen" entfachte erneute Eskalation des Bürgerkrieges. Denn genau am 20. Januar d.J. wartete der libanesische Innenminister Chamoun mit der Lüge von einer "Invasion Syriens" auf, stürmten Falange-Trupps moslemische Armenviertel und gingen zur Abriegelung und Bombardierung von palästinensischen Flüchtlingslagern über. Und Falange-Chef Gemayel erklärte:

"In Beirut wird jetzt über das Schicksal der palästinensischen Revolution entschieden. Und wir wollen dafür sorgen, daß sich im Libanon der 'Schwarze September' wiederholt." (Tat, 23.1.1976)

1965
1975



Jedoch mußten die libanesische Großbourgeoisie wie ihre imperialistisch-zionistischen Waffenbrüder infolge der Besonnenheit wie der militärischen Stärke der PLO und der libanesischen Linken sowie infolge der aktiven Vermittlungstätigkeit der syrischen Regierung am 22. Januar einen bislang stabilen Waffenstillstand akzeptieren. Ihm zufolge werden die vertraglichen Rechte der Palästinenser von 1969 bzw. 1973 bekräftigt und wird Syrien darüber hinaus als Garantiemacht fungieren.

Iran

Am 24. Januar 1976 wurden neun iranische Widerstandskämpfer in Teheran hingerichtet. Der Prozeß hatte unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor einem der berühmtesten Militärgerichte stattgefunden, die ausnahmslos alle politischen Delikte verhandeln und ihre Urteile häufig erst nach der Vollstreckung bekanntgeben. Die "Geständnisse" der Angeklagten werden dabei durch physische und psychische Folter erpreßt. Im August 1975, nachdem selbst iranische Zeitungen über Demonstrationen gegen den Schah u.a. von Theologiestudenten in Kum (145 km südlich von Teheran) berichtet hatten, waren die entsprechenden Militärgesetze rigoros verschärft worden. Wie die iranische Presse meldete, drohen künftig Oppositionellen, die sich im Besitz von Waffen befinden oder "die 'kollektivistisch' orientierte Bewegungen im In- und Ausland gründen", lebenslänglich Zuchthaus oder die Todesstrafe. (Süddeutsche Zeitung, 16./17.8.1975)

Der neuen Terrorwelle des Schah-Regimes fielen Ende Januar/Anfang Februar d.J. innerhalb von nur zwei Wochen 25 Patrioten zum Opfer.

Peru

"Wir werden niemals dazu beitragen, daß für den Faschismus günstige Bedingungen entstehen, wie man sie damals in unserem südlichen Nachbarland geschaffen hat. Wir begünstigen nicht die Störung der Versorgung der Bevölkerung im Interesse des Imperialismus." (Neues Deutschland, 4.2.1976)

- so heißt es in einer Erklärung des peruanischen Einheitssyndikats der Schwertransport-Chauffeuere gegen die Versuche der von der proimperialistischen APRA-Partei dominierten Gewerkschaft CTP, der "Föderation der Chauffeuere" und des Syndikats der privaten Autobusbesitzer, in Peru ein Putschklima nach chilenischem Muster zu schaffen.

Am 5. Februar d.J. jährte sich zum erstenmal der gescheiterte reaktionäre Putschversuch von 1975, durch den die wesentlichen Ergebnisse des nunmehr über sieben Jahre andauernden antiimperialistischen Prozesses unter der Führung einer progressiven Militärregierung rückgängig gemacht werden sollten. In Peru waren mit der Durchführung einer Landreform und der Enteignung der wichtigsten ausländischen, zumeist US-amerikanischen, Monopole bedeutende Voraussetzungen für einen nationaldemokratischen Entwicklungsweg geschaffen worden.

Durch das entschlossene und gemeinsame Handeln der drei wichtigsten und größten Gewerkschaftsbünde CGTP (dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen), CTRP (der Regierung nahestehend) und CNT (christliche Gewerkschaft) sowie der Regierung gelang es, einen erneuten, wiederum für den 5. Februar geplanten konterrevolutionären Umsturzversuch erfolgreich abzuwehren. Die Abwehr des Putschversuches ist ein wichtiger Schritt, um den von Präsident Morales Bermudez angekündigten Plan für die zweite Phase der Revolution, die im August letzten Jahres nach der Ablösung von Präsident Velasco Alvarado begonnen wurde, in die Praxis umzusetzen. Im Mittelpunkt dieser zweiten Phase des antiimperialistischen und antioligarchischen Prozesses sollen folgende Aufgaben stehen:

- der Aufbau eines Sektors mit gesellschaftlichem Eigentum;
- die konsequente Weiterführung der Agrarreform;
- die Beachtung der Bedürfnisse der Bevölkerung auf den Gebieten Wohnung, Gesundheit, Bildung und Arbeitsbedingungen;
- die nachdrücklichere Einbeziehung der Massen bei der Realisierung dieser Aufgaben.

Brasilien – Kirchlicher Widerstand gegen die Diktatur

Das einst als "Wirtschaftswunder" Lateinamerikas gepriesene faschistische Brasilien wird, vergleichbar der Situation in Uruguay oder Chile, seit 1973 von einer andauernden Wirtschaftskrise erschüttert. So erreichte die Auslandsverschuldung Ende 1975 21,5 Mrd Dollar (rund 56 Mrd DM); die Währungsreserven sanken von 1974 noch 6,5 Mrd auf 1975 3,8 Mrd Dollar und dürften bis 1977 erschöpft sein; die jährliche Inflationsrate lag über 30%; und der Lebensstandard der unteren sozialen Schichten sinkt rapide, im besonderen das Realeinkommen "eines Arbeiters, dem Streiks per Gesetz verboten sind, nach einer halbamtlichen Untersuchung in den vergangenen 10 Jahren um 33 Prozent". (Frankfurter Rundschau, 7.1.1976)

Die Ausweitung der sozialen Kämpfe und der politischen Oppositionsbewegung versucht das 1974 mit Liberalisierungsversprechen angetretene Geisel-Regime nun mit einer allgemeinen Verschärfung der politischen Repression und Präsident Geisels erstmaligem Gebrauch der Sondervollmachten des "Institutionellen Aktes 5" (aus dem Jahre 1968) Einhalt zu gebieten. Von der im Oktober/November 1975 einsetzenden Verhaftungswelle waren führende Vertreter

"Eindringendes Anliegen bewegt uns, Ihnen zu schreiben. Wir sollten das wahre Gesicht Lateinamerikas und seiner unterdrückten Menschen nie aus den Augen verlieren. Brasilien erleidet zur Zeit eine neue Welle der Repression. Zur Bewältigung der Wirtschaftskrise hat sich die Regierung für eine Lösung zugunsten der ausländischen Firmen und internationalen Konzerne entschlossen, die die finanzielle Belastung in erster Linie auf die arme Bevölkerung und auf die unteren Mittelschichten abwälzt. Diejenigen, die dagegen Stellung nehmen, wie die legale Oppositionspartei, Teile der Presse, Sektoren der Kirche, die sich für die Grundrechte der Bauern und Arbeiter einsetzen, sind unter dem Verdacht "kommunistischer Infiltration" der Verfolgung ausgesetzt. Zentrum der Repression ist die Investitionsstelle der 2. Armee in Sao Paulo (D. O. I.), wo in den vergangenen Wochen hunderte Menschen festgenommen wurden, viele werden in sadistischer Weise gefoltert, manche finden dabei den Tod.

Die brasilianische Kommission Gerechtigkeit und Frieden hat der in der letzten Oktoberwoche in Sao Paulo tagenden regionalen Bischofskonferenz (40 Bischöfe) ein erschütterndes Dokument über diese Vorgänge vorgelegt. Die Angst lähmt den Widerstand. Der einzige Mann, der in begrenztem Maße den politischen Gefangenen noch Hilfe zu leisten vermag, ist der Kardinal von Sao Paulo, Dom Paulo Evaristo Arns. Doch auch seine Möglichkeiten sind am Ende.

In dieser Situation tagte in Sao Paulo vom 23. bis 26. Oktober die nationale Konferenz gewaltfreier Gruppen Brasiliens. Unter den rund 80 Teilnehmern aus vielen Teilen des Landes befanden sich vier Bischöfe. Es wurden konkrete Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte und der von der Repression Betroffenen wie deren Familien erarbeitet. Zwölf De-

der gesamten Oppositionsbewegung betroffen - von der Kommunistischen Partei Brasiliens bis zu liberaldemokratischen Kräften der einzig zugelassenen Oppositionspartei, Movimento Democracia Brasileiro (MDB). Ende Dezember 1975 enthüllten 34 politische Gefangene in Sao Paulo die Anwendung verschärfter Foltermethoden und nannten die Namen von 151 Agenten der Polizei und des berüchtigten Geheimdienstes der 2. Armee, die Folterungen und Morde begingen.

Anfang Januar wurden mittels des "Institutionellen Aktes 5" zwei Parlamentarier der MDB zur 10 Jahren "politischer Untätigkeit" verurteilt, weil sie die jüngsten Gewalttätigkeiten der Geheimdienste öffentlich angeprangert hatten.

In einem offenen Brief des österreichischen Versöhnungsbundes vom November 1975 wird über die im Oktober einsetzende Repressionswelle, die auch kirchliche Kreise erfaßte, berichtet. Ferner informiert der auszugsweise wiedergegebene Brief über die Arbeit der Koordinierungsstelle gewaltfreie Aktion in Lateinamerika (SERVICIO), die sich in Brasilien v.a. für die Verteidigung von politischen Gefangenen einsetzt:

legierte der Tagung überbrachten die erarbeiteten Vorschläge am 29. Oktober der Bischofskonferenz und führten gleichzeitig ein öffentliches Fasten durch. Wie alle gewaltfreie Arbeit wurde auch diese Tagung öffentlich durchgeführt. Die Polizei überwachte das Tagungshaus. Es kam zu keinen Zwischenfällen. Die Anwesenheit ausländischer international bekannter Vertreter der gewaltfreien Aktion ist ein Schutz für jene, die täglich in einem mühsamen, langen Kampf um Gerechtigkeit stehen. Aus den zahlreichen Berichten über gewaltfreie Aktionen der Bauern, der Arbeiter, der Kirche sprach die große Hoffnung, daß der Herr sein Volk reif macht und herausführt aus der Knechtschaft. In der Verfolgung reift eine Kirche, die erfüllt ist von der Kraft des Lebendigen Gottes. Ihr Zeugnis für Leben in Würde und Gerechtigkeit kann keine Folter zerschlagen!

Die Situation in Brasilien kennzeichnet nur einen Teilaspekt der kontinentalen Strategie des Systems, das im gesamten südlichen Lateinamerika aufgerichtet wird. Sie konnten im abgelaufenen Jahr die Arbeit der Koordinationsstelle der gewaltfreien Aktion in Lateinamerika, SERVICIO, unter Leitung von Adolf Perez Esquivel verfolgen: Schulung in gewaltfreiem Widerstand, Veröffentlichungen über den gewaltlosen Befreiungskampf von Bauern, Arbeitern und der Kirche in Ekuador, Chile, Paraguay, Argentinien usw., Aufrufe zur internationalen Solidarität mit den Betroffenen. Der Widerstand gegen die gewaltlosen Befreiungsbewegungen hat in den letzten Monaten stark zugenommen, die Verfolgung wird härter. SERVICIO und die angeschlossenen Gruppen und Personen sind bereit, ihr gewaltloses Zeugnis für Gerechtigkeit- und Menschenwürde bis zur letzten Konsequenz durchzustehen." (...)

(Quelle: Junge Kirche 1/1976)